Dienstag, 5. August 1986 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 179 - 32.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 600,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 8,50 nkr. Österreich 14 ÖS. Portugal 150 Esc. Schweden 8,00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 750 TL.

Heute in der WELT

Gespräch mit Intendant Beelitz

Günther Beelitz gilt als einer der versiertesten Manager des Theaters. Wenn ein Haus in Schwierigkeiten war, dann fiel den Verantwortlichen immer zuerst Beelitz ein, aber er sagte zu Angeboten stets nein. Nun aber wechselt er nach zehnjähriger Intendanz in Düsseldorf als Leiter des Staatlichen Schauspiels nach München. Die WELT sprach mit Beelitz. Seite 15



Die zwei Gesichter der Ginza in Tokio

Über die großen Avenuen und Boulevards der Metropolen berichtet die WELT in einer sommerlichen Serie. Bisher wurden der Ku'damm (Berlin), der Faubourg Saint Honoré (Paris), La Castellana (Madrid) und Via Veneto in Rom vorgestellt. Heute: Die Ginza in Tokio – Einkaufszentrum bei Tag und Vergnügungsviertel bei Nacht. Seite 15

Trainiert die Bundesliga falsch?

Zwölf Prozent der Bundesligaspieler (46 von 389) sind zur Zeit verletzt – viele von ihnen, weil sie falsch trainiert werden, behauptet der renommierte Sportmediziner Professor Heinrich Heß. In einem Gespräch mit der WELT macht er Vorschläge, wie das Training umgestellt und die Verletzungsgefahr herabgesetzt werden könnte. Seite 7

POLITIK

Waldsterben: In diesem Herbst wird es erstmals einen Bericht über das Waldsterben in ganz Europa geben. Mehr als 15 Länder West- und Osteuropas wollen nach dem Vorbild der Bundesrepublik Deutschland weiträumig ermittelte Daten sammeln und gemeinsam auswerten. (S. 8)

Flucht: Zwei „DDR"-Einwohner sind bei Lübeck in den Westen geflohen. Die beiden 22 Jahre alten Männer überwanden, ohne entdeckt zu werden, die Sperranlagen und schwammen dann durch die Trave. Sie wurden von der Besatzung einer Yacht entdeckt und an Bord genommen.

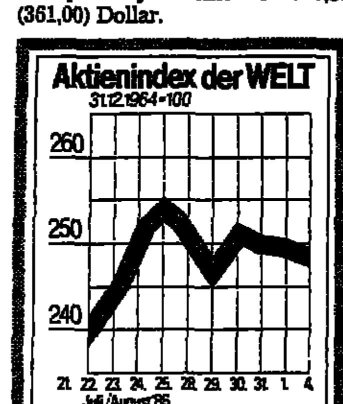
Zypern: Britische und zyprische Sicherheitskräfte fahnden nach den Tätern, die am Sonntag den britische Militärstützpunkt Akrotiri mit Raketen beschossen hatten. Zu dem Anschlag bekannte sich eine bislang unbekannte Gruppe „Vereinigte Nasseristische Organisation". (S. 5)

Subventionen: Die Vereinigten Staaten halten sich nach den Worten von Handelsminister Malcolm Baldridge die Möglichkeit offen, die Subventionierung von Getreideverkäufen an die UdSSR auszuweiten, falls die Europäer ihre Subventionspolitik in diesem Bereich fortsetzen sollten.

WIRTSCHAFT

Vermögensbildung: Die staatliche Förderung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand soll bereits zum 1. Januar 1987 beträchtlich ausgeweitet werden. Das Bundeskabinett will morgen den Entwurf eines zweiten Vermögensbildungsgesetzes beschließen, der als „besonders eilbedürftig" eingestuft ist. (S. 9)

Börse: An den deutschen Aktienmärkten belebte sich nach anfänglich schwachem Start die Umsatztätigkeit. Der Rentenmarkt tendierte weiter freundlich. WELT-Aktienindex 249,84 (250,49). BHF-Rentenindex 107,238 (107,186). BHF-Performance-Index 106,211 (106,131). Dollarmittelkurs 2,0801 (2,0834) Mark. Goldpreis je Feinunze 359,80 (361,00) Dollar.



KULTUR

Puccini: Das Festival in Torre del Lago, einst Puccinis Sommerresidenz, hat es bislang kaum geschafft, den provinziellen Rahmen zu sprengen. Ein allerdings glorreiches Italien-Debut gab diesmal die schwarze Amerikanerin Mary Jane Johnson. (S. 15)

Botero: Er kommt aus dem Museum. Seine Vorbilder fand er in den dicken Hofzwergen und feisten Spielgefährten der eingeschnürten Infantinnen, die Velázquez malte, beim früheren Picasso und späteren de Chirico. Eine Ausstellung in München. (S. 14)

SPORT

Fußball: Der SV Werder Bremen hat das internationale Fußball-Turnier in Rotterdam gewonnen. Auch ohne den verletzten Nationalspieler Rudi Völler besiegte die Elf im Finale Feyenoord Rotterdam mit 3:1 Toren. (S. 7)

Leichtathletik: Olympiasieger Carl Lewis (USA) wird bei den europäischen Sportfesten in Budapest, Zürich, Berlin und Köln nicht an den Start gehen. Er sagte seine Teilnahme wegen einer Knieverletzung ab. (S. 7)

AUS ALLER WELT



Kind und Medizin: Bilderbücher zu diesem Thema (Foto) wollen heute Ängste abbauen und Vertrauen schaffen. Sie bereiten sachlich auf Arztbesuch und Krankenhaus-Aufenthalt vor. Eine Ausstellung in Düsseldorf. (S. 16)

Handel: Als iranischer Flüchtling getarnt hat ein Mitarbeiter des Hessischen Rundfunks in Istanbul einen offenen, blühenden Handel mit Flugtickets und falschen Pässen entdeckt. (S. 16)

Wetter: Wer in den vergangenen Tagen unter der Hitze stöhnte, kann jetzt vorübergehend aufatmen. Begleitet von frischer Meeresluft zieht eine Gewitterfront über Deutschland. Doch gemach: Der Sommer bleibt, bei durchschnittlich 25 Grad. Am Montag war in Berlin mit Temperaturen zwischen 35 und 37 Grad der bislang heißeste Tag dieses Jahres registriert worden. (S. 16)

Bonn: Zusammenhang zwischen Hausbesetzern und Terroristen

WELT-Interview mit Minister Zimmermann zu Festnahmen von Rüsselsheim

DW. Bonn

Die Festnahme von drei Mitgliedern der „Roten Armee Fraktion" verdeutlicht nach Auffassung der Bundesregierung, daß es einen Zusammenhang zwischen Gewaltexzessen bei Demonstrationen und dem Terrorismus gibt. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) nannte es in einem WELT-Interview „offensichtlich", daß alle bisher zur öffentlichen Fahndung ausgeschriebenen Terroristen zuerst mit „Aktionen bei gewalttätigen Demonstrationen" aufgefallen seien. Zimmermann: „Es gibt nicht einen einzigen Fall, wo man sagen kann, es wird einer von heute auf morgen Terrorist. Es geht keiner hin und sagt, ‚und heute beschloß ich, Terrorist zu werden', sondern als Einstiegstäter kommt er immer näher zu dem Kern der RAF."

Der Bundesinnenminister versuchte diese „terroristische Laufbahn" am Beispiel der in Rüsselsheim verhafteten Eva Sybille Haule-Frimpong zu belegen. Sie sei bereits 1980/81 bei Hausbesetzungen aufgefallen. „Das war ihr Einstieg gewesen, und sie ist dann zu Beginn der 80er Jahre in die Terroristenszene abgerutscht." Ähnlich sei der Weg der festgenommenen Luitgard Hornstein und des gleichfalls verhafteten Christian Kluth verlaufen. „Es ist eindeutig so, daß alle 18 Personen, die in der öffentlichen Fahndung ausgeschrieben sind, alle 18 mutmaßlichen Terroristen vorher im Laufe ihres Tätigkeitsfeldes aufgefallen sind, durch Hausbesetzungen, durch Gewalttätigkeiten", fügte der

SEITE 4:
Wortlaut des Interviews

Minister hinzu. Das Problem der Sicherheitsbehörden bestehe darin, daß sie zwar die erste, zweite und dritte Terroristen-Generation fassen könnten, „aber daß schon eine vierte Generation nachwächst". Die Aufforderung zu verhindern, daß Nachwuchs erfolgreich geworben werde, richte sich „an die Gesellschaft insgesamt". Notwendig sei ein „öffentlicher Bewußtseinswandel.

Die Festnahme von Eva Sybille Haule-Frimpong und zweier Begleiter durch Beamte der Rüsselsheimer Polizei – offensichtlich ein Erfolg der bundesweiten Fahndung – hat die Suche nach den Mördern des Siemens-Vorstandsmitglieds Karl Heinz Beckurts und dessen Fahrers Eckhard Groppler bis Montag noch nicht wesentlich weitergebracht. Nach Angaben der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe ergaben sich bisher keine konkreten Anhaltspunkte dafür, daß die 32jährige und die anderen Verhafteten an dem Attentat vom 9. Juli oder am Mord an MTU-Chef Ernst Zimmermann im Februar 1985 beteiligt waren.

In Düsseldorf hat die Polizei zwei Wohnungen durchsucht, in denen die beiden in Rüsselsheim Festgenommenen gemeldet waren.

Bei ihrer Festnahme trugen die RAF-Mitglieder zum Teil gestohlene Ausweispapiere bei sich. Der Sprecher der Bundesanwaltschaft, Alexander Prechtel, sagte im Deutschlandfunk, die in den sichergestellten Dokumenten gefundenen Personalien gehörten zum Teil zu existenten und völlig unverdächtigen Personen.

DER KOMMENTAR

Sommergewitter

BERNT CONRAD

Die Bonner Koalition ist im Gerede. Nicht etwa, weil SPD und Grüne ihr so kräftig zusetzen (von dort sind derzeit eher Selbsttore zu vermelden), sondern weil sich Politiker von CDU/CSU und FDP mit Vehemenz um das Fell des Bären streiten, der noch nicht erlegt ist.

Da sah sich der FDP-Abgeordnete Gerhart Baum schon als möglichen künftigen Umweltminister, obwohl mit Walter Wallmann soeben erst eine allseits gerühmte Besetzung dieses Amtes gelungen war. Hans-Dietrich Genscher begründete seinen Anspruch auf den Außenministerposten mit dem augenzwinkernden Hinweis, vom Bundeskanzler sei ja auch bekannt, daß er Bundeskanzler bleiben wolle.

Da platzte Helmut Kohl der Kragen. Aus dem Urlaub ließ er Regierungssprecher Friedhelm Ost verkünden, es sei ebenso töricht wie schädlich, wenn Koalitionspolitiker und Kabinettsmitglieder personelle Spekulationen anstellten. Zunächst einmal gelte es, alle Kraft für den Bundestagswahlkampf und die Bewältigung der noch anstehenden Sachfragen einzusetzen.

Worauf Franz Josef Strauß wie Ziethen aus dem Busch erneut gegen Genscher vorpreschte und empfahl, nach zwanzig Jahren SPD- und FDP-Dominanz die Leitung des Auswärtigen Amtes endlich wieder einem Unionspolitiker zu übertragen. Nun ist der Gedanke, daß es bei der Ressortverteilung keine Erbhöfe geben kann, grundsätzlich richtig. Aber muß das jetzt und in dieser Form ausgetragen werden?

Die neuesten Zahlen des ZDF-Politbarometers zeigen die CDU/CSU mit 45 und die FDP mit sieben Prozent erheblich vor der SPD mit 41 und den Grünen mit sechs Prozent. (Wobei als Arabeske anzumerken ist, daß Genschers Ansehen bei den Unionsanhängern den Pluswert von 1,8 erreicht.) Dies sollte zu gemeinsamem Einsatz anspornen und nicht durch Personalhickhack wieder gefährdet werden.

CSU greift Genschers Personalpolitik an

Südafrika-Bericht des künftigen Botschafters in Pretoria ist Strauß zu einseitig

BERNT CONRAD/DW. Bonn

In dem geplanten Wechsel auf dem Botschafterposten in Südafrika sieht der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß offenbar einen weiteren Beweis für die seiner Ansicht nach verfehlte Politik von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher. Erst am Wochenende hatte Strauß wegen der ausgebliebenen Wende in der Außenpolitik einen Wechsel in diesem Ressort gefordert. (WELT v. 4.8.)

Genscher will den derzeitigen Afrika-Beauftragten des Auswärtigen Amtes, Hans-Günter Sulimma, ans Kap entsenden. Der Bundespräsident und der Bundeskanzler haben nach in Bonn vorliegenden Informationen diesem Vorschlag bereits zugestimmt. Bevor das Agrément beantragt werden kann, muß die Personalentscheidung allerdings noch vom Kabinett gebilligt werden. Der 52jährige Sulimma soll in Pretoria Botschafter Carl Lahusen ablösen, der im Frühjahr 1987 das Pensionsalter erreicht.

Während diese Personalplanung aufgrund der zweijährigen Erfahrungen Sulimmas als Afrika-Beauftragter im Auswärtigen Amt für normal gehalten wird, sieht die CSU das offenbar anders. In München ist von Verärgerung die Rede. Anlaß war ein interner Bericht des Ministerialdirigenten aus Durban während seiner letzten Dienstreise durch Südafrika. Darin hatte Sulimma kritische Äußerungen mehrerer prominenter Gesprächspartner, darunter des Vorsitzenden der katholischen Bischofskonferenz von Südafrika, über den Chef der gemäßigten Inkatha-Bewegung, Buthelezi, wiedergegeben.

Buthelezi, so hieß es dort, sei alles andere als gewaltfrei und habe in seinem Homeland eine „schwarz-afrikanische Diktatur" errichtet. Die Erbitterung über ihn in der außerparlamentarischen Opposition sei groß. Auch gemäßigte Schwarze verstünden seine Bevorzugung durch Bonn nicht. Sulimmas Fazit: Bonn sollte diese Hinweise „berücksichtigen."

Strauß soll über den Bericht, nachdem er in seinen Besitz gelangt war, sehr erzürnt gewesen sein, weil der für einen politischen Ausgleich in Südafrika eintretende Buthelezi darin ungerechtfertigt herabgesetzt werde. Da Strauß die Südafrika- und die Namibia-Politik Genschers ohnehin für zu einseitig und zu wenig differenziert hält, sieht er in der geplanten Ernennung Sulimmas einen weiteren negativen Schachzug.

Diese Beurteilung wird von Bonner Diplomaten als ungerechtfertigt bezeichnet. Tatsächlich sei Sulimma verpflichtet gewesen, das Auswärtige Amt über die Meinungen wichtiger Gesprächspartner zu informieren. Der Afrika-Beauftragte selbst, der in Bonn den Ruf eines bedächtigen, ausgleichenden und dialogbereiten Diplomaten genießt, ist weiterhin der Ansicht, daß Buthelezi als wichtiger Gesprächspartner betrachtet werden muß, „aber nur als einer unter mehreren". Das politische Credo des Ostpreußen lautet: „Die Linie der Bundesregierung ist die Linie des Afrika-Beauftragten – und sonst nichts."

Staatsschutz verhört Flüchtling

hrk. Berlin

Der Berliner Staatsschutz hat gestern damit begonnen, das Umfeld der Fluchtgeschichte des 48jährigen Ostberliners Heinz Braun aufzuklären, der am Freitag über seine Flucht in Sowjet-Uniform nach West-Berlin berichtet hatte. Nach Angaben eines Behördensprechers sind gestern der Fluchthelfer Wolf Quasner und ein weiterer Beteiligter vernommen worden. Braun, bislang noch in alliierter Obhut, war zunächst nicht zur Vernehmung erschienen.

Seite 3: Der Puppenspieler

Wackersdorf „ohne Zeitdruck"

DW. München

Die bayerische Staatsregierung will die zweite Teilerrichtungsgenehmigung für die atomare Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf erst im Frühjahr 1988 erteilen. Umweltminister Dick betonte, daß man sich nicht unter Zeitdruck setzen lassen wolle. Vor der Erteilung der Genehmigung werde man alle Erfahrungen aus der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl auswerten, sagte Dick. Zu diesem Thema soll 1987 ein Symposium abgehalten werden.

Seite 4: Zweite Teilgenehmigung

Peres bestätigt Kontakt mit Kreml

DW. Jerusalem

Israels Ministerpräsident Peres hat gestern bestätigt, daß israelische und sowjetische Diplomaten in Kürze zum ersten Mal seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Moskau 1967 offizielle Gespräche führen werden. Das Treffen soll in Helsinki Ende August stattfinden. Hauptthemen des Treffens sollen „bilaterale konsulare Angelegenheiten" sowie der Wunsch der UdSSR sein, über das „Vermögen" der russischen Kirche in Jerusalem zu sprechen.

Djilas: Manifest von Bedeutung

DW. Bonn

Auch in Kreisen der sowjetischen KP gibt es nach Ansicht von Milovan Djilas ein Streben nach politischem Pluralismus. Vor diesem Hintergrund komme dem kürzlich in den Westen gelangten Manifest „An die Bürger der UdSSR", das von einer „Bewegung zur sozialistischen Erneuerung" stammen soll, erhebliche Bedeutung zu, sagte Djilas, ein ehemaliger enger Vertrauter Titos, in einem WELT-Interview.

Seite 5: Das Interview im Wortlaut

Wußte Mitterrand von Veruntreuung?

Premierminister Jacques Chirac hält sich zurück, um „Cohabitation" nicht zu belasten

HEINZ WEISSENBERGER, Paris

In der Debatte um den als „Affäre Nucci" bekanntgewordenen Finanzskandal rückt immer mehr eine Frage in den Vordergrund: Wußte der sozialistische Staatspräsident François Mitterrand von den Veruntreuungen in Millionenhöhe?

Täglich gibt es neue Meldungen von den Manipulationen in dem ehemals sozialistischen Entwicklungshilfe-Ministerium unter seinem damaligen Chef Christian Nucci. Die Enthüllungen sprechen dem selbstgerechten Ausspruch Hohn, mit dem der sozialistische Premierminister Pierre Mauroy nach dem Wahlsieg vom Mai 1981 angetreten war: „Wir sind die Regierung der ehrlichen Leute." Inzwischen wurde bekannt, daß aus Geldern, die das Ministerium an gemeinnützige Verbände für die Unterstützung der hungernden und notleidenden Menschen in den Ländern der Dritten Welt überwiesen hatte, Millionen für ganz andere Zwecke ausgegeben wurden.

So erwarb Nuccis ehemaliger Kabinettschef Yves Chalier damit ein Schloß. Nucci finanzierte die Wahlkampagne seines Wahlkreises Isere und zahlte sogar seinen Beitrag zur sozialistischen Partei in Höhe von 30 000 DM aus Geldern des Ministeriums.

Chalier, die Schlüsselfigur der Affäre, ist inzwischen nach Südamerika geflüchtet, nachdem er anonyme Drohungen erhalten hatte. Von dort aus läßt er von Zeit zu Zeit neue Enthüllungen los. So die, daß er nach dem Regierungswechsel 1981 von Mitterrand empfangen worden war und ihn zumindest teilweise über die Veruntreuungen unterrichtet hatte. Bei diesem Gespräch hatte er zu Mitterrand gesagt: „Der gepanzerte Renault 25 da unten im Hof des Elyseepalasts wurde übrigens auch vom Entwicklungshilfeministerium bezahlt."

Die Karosse war für den Transport Mitterrands während des afrikanischen Gipfeltreffens in Bujumbara in Burundi angeschafft worden, für den das Ministerium insgesamt 25 Millionen Mark ausgab. Nach Chaliers Eröffnung hat das Präsidialamt sofort noch einmal 300 000 Mark an Renault für den schon einmal bezahlten R 25 gezahlt, um sich aus dem Skandal herauszuhalten.

Die Affäre Nucci ist nur die „Spitze des Eisbergs", denn in anderen sozialistischen Ministerien ging es offenbar ähnlich zu. Die rechtsliberale Regierung des gaullistischen Parteichefs Jacques Chirac versucht allerdings, die Dinge „im Zaum" zu halten, um das gespannte Klima der „Cohabitation" zwischen ihr und dem sozialistischen Präsidenten nicht weiter zu vergiften.

Vor allem bemüht sich Chirac sichtlich, Mitterrand selbst aus den Diskussionen herauszuhalten. Daher schießen sich Regierung und die ihr nahestehenden Presseorgane auf den 47jährigen Nucci ein, der wohl als Sündenbock für die sozialistische Mißwirtschaft wird herhalten müssen. Das Image der „Regierung der ehrlichen Leute" ist jedenfalls unrettbar angeschlagen. (SAD)

Aufschwung „nicht ermüdet"

DW. München

Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, erwartet für dieses Jahr ein reales Wachstum des Bruttosozialprodukts um gut 2,5 Prozent; 1987 werde das Plus etwa 2,5 bis 3,5 Prozent betragen. Die bisher „enttäuschende" Konjunkturentwicklung sei kein Anzeichen für eine Ermüdung des Aufschwungs. Die Zahl der Arbeitslosen werde im Herbst 1987 die Zwei-Millionen-Grenze unterschreiten, meinen die Forscher.

Seiten 2 und 9: Weitere Beiträge

DGB-Attacke gegen Bonn

p.p. Bonn

Die Bundesregierung sieht das Verhältnis zum DGB zusätzlich belastet. Denn der stellvertretende Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes, Gerd Muhr, hat Bonn gegenüber dem „Internationalen Arbeitsamt" (ILO) beschuldigt, sich bei der Behandlung von Verfassungsfeinden nicht an internationale Übereinkommen zu halten. Staatssekretär Vogt zur WELT: Ein Vorgang, bei dem „die Fakten die Behauptungen nicht belegen".

Seite 8: Eine neue Taktik

Priester-Protest bei Gorbatschow

KNA, Wilna

Alle 127 Priester der litauischen Diözese Panevezys haben in einem Schreiben an den sowjetischen Parteichef Gorbatschow gegen die Benachteiligung der Gläubigen gegenüber den Atheisten protestiert. Dies widerspreche dem Gleichheitsgrundsatz in der sowjetischen Verfassung, schreiben die Geistlichen. Sie beklagen, daß die Behörden Druck auf Pfarrgemeinderäte oder einzelne kirchliche Mitarbeiter ausübten. Die Priester fordern die Freilassung der inhaftierten Geistlichen Svarinskas, Tamkevicius und Matulionis und die Rückgabe der von den Behörden konfiszierten Kasimierkirche in Wilna und der Marienkirche in Memel.

In einem weiteren Schreiben bitten die Priester die litauischen Bischöfe, Papst Johannes Paul II. offiziell zur 600-Jahrfeier der Christianisierung Litauens einzuladen, was die sowjetischen Behörden bisher abgelehnt haben.

‚Moskau verzögerte die Ausreise'

DW. Tel Aviv

Der ehemalige sowjetische Dissident Anatoli Schtscharanski führt die Ausreisegenehmigung für seine Familie nach Israel auf amerikanischen Druck auf Moskau zurück. „Ich vermute, daß Außenminister Shultz sich für die Ausreise meiner Familie eingesetzt hat", sagte er in einem Interview mit der israelischen Zeitung „Maariv". Die Freilassung hänge vermutlich auch mit den israelisch-sowjetischen Bemühungen um eine Wiederannäherung zusammen. Die sowjetischen Behörden hätten sich, so Schtscharanski, schon bei seiner Ausreise verpflichtet, auch seine Familie ausreisen zu lassen. Dies sei aber hinausgezögert worden. Moskau wolle nun „zum zweiten Mal eine Ware verkaufen", die längst verkauft worden sei. „Diese angeblich besondere Geste soll nur der Verbesserung des sowjetischen Ansehens im Westen dienen", sagte Schtscharanski.

Seite 2: Es gibt Mittel

Polarisierung in Malaysia

dpa, Kuala Lumpur

Bei der Parlamentswahl in Malaysia hat die Regierungskoalition unter Ministerpräsident Mahathir Mohamad trotz leichter Verluste 83,6 Prozent der Stimmen gewonnen und die fundamentalistisch-islamische Opposition klar besiegt. Die 13-Parteien-Koalition eroberte 148 der 177 Parlamentssitze. Nach dem offiziellen Ergebnis erhält die als starke Herausforderung eingeschätzte islamische Partei PAS, die einen islamischen Staat fordert, nur einen einzigen Sitz. Dagegen konnte die von der chinesischen Minderheit unterstützte Oppositionspartei DAP ihre Abgeordnetenzahl von neun auf 24 steigern. Beobachter werten das Ergebnis als Anzeichen für eine wachsende Polarisierung zwischen Malaien und Chinesen. Mahatir hatte die Wahl kurzfristig und fast ein Jahr vor Ablauf der Legislaturperiode angesetzt. Der Wahlkampf dauerte nur eine Woche.

Seite 2: Schuß vor den Bug

Bogdan Lis an Jaruzelski: Wir wollen legal tätig sein

Nach der Begnadigung ein Appell für die „Solidarität"

rtr/DW. Warschau

Der erst vor wenigen Tagen aus der Haft freigekommene polnische Gewerkschaftsführer Bogdan Lis hat öffentlich die Wiederzulassung der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" gefordert. Im Anschluß an eine Messe in der Danziger St. Brigitten-Kirche rief er Hunderten von Anhängern zu: „Wir wollen nicht in Verschwörung handeln, sondern legal tätig sein. Und wir wollen, daß die Behörden dies möglich machen." Zugleich forderte er die Regierung unter General Jaruzelski auf, alle inhaftierten politischen Gefangenen freizulassen.

Lis, der zu den Mitbegründern der „Solidarität" gehört und nach deren Verbot die Untergrundorganisation „Provisorisches Koordinationskomitee" mitbegründete, war zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Am Donnerstag wurde er nach eineinhalb Jahren entlassen, nachdem die Regierung eine Teilamnestie zum 42. Jahrestag des Warschauer Aufstandes beschlossen hatte. Anschließend traf er sich mit dem Arbeiterführer Lech Walesa in Danzig.

Über die Zahl der politischen Gefangenen in Polen gibt es keine zuverlässigen Zahlen. Während es offiziell bis zum 22. Juli 189 politische Häftlinge gab, geben Oppositionskreise ihre Zahl mit etwa 350 an. 41 von ihnen wurden bisher aufgrund des Gesetzes über die Begnadigung politischer und krimineller Straftäter freigelassen. Lis ist der einzige Prominente unter ihnen.

Die Regierung teilte mit, sie habe insgesamt rund tausend Personen auf freien Fuß gesetzt. Die Begnadigungsaktion war mit Einschüchterungen gekoppelt. So wurde etwa zur selben Zeit ein Ermittlungsverfahren gegen den Historiker und Gewerkschafter Geremek eröffnet, in Danzig Walesa und in Warschau der frühere Führer des „Komitees zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung", Kuron, verhört.

Außerdem erklärte ZK-Sekretär Baryla warnend, die Begnadigungsaktion könne „zum Wohle aller genutzt, aber auch vergeudet werden". Die Partei erwarte, „daß ersteres weiter verbreitet sein wird".

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Es gibt Mittel

Von Peter Dittmar

Welches ist der längste Fluß?" fragt man in der „DDR". Die Antwort heißt: „Die Elbe. Man braucht nämlich 65 Jahre, um von Dresden bis nach Hamburg zu kommen."

Über diesen Witz kann kaum jemand lachen. Im Westen nicht, weil man da erst umständlich die Verknüpfung des Rechtes auf Westreisen mit dem Rentenalter – jedenfalls für den normalen Sterblichen, der keinerlei Beziehungen zum MfS pflegt – erklären muß, um ihn zu verstehen. Und im Osten nicht, weil die Reiseverbote dort mit großer Bitterkeit empfunden werden. Aber der Witz veraltet nicht. Das ist den jüngsten Verlautbarungen der „DDR" zu entnehmen, daß an eine Herabsetzung des Reisealters dort nicht gedacht wird.

Damit kann die Sache aber von der Bundesregierung nicht zu den Akten gelegt werden. In der Frage der Freizügigkeit in Deutschland geht es nämlich nicht nur um ihren politischen Willen, sondern um die Pflichten, die ihr vom Grundgesetz auferlegt wurden. Wie sie diesen Pflichten nachkommt, ist eine Frage des politischen Geschicks. Und da fangen die Zweifel der Bürger an. Denn in der Vergangenheit – nicht nur von SDP/FDP-Regierungen – wurde gern das Argument ins Feld geführt, da sei nichts zu bewegen, weil die Bundesregierung über keinerlei Mittel verfüge, in dieser Frage Einfluß auf die Entscheidungen der „DDR" zu nehmen.

Das ist ein armseliges Argument. Die Amerikaner haben es gezeigt, etwa mit dem Jackson-Amendment, durch das die US-Regierung vom Kongreß gezwungen wurde, der Sowjetunion die Meistbegünstigung im Handel nur dann zu gewähren, wenn sie die Auswanderungsbegehren jüdischer Bürger nach Israel großzügiger behandele. Und wenn jetzt die Verwandten von Anatoli Schtscharanskij die Sowjetunion verlasssen dürfen, so geschieht das ebenfalls nicht, weil die UdSSR ein Staat der Freizügigkeit ist, sondern weil ihr klargemacht wurde, daß es sich für sie politisch lohnt, normal zu handeln. Denn das ist der Punkt, den die Realpolitiker mit ihrer angeblichen Rücksichtnahme auf Empfindlichkeiten der Kommunisten vergessen: Nicht „Normalisierung", sondern Normalität muß das Ziel politischen Handelns sein.

Leinens Schutzherrin

Von Dankwart Guratzsch

Die Forderung der Oppositionsparteien nach parlamentarischer Rechenschaft über Pannen und Versäumnisse beim größten Umweltskandals an der Saar bringen den Ministerpräsidenten Lafontaine, der eine besonders fortschrittliche Umweltpolitik für das Saarland versprochen hatte, unter immer stärkeren Handlungsdruck. Das Schicksal seines schwer angeschlagenen Umweltministers Leinen hängt davon ab, wie lange der ehrgeizige SPD-Landeschef den Autoritätsverlust dieses voreilig zum Aushängeschild erklärten Jungpolitikers noch hinzunehmen bereit ist.

Das Unbehagen in der Staatskanzlei über das Ungeschick des Ministers kanalisiert sich bereits in Schutzbehauptungen für Leinen, mit denen sich Lafontaines Regierungssprecherin über Leinen und dessen Pressesprecher hinweg direkt an die Öffentlichkeit wendet. Sie macht die Sache freilich nur schlimmer, weil sie in Widerspruch zu Äußerungen aus dem Hause Leinen selbst gerät und so ungewollt das linkische Vorgehen des Ressortchefs dokumentiert.

Leinen selbst nimmt Zuflucht zu Anschuldigungen seiner Amtsvorgänger und zu Forderungen nach besserer personeller Ausstattung seiner Behörden, die er immerhin seit bald anderthalb Jahren führt. In dieser Zeit soll es bereits zu anderen, bis heute ebenfalls noch unaufgeklärten Fischsterben in der Saar gekommen sein. Dringende Appelle zur besseren Organisation seines Dienstbereiches nicht nur aus dem Landtag, sondern auch aus Kreisen der Naturschützer, ließ er indessen unbeachtet. Wird aber ein Minister, der schon die vorhandenen Leute nicht richtig einzusetzen versteht, mit mehr Bürokratie effektiver handeln? Schon beim Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hatte sich Leinen, der dort ein finanzielles Chaos hinterließ, nicht gerade den Ruf eines Organisationskünstlers erworben.

Eines hat Leinen in Saarbrücken auf alle Fälle bereits geschafft: Die Umweltpolitik an der Saar ist bis auf die Knochen blamiert und damit ist eines der wichtigsten Aktionsfelder Oskar Lafontaines auf absehbare Zeit verdorben.

Hamburger Burleske

Von Uwe Bahnsen

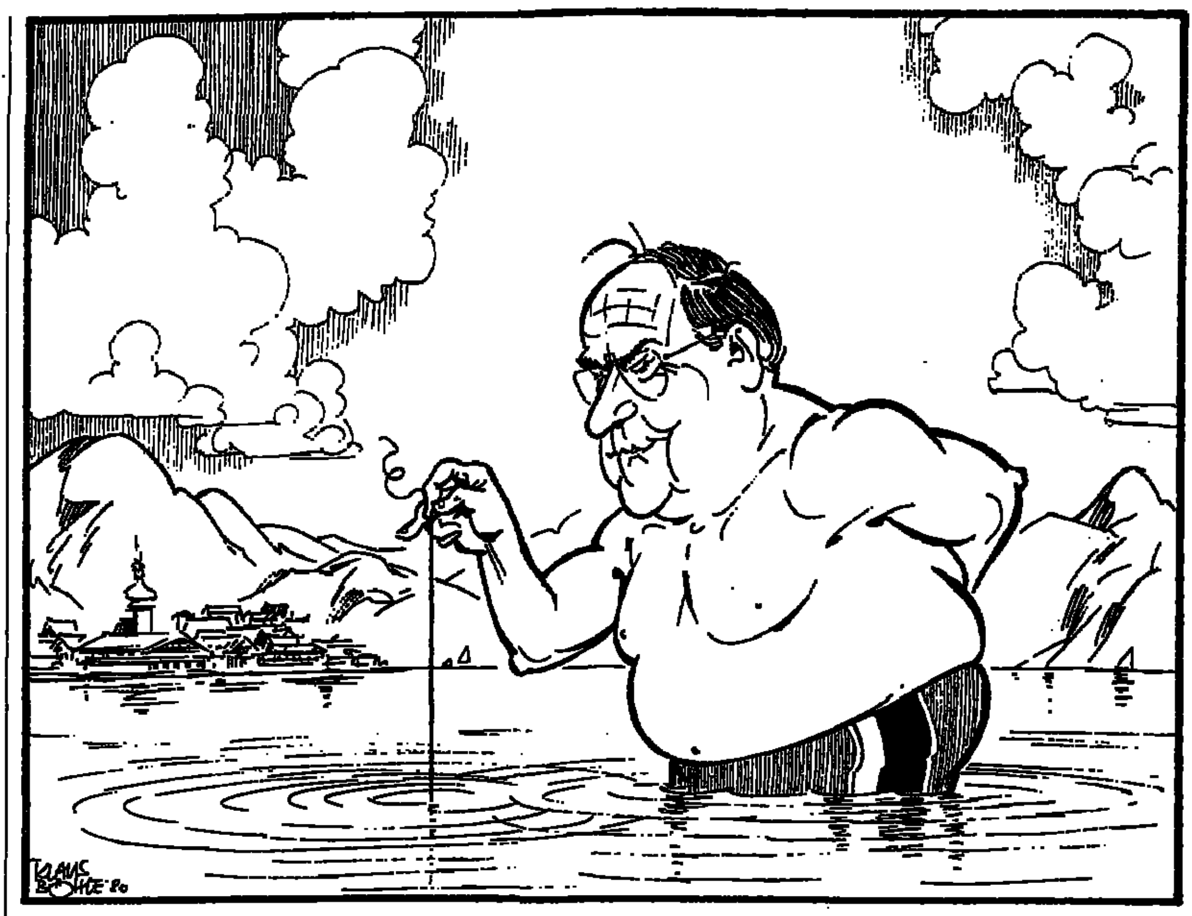
Die tödlichen Schüsse, die der Berufskiller Werner Pinzner im Hamburger Polizeipräsidium abgeben konnte, waren eine Tragödie und ein Skandal zugleich. Wie häufig, hat der grausige Vorgang eine schlimme Burleske zum Nachspiel.

Innensenator Rolf Lange hat auf dringliches Anraten seines Amtsvorgängers und politischen Mentors, des Zweiten Bürgermeisters Alfons Pawelczyk, „Konsequenzen" gezogen. Er hat den Kriminaloberrat Wolf Plewka abgelöst – auch nach Langes Dafürhalten einer der fähigsten Kriminalisten der Hansestadt, der als bisheriger Chef der Spezialdienststelle FD 65 dafür gesorgt hat, daß Pinzner am 15. April hinter Schloß und Riegel gebracht werden konnte.

Dieser Beamte wird dafür verantwortlich gemacht, daß im Fall Pinzner „der erforderliche Sicherheitsstandard nicht in jedem Falle beachtet wurde" – Pinzners Ehefrau, die den Revolver in den Sicherheitstrakt schmuggeln konnte, war nicht nur am Tattag nicht kontrolliert, sondern auch zuvor bei mehreren Begegnungen mit ihrem Mann nicht körperlich durchsucht worden. Die Kontrolle am Tattag aber hatte der vernehmende Staatsanwalt verhindert. Er hat dafür mit seinem Leben bezahlt. Da Pawelczyk und Lange wissen, daß sie in der Hamburger Polizei nicht den Eindruck erwecken dürfen, die Kleinen würden gehängt und die Großen blieben ungeschoren, wurde der Kriminaloberrat nicht entlassen – er wurde nur versetzt, und zwar in die wahrlich nicht weniger wichtige Staatsschutzabteilung, als deren stellvertretender Chef.

Nun hat der Fall Pinzner entweder gezeigt, daß Plewka nicht in der Lage ist, eine solche Dienststelle zu leiten (warum? Weil er nicht für Durchsuchung trotz des Staatsanwalts sorgte?); dann durfte er auch nicht zum Staatsschutz versetzt werden. Oder aber er hat als Sündenbock herhalten müssen, damit niemand mehr auf die vermessene Idee kommt, Konsequenzen auf der politischen Ebene zu verlangen.

In welchem Ressort sie vornehmlich zu ziehen wären, ist amtsbekannt. Die der Justizsenatorin Eva Leithäuser unterstehende Staatsanwaltschaft war Herrin des Verfahrens, als die Schüsse fielen. Sie ist es noch.



Ausloten österreichischer Untiefen KLAUS BÖHLE

Die Konjunktur zerreden?

Von Hans Baumann

Es ist kein Trost, auf die Neigung des Menschen zu verweisen, Glück nur in Maßen und vor allem nicht zu lange zu ertragen. Bedrückend bleibt, daß selbst das Ifo-Institut in seinem jüngsten Bericht zur Konjunktur Sorge durchklingen läßt, daß der Höhepunkt des wirtschaftlichen Aufschwungs möglicherweise schon wieder überschritten sei. Begründet wird diese Annahme mit dem rapiden Ölpreisverfall, von dem man sich einen neuen Schub für die Wirtschaft versprochen habe, und mit den Steuersenkungen.

Übersehen wird dabei, daß die Schubkraft des Ölpreises bereits genutzt wurde, um die augenblickliche Fahrt überhaupt zu erlangen. Selbst wenn das Öl noch billiger würde, es bewegte bestenfalls den Autofahrer, noch etwas mehr Gas zu geben. Die Wirtschaft nimmt keinen Liter Naphtha mehr ab, als sie unbedingt braucht. Und Wettbewerbsvorteile bringt das Billigöl auch nicht, da die ganze Welt in seinen Genuß kommt. Bleibt die Steuerentspannung. Sie hat keine Investitionsschübe ausgelöst. Sie wird eher zunächst einmal genutzt, halbwegs vertretbare eigene Mittel aufzubauen – namentlich in der *mittelständischen Wirtschaft*, um die Kreditlinien für spätere Investitionen zu verlängern.

Jahrelang hat die Nation mit „Nullwachstum" leben müssen. Wenn da statt der erträumten 3,5 Prozent Wachstum des Sozialproduktes „nur" 2,5 Prozent geblieben sind, dann sollte man sich vor Augen halten, daß noch vor eineinhalb Jahren niemand einen solchen Erfolg für möglich gehalten hätte. Ihn zu zerreden ist das Dümmste, was dieser erfolgreichen Volkswirtschaft zur Zeit passieren könnte. Denn: Der Bürger beginnt, seine Ersparnisse zu reduzieren, was Vertrauen in die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Koalition signalisiert. Die Binnenkonjunktur erhält also neuen Auftrieb vom heimischen Markt, den man nicht entmutigen sollte.

Bedroht wird unsere Konjunktur auch von außen. Der „Währungskrieg" zwischen Dollar, D-Mark und Yen kann uns sehr wohl die Petersilie verhageln, wenn etwa die Bundesbank den amerikanischen Bestrebungen nachgeben sollte.

Mit einer Zinssenkung, so meint man in Washington, könne der deutsche Markt aufnahmefähiger gemacht werden für US-Waren. Ziel: Entspannung der Handelsbilanz und auf diesem Wege des Haushaltes.

Doch die Bundesbank sperrt sich, weil sie mit dem leichteren Zins nicht der Inflation die Tür öffnen möchte, da durch sie die Binnennachfrage verschreckt und der Konjunktur tatsächlich ein herber Tritt versetzt würde.

Hier spielt die Mentalität der Menschen hinein: Der Deutsche saniert den Sparstrumpf, wenn die Bundesbank die Inflation von der Leine läßt – er dreht die Mark dreimal um, bevor er sie ausgibt.

Das Interesse der USA liegt auf der Hand. Sie wollen ihren Export beleben, der gerade sechs Prozent des Bruttosozialproduktes beträgt. Zwei Mittel stehen der Administration in Washington zur Verfügung: Senkung des Wertes des Dollar (woran kräftig gearbeitet wird) und Seelenmassage bei den Freunden in Übersee, damit sie ihrer Wirtschaft die nötige Liquidität beschaffen, um die Waren made in USA kaufen zu können. Der erste Schritt wurde getan. Doch mit der Seelenmassage scheint es nicht zu klappen.

Der Grund dafür liegt auf der Hand, doch die Amerikaner können oder wollen ihn nicht sehen: Es



Vorsicht mit der Geldwert-Stabilität: Bundesbank-Präsident Pöhl FOTO: DPA

gibt keine Produkte, die die USA ausführen können, da sie keine haben, die in Übersee bisher vermißt würden. US-Flugzeuge haben ihren Weltmarkt, und Getreide aus den USA wird traditionell im Ostblock verfüttert. Basta. Die Stahlindustrie hat so sehr mit Wiederbelebungsversuchen zu tun, daß sie ihr Auge gar nicht auf Europa und Asien richten kann, und die Maschinenindustrie ist vornehmlich in mittelständischer Hand, bei der es neben Sprachbarrieren auch Innovationshindernisse gibt, die ihr Erfolg in Übersee versagen.

Aus der Maschinenindustrie der USA ist der Satz bekannt: Texas ist genauso weit entfernt wie Europa, aber in Texas spricht man wenigstens amerikanisch. Hier wird der schier endlose Binnenmarkt zum Fluch. Er ließ den Export an der Inzucht verkümmern.

Aus deutscher Sicht – und vornehmlich aus der Sicht der Bundesbank – ist es daher unsinnig, den Zins zu senken, um amerikanischen Gütern den Weg zu ebnen. Seit einem Jahr hat sich die Inanspruchnahme von Geld bei den Banken durch die Wirtschaft praktisch nicht verändert – obwohl die Zinsen erheblich gesenkt worden sind. Liquidität ist also reichlich vorhanden. Ließe die Bundesbank die Zügel weiter schießen, so förderte sie lediglich die Inflation, die sehr schnell der Konjunktur ein Bein stellen würde.

Die Hilfe, die die Amerikaner von Europa erwarten, kann also kaum gewährt werden, weil es sie praktisch gar nicht gibt. Vorstellbar wäre lediglich, daß Japaner, die in den USA Automobile produzieren, nun von dort in die Bundesrepublik exportierten und das Selbstbeschränkungsabkommen mit Tokio auf diese Weise unterliefen. Diese Annahme ist rein hypothetisch, aber sie beweist zugleich, wie eng die Grenzen gezogen sind, innerhalb derer die Europäer den Amerikanern bei der Bekämpfung ihrer Defizite helfen können.

Und die Japaner? Sie waren stets Weltmeister im Vermauern ihrer Märkte. Selbst wenn sie jetzt unter massivem Druck den Yen weiter abwerten, ist längst nicht gesagt, daß sich für die USA im Reich der Sonne Renditepfründen öffnen.

IM GESPRÄCH D. Sassou-Nguesso

Denken sie wirklich um?

Von Achim Remde

Falls in Afrika ein Umdenkensprozeß in Gang kommen sollte, wäre das nicht zuletzt das Verdienst des letzten Vorsitzenden der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), des senegalesischen Präsidenten Diouf. Das Eingeständnis, durch eigene Fehler den wirtschaftlichen Ruin herbeigeführt zu haben, ist ein erster Schritt.

Der neue OAU-Vorsitzende Denis Sassou-Nguesso, Präsident der Volksrepublik Kongo, hat auch seine Erfahrungen mit dem Unterschied zwischen Worten und Taten. Sein Land praktiziert den „wissenschaftlichen" Sozialismus, und er betont in regelmäßigen Abständen, daß „am rechten Ufer des Kongo noch immer die rote Fahne weht". Aber sein Land gehört trotz eines Beistandspaktes mit der Sowjetunion nicht zum Kreis der abhängigen Volksrepubliken wie Äthiopien, Angola und Moçambique. Jahrelang hatten Erdöleinnahmen sogar einen Mini-Boom am Kongo ermöglicht. Damit ist es angesichts des Falls der Ölpreise vorerst einmal zu Ende. Auch Kongo-Brazzaville mußte den Canossa-Gang zum Club von Paris zwecks Umschuldung gehen und unter dem Zwang des Internationalen Währungsfonds ein Austeritätsprogramm beschließen.

Die landesübliche Eleganz französischer Prägung zu pflegen fällt vielen Kongolesen nun schwer, aber dem 43jährigen Obersten merkt man davon nichts an. Er sieht blendend aus, ist allerdings als Redner eine Katastrophe. Das Auditorium leidet mit ihm, weil er ständig den Eindruck macht, er werde steckenbleiben. Doch hat er den spröden Charme des disziplinierten Soldaten. Er stammt aus dem drittgrößten Stamm, den Mbochi, aus dem Norden des Landes und stellt die ethnische Balance zu den traditionell weiter entwickelten größeren Stämmen der Bakongo und Bateke durch seine Ehe mit einer Frau aus dem Süden her, der mehr als ein halbes Dutzend Kinder entsprungen sind. Militärkarriere mit Ausbil-



Gut aussehen, schlecht reden: neuer OAU-Vorsitzender Sassou-Nguesso FOTO: CAMERA PRESS

dung in Algerien und Frankreich, seit 1968 in der Einheitspartei „Parti Congolais du Travail" – es war eine Überraschung, daß diese ihn nach dem Sturz der Übergangsregierung des prowestlichen Yhombi Opango 1979 zum Präsidenten nominierte. Er knüpfte an seinen Vorvorgänger Marien Ngouabi an, der, 1977 ermordet, wie ein Nationalheiliger verehrt wird und das war, was Sassou nicht ist: ein charismatischer Volkstribun.

Anders als Ngouabi jedoch, trotz sozialistischer Parolen, hat Sassou-Nguesso die „erste Volksrepublik Afrikas" mehr zum Westen orientiert. Über die Grenzen seines kleinen Landes hinaus ist er nur durch Vermittlungsbemühungen im Tschad-Konflikt bekannt geworden. Doch auch Diouf war vor seiner OAU-Präsidentschaft eine eher blasse Persönlichkeit. Als OAU-Vorsitzender hat Sassou nun die Chance, sich Verdienste zu erwerben, indem er die richtigen Erkenntnisse Dioufs mit konkreten Aktionen zu verwirklichen sucht. Daß er als Präsident seines Landes trotz ideologischer Phraseologie keine schlechte Politik gemacht hat, ist ein hoffnungsvolles Vorzeichen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Allgemeine

Sie meint zur US-Getreide-Politik:

Carter hatte einst wegen des sowjetischen Überfalls auf Afghanistan ein Getreideembargo gegen die Sowjetunion verhängt. Sein Nachfolger ... ist inzwischen so weit, Weizenverkäufe an die Sowjetunion – das Embargo ist schon längst einem langfristigen Getreidehandelsabkommen gewichen – vom Steuerzahler subventionieren zu lassen. Eine Prämierung gewandelter Afghanistan-Politik Moskaus ist das aber mitnichten; dort ist aus dem Überfall inzwischen ein erbarmungsloser Ausrottungskrieg gegen jenen überwiegenden Teil der Bevölkerung geworden, der den Widerstandskämpfern Deckung gibt ... Wie glaubwürdig aber – auch für ihre Verbündeten – ist eine Weltmacht, die sich in einer Frage, die einmal mit moralischem Pathos behandelt wurde und dies auch verdient, solche Schlingerbewegungen der Politik leistet?

WASHINGTON POST

Sie beobachtet Ortegas Publicity:

Wir bekennen einen Anflug von Bitterkeit, wenn wir lesen, daß Daniel Ortega während seiner Mission zu den Vereinten Nationen in den Medien beim Klagen über die USA auf eine Goldader vorteilhafter Publicity stieß und daß er es versteht, sich so schön in die amerikanische Politik einzumischen. Das ist derselbe Daniel Ortega, dessen Regime gerade die letzte verbliebene unabhängige Stimme in seinem eigenen Land zum Schweigen brachte, die Zeitung „La Prensa". Daniel Ortega mag Publicity erhalten, aber die Menschen wissen, wer er ist: jemand, der vorgibt, tapfer zu sein, und der sich vor „La Prensa" fürchtet, die das Beste von Nicaragua repräsentiert – demokratisch, gegen Somoza, antisandinistisch.

Schwarzwälder Bote

Die Oberndorfer Zeitung schreibt zum Fischsterben in der Saar:

So ist das mit unseren Politikern. Erst gefallen sie sich in der Rolle des Herrn Hase, der von nichts weiß und folglich keine Verantwortung übernehmen muß. Dann räumen sie kleinlaut Versäumnisse und Fehler ein. Und damit hat sich's. Jo Leinen, der saarländische Umweltminister, der sich früher als Gralshüter unserer bedrohten Natur gerierte, hat soeben ein beredtes Beispiel dafür geliefert.

Nordwest-Zeitung

Das Oldenburger Blatt bemerkt zur Terror-Taktik:

In der deutschen Terroristenszene scheint die Zeit der Geiselnahme vorbei zu sein. Das Führungskollektiv der siebziger Jahre ist durch eine Gruppierung ersetzt worden, die Exponenten der Politik, der Wirtschaft und des Militärs gezielt ermorden will und dabei von einem Umfeld unterstützt wird, das darauf spezialisiert ist, durch Stiftung von Sachschäden in möglichst großem Umfang die Kader zu unterstützen, ohne von diesen direkt gelenkt zu werden. Deshalb kann die RAF heute personelle Verluste leichter verkraften als früher.

Den Schuß vor den Bug bekamen die anderen

Mahathirs dramatischer Erfolg – Islam-Fundamentalisten ohne Chance / Von Peter Iseli

Eine Bestätigung für das Vertrauen der Bevölkerung in die Institutionen und die Politik der Regierung" sieht der einundsechzigjährige malaysische Ministerpräsident Mahathir Mohamad im Ergebnis der Parlamentswahlen vom Wochenende, die der seit 23 Jahren regierenden Nationalen Front (Barisan) mit 148 Mandaten 83 Prozent der Sitze im Bundesparlament und regierungsfähige Mehrheiten in allen elf Gliedstaaten der malaiischen Halbinsel brachten. Die Regierung hat erneut eine klare Mehr-als-Zweidrittelmehrheit erhalten, was ihr für die kommenden Jahre weitgehend freie Hand beim Anpacken der wirtschaftlichen Probleme bis hin zu Verfassungsänderungen einräumt.

Im Vorfeld der Wahlen war oft die Rede davon gewesen, daß die Regierung und vor allem der seit fünf Jahren amtierende Regierungschef selbst einen „Schuß vor den Bug" erhalten würden. Eine stagnierende Wirtschaft, mehrere Finanzskandale sowie Belastungen des ethnischen und religiösen Gleichgewichts – sei es durch fundamentalistische islamische Tendenzen, sei es durch verunsicherte chinesische Träger der Wirtschaft angesichts von privilegierenden Gesetzen für ethnische Malaien – gaben der Opposition Hoffnung, ihre Stellung verstärken zu können.

Die Hoffnung erfüllte sich nicht, obwohl die vor allem von städtischen Chinesen getragene „Demokratische Aktionspartei" (DAP) mit 24 Mandaten ihren prozentualen Sitzanteil verdoppeln konnte. Dies geschah allerdings erstaunlicherweise kaum auf Kosten der Nationalen Front insgesamt, wenngleich die beiden chinesischen Gruppierungen innerhalb der Barisan – die Malaysian Chinese Association (MCA) und die Gerakan – Stimmen abgeben mußten.

Die unangetastete Mehrheit bedeutet für die Regierung einen klaren Auftrag zur Fortsetzung der bisherigen Politik und ein eindeutiges Votum für Stabilität und Gleichgewicht im ethnisch und religiös so vielfältigen Malaysia. Obwohl die Wirtschaft zur Zeit wegen der sinkenden Rohstoffpreise – Zinn, Kautschuk und Kupfer sind nach wie vor Hauptteile der malaysischen Exporte – stagniert, haben die späten siebziger und frühen achtziger Jahre dem Land eine starke Aufwärtsentwickung gebracht, die immer breitere Bevölkerungsschichten erfaßt. Die Malaysier haben am Wochenende gezeigt, daß sie keine Lust auf Abenteuer haben.

Vielleicht spielten auch – von der Regierung im Wahlkampf wachgerufene – Erinnerungen an die Unruhen nach den Wahlen 1969 mit. Damals eroberten die DAP und die ebenfalls chinesisch dominierte Gerakan 37 der damals 103 Parlamentssitze. Aufgebrachte ethnische Malaien prallten in der Hauptstadt auf Feiern der Chinesen, Hunderte von Menschen starben bei den darauffolgenden gewalttätigen Auseinandersetzungen.

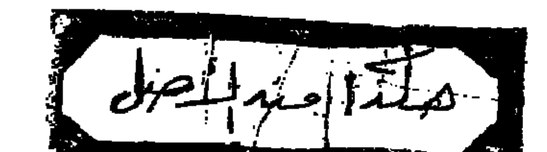
Ministerpräsident Mahathir wurde auch in seiner eigenen Partei, der „Vereinigten Nationalorganisation der Malaien" (UMNO), der Rücken gestärkt. Die Finanzskandale um die staatliche Bumiputra-Bank, Vorwürfe der Mißwirtschaft und der Rücktritt des populären Vize-Regierungschefs Musahitam Anfang des Jahres hatten dem früheren Arzt Schwierigkeiten bereitet. Mahathir kann sich nun auch nach innen auf den Wählerwillen berufen.

Eine große Überraschung bildet die verheerende Niederlage der fundamentalistischen „Islamischen Partei Malaysias" (PAS). Der PAS waren vor den Wahlen bis zu 20 Sitze und die Übernahme der Regierung in einem der nördlichen, traditionell religiös strengeren Gliedstaaten vorausgesagt worden. Mit einem einzigen Mandat im Bundesparlament und direkten Niederlagen der drei wichtigsten Führer der PAS scheiterten die Fundamentalisten kläglich.

Zwar sieht man vor allem in den nördlichen Provinzen der malaiischen Halbinsel wieder vermehrt Frauen im Tschador, dem traditionellen islamischen Schleier. Zwar schmettern in vielen Dörfern wieder Lautsprecher islamische Gebete und Parolen. Die große Mehrheit der islamischen Malaien aber, die knapp über fünfzig Prozent der Bevölkerung stellen, will offenbar nichts von einer streng islamischen Regierung, von einem fundamentalistischen Staat nach dem Vorbild Irans wissen.

„Die Wähler haben die Tricks der PAS durchschaut", wertete Mahathir die Tatsache, daß die Nationale Front auch in den traditionellen PAS-Gebieten starke Mehrheiten erhielt.

Mahathir hat es offenbar verstanden, die Malaien davon zu überzeugen, daß ihre Interessen in der Nationalen Front gebührend berücksichtigt werden. Die „neue Wirtschaftspolitik", mit der den „Bumiputras" – den malayischen „Söhnen der Erde" – bis 1990 ein ihrem Bevölkerungsanteil entsprechender Einfluß in der Wirtschaft zugesichert werden soll, mag dazu beigetragen haben, daß die Malaien auch hier für die Stabilität votierten und nicht für extremistische Tendenzen, die ihnen von der Mentalität her sowieso fernliegen.



Das Land der Berge auf touristischer Talfahrt

Die Ausländer machen den Österreichern Kummer, vor allem auch die Deutschen. Sie kommen nicht mehr so zahlreich ins Land der Berge und Seen, das bisher ein Drittel seiner Devisen-Einnahmen aus dem Tourismus bezieht. Alarm: Ein neues Image muß her.

Von CARL G. STRÖHM

Der Pilot des Hubschraubers kreist über den Kärntner Seen: Unten liegt Maria Wörth, gegenüber sieht man Pörtschach. „Schauen Sie die Strände an – viel weniger Betrieb als sonst um diese Jahreszeit", sagt er. „Irgendwie kommt es einem vor, als gebe es heuer noch weniger Sommergäste."

Der optische Eindruck trügt nicht. Österreich, das noch vor einem Jahrzehnt im Sommer so voll von Touristen war, daß manche Gäste in den Badewannen schlafen mußten, verzeichnete im Juni 1986 einen weiteren Einbruch mit einem Übernachtungsrückgang von 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Seit 1980, als der Abwärtstrend erstmals deutlich einsetzte, sind den Österreichern gut 20 Millionen Übernachtungen von ausländischen Gästen verlorengegangen.

Vor allem die Deutschen, die landesweit bis zu 70 Prozent der Feriengäste stellten, blieben im vergangenen Jahr mit einem Minus von 3,4 Prozent weit hinter den Erwartungen zurück. Aber während 1985 ein starkes Plus von 7,9 Prozent Amerikanern zu verbuchen war, ist jetzt auch der US-Tourismus – der vor allem für Städte wie Wien und Salzburg von Bedeutung ist – infolge von Terrorfurcht und Dollarschwäche fast völlig zum Erliegen gekommen. Große Hotels in der österreichischen Hauptstadt müssen folglich ihre leerstehenden Betten buchstäblich verschleudern.

Über die Ursachen des „Einbruchs" der deutschen Sommergäste zerbrechen sich Politiker und Tourismusmanager in Wien den Kopf. Auch Versuche, aus der Not eine Tugend zu machen und von der „Monokultur" der Deutschen auf andere Nationen umzusteigen, um damit die Abhängigkeit vom großen Bruder im Nordwesten zu verringern, versprechen bis jetzt wenig Erfolg. Es gibt keine Nation in Europa oder Übersee, welche die jährlich 55 Millionen Übernachtungen von Deutschen in Österreich ersetzen könnte. Hoffnungen auf die Italiener, die sich zur Zeit sehr für Städtetourismus in Wien interessieren, werden von Fachleuten eher skeptisch eingestuft: Die meisten italienischen Gäste sind wetterwendisch, kommen einmal und dann nicht wieder. Hier ein Stammpublikum aufzubauen, dürfte schwerfallen. Auch die Amerikaner mit ihren Dollars haben sich als unsichere Kantonisten erwiesen.

Warum aber bleiben die Deutschen (und notabene auch andere Westeuropäer wie Holländer oder Belgier) aus? Zunächst hat hier bei den Touristen ein Generationenschub und damit ein tiefgreifender Geschmackswandel eingesetzt. Der deutsche Gast, der Österreich aus sentimentalen – man könnte fast sagen: aus unterbewußt „großdeutschen" – Motiven die Treue hielt, stirbt aus. Das war ein Gast, dem es nicht im Traum eingefallen wäre, nach Jugoslawien oder gar Griechenland weiterzureisen. Der aussterbende deutsche Gast aus der inzwischen älteren Generation fuhr zur „Sommerfrische" ins Salzkammergut oder ins Zillertal, nach Kärnten oder an die oberösterreichischen Seen. Ihm machte es nichts aus, in einem einfachen, urigen Gasthof zu wohnen – und wenn in Salzburg der Schnürlregen einsetzte, hielt er ihn samt der damit verbundenen Kälte geduldig aus.

„Aussterbender" Gast: „Piefke", Urtyp des deutschen Österreich-Urlaubers FOTO: WOCHENPRESSE

Der junge, nach dem Zweiten Weltkrieg geborene deutsche Gast sieht Österreich ganz anders. Für ihn gibt es keine Sentiments. Die Geschichte samt Kaiser Franz Josef ist ihm ein alter Hut. Die gemeinsame Sprache ist für ihn nebensächlich – denn er kann auch nach Ibiza oder nach Mykonos fahren und sich dort gut verständigen.

Österreich gilt ihm als langweilig und verregnet. Das von den Eltern praktizierte Wandern in den Bergen (womöglich bei jeder Witterung) ist ihm ein Greuel. Er will in der Sonne liegen und „etwas erleben" – und da scheinen ihm Rhodos und Tunis, Marbella und Teneriffa weitaus besser geeignet als Strobl oder St. Wolfgang.

Übrigens: Der gleiche Erlebnis-Typ findet Österreich im Winter beim Skifahren keineswegs schlecht. In der Wintersaison gibt es immer noch Zuwachsraten, weil die junge Generation auf den Pisten und beim Après-Ski durchaus auf ihre Kosten kommt.

In ihrer Verzweiflung über die leerstehenden Sommerbetten sind nun die österreichischen Tourismus-Manager auf zum Teil ausgefallene Ideen gekommen: „Animateure" im Stil des Club Mediterrané sollen in Tiroler Gebirgsdörfern die Leute in Stimmung bringen. Golfplätze sollen ausgebaut, ja sogar Vogelkundler und Bridge-Spieler für einen Österreich-Urlaub interessiert werden.

Im südlichen Kärnten etwa ist man auf die Idee gekommen, durch den Bau eines Straßentunnels unter dem Plöckenpaß Gäste anzulocken. Skeptiker allerdings meinen, das einzige Resultat eines solchen Projekts bestünde darin, daß die Feriengäste aus dem Norden noch schneller durch Österreich hindurch nach Italien weiterreisen: der Sonne und dem Erlebnis entgegen. Zurück bliebe ein weiteres durch Straßen und Tunnel zerstörtes Gebirgstal. Und zurück blieben die Abgase von Zehntausenden von Autos, die sich im Transit durch die Landschaft wälzen.

Auf der Suche nach Möglichkeiten für eine Wiederbelebung des österreichischen Sommer-Fremdenverkehrs stößt man auf ein weiteres Hindernis: Österreich erscheint vielen deutschen Gästen im Vergleich zu anderen Ländern, etwa am Mittelmeer, als zu teuer. Wer für einen Kaffee 30 Schilling (mehr als vier Mark) bezahlt, ärgert sich – zumal wenn er weiß, daß er diesen gleichen Kaffee in Griechenland um ein Viertel des Preises erhalten kann. Auch der Autofahrer, der feststellt, daß das Benzin in Österreich erheblich mehr kostet als in Deutschland, ist nicht gerade gnädig gestimmt. Die österreichischen Gastwirte weisen seit Jahren darauf hin, daß eine enorme Steuerbelastung ihrer Betriebe und vor allem der Getränke sie daran hindere, günstiger zu kalkulieren.

Fast scheint es, daß die Österreicher dem vielgeschmähten „Piefke", dem Prototyp des deutschen Stammgastes, der über viele Jahre hinweg Urlaub in ihrem Land machte, bald nachweinen werden. Denn dieser „Piefke" (einem preußischen Militär-Kapellmeister zur Zeit Kaiser Wilhelm II. nachempfunden), der beim Heurigen gerne das Lied „Warum ist es am Rhein so schön ..." anstimmte und in kurzen Hosen durch die Berge Tirols und Salzburgs marschierte, wird allmählich zur Rarität.

Wie immer, wenn die Not groß ist, ist man jetzt auf die Idee gekommen, das Image Österreichs durch eine Austria-Foundation – also eine Österreich-Stiftung – und gezielte Werbung aufzupolieren. Dazu sollen Regierung und Wirtschaft Geld zur Verfügung stellen. Auch daran sieht man den Wandel: Noch vor wenigen Jahren brauchte man für Salzburg und Kärnten, für Wien und das Burgenland keine Image-Pflege. Die Leute, vor allem die Deutschen, kamen von ganz alleine. Dessen kann man sich in Österreich heute nicht mehr sicher sein.



Hauptdarsteller in einem Parade-Stück: Heinz Braun, sein „Flucht-Planer" Wolf Quasner und die drei Puppen à la Sowjet-Offizier FOTOS: DPA/AP

Der Puppenspieler vom Checkpoint

Manchem ist die Geschichte zu schön, um wahr zu sein: die Geschichte von der Flucht des Heinz Braun nach West-Berlin. Köpenickiade oder Märchen?

Von H.-R. KARUTZ

Ein bulliger, untersetzter Grauschopf, energische Lippen, kurz angebunden: So sitzt Heinz Braun, der 48jährige Ostberliner Vulkaniseur und Eigentümer des „Reifendienstes Braun", an der Straße Nr. 4 im ehemaligen Ostberliner Prominenten-Viertel Pankow in der Pressekonferenz. Freitag, 1. August, wenige Minuten nach elf Uhr im Haus der „Arbeitsgemeinschaft 13. August" am Checkpoint Charlie.

„Ich will erst mal einen Gruß an die DDR loswerden und alle meine Freunde grüßen, die mir 26 Jahre lang hilfreich zur Seite gestanden und bis ans Ende an mich geglaubt haben. Ich werde sie nie vergessen ...", diktiert er Dutzenden von Journalisten in den Block.

Keine Larmoyanz, keine nervösen Schwingungen in der Stimme. Hier scheint sich einer seiner Geschichte ganz sicher zu sein. Anderntags schon formen sich auf westlicher Seite die ersten Fragezeichen, ob man ihm tatsächlich „bis ans Ende glauben" soll. Zweifel an seiner Flucht-Story, die in West und Ost ungläubiges Staunen hervorgerufen hat, sind da.

Mit drei Schaufensterpuppen, als Sowjet-Offiziere drapiert, sei er am Steuer eines als sowjetisches Patrouillenauto getrimmten Lada über den Checkpoint Invalidenstraße in den westlichen Sektor gelangt, und zwar am Mittwoch, 30. Juli, kurz nach 19 Uhr, an einem sommerhellen frühen Abend.

Brauns Bericht klingt trotz allen Erstaunens überzeugend, zumal der Trick mit der Sowjetuniform keine Erfindung zum 25. Jahrestag des Mauerbaus ist: 1962 gelangten vier junge Ost-Berliner mit fünfzackigen Sternen aus Goldpapier auf nachgeahmten Schulterstücken, über den Checkpoint Charlie in den Westen. Die Posten salutierten, die Insassen auch.

Welcher Weg liegt hinter diesem Heinz Braun? Eine lange, deutsch-deutsche Wanderschaft zwischen den Welten: „Ich bin 1959 als 21jähriger aus der politischen Überzeugung nach drüben gegangen, die hätten dort das bessere System." Schon nach einem halben Jahr gerät der Pfälzer aus Landau mit dem sozialistischen Rechtssystem in Konflikt: „Mir kam es vor, als würde ich das Märchen von einem, der auszog, das Fürchten zu lernen, selbst erleben." Zweieinhalb Jahre Haft für einen angeblichen Abwerbe-Versuch – das angebliche Opfer sei jedoch nie in den Westen übergesiedelt.

Drüben verstrickt er sich offenkundig immer häufiger in Geschichten, die der Staat als „kriminell" wertet. In sozialistischen Augen mag er wohl auch so etwas wie ein Filou sein, ein Mann, der sich schwer unterordnet. Dreimal heiratet er. Zuletzt lebt Braun, wie er sagt, anderthalb Jahre in einer Art Doppel-Existenz mit der Ehefrau eines Mitarbeiters des „DDR"-Innenministeriums zusammen.

Viele vergebliche Ausreise-Anträge

„Unzählige Ausreise-Anträge hatten keinen Erfolg. Als mein Vater im Westen starb, durfte ich nicht hinüber. Auch meine 88jährige Mutter in der Pfalz konnte ich nicht besuchen."

Dennoch scheint er auch im Arbeiter- und Bauernstaat die mittlere Karriere-Laufbahn einzuschlagen: Taxifahrer in Ost-Berlin – wobei Experten hierzulande zu diesem Punkt im Lebenslauf einwerfen, mindestens 80 Prozent der Droschkenfahrer jenseits der Mauer seien vom Stasi als „GI" (Geheime Informanten) angeheuert.

Weil Handwerker gefragt sind und auch drüben das Automobil der Deutschen liebstes Kind ist, händigen die Behörden Heinz Braun 1979 eine Lizenz als selbständiger Reifenhändler und Wagenservice-Unternehmer aus. Die Firma läuft, wie so viele Mittelstands-Betriebe in Mangel-Branchen: „Ich habe mir ein 4000 Quadratmeter großes Grundstück mit einer holländischen Windmühle gekauft." Die Luxus-Datscha steht im Mecklenburgischen. Dem Berlin-Korrespondenten der Londoner „Daily Mail", Clive Freeman, dem (und dem ITN-Fernsehen) er seine Story exklusiv für 28 000 Mark verkauft hat, zeigt er am Donnerstag außerdem Fotos von seinem Wochenendhäuschen am bezaubernden Müggelsee in Ost-Berlin.

Im Frühjahr dieses Jahres betritt West-Berlins ausgefuchstester „Flucht-Planer", wie er sich nennt, die Bühne: Wolf Quasner. Er soll Hunderte von Menschen gegen Geld aus der „DDR" geschafft haben. Zwei Aktionen sind aktenkundig – während der ersten Polen-Reise von Papst Johannes Paul II. lotste er zwei Familien in Nonnenkluft und Mönchskutten im Papst-Gefolge aus Warschau bis nach Italien. Aus Prag holte er einen Flüchtling mit einem ghanaischen Paß heraus – eine Maskenbildnerin schminkte den Mann zuvor „farbecht" zurecht.

Mit Quasner wird Braun in Ost-Berlin über Mittelsmänner handelseinig: Er, seine Freundin und deren kleine Tochter sollen „ausgeschleust" werden. Teil eins des Unternehmens gelingt: Braun trifft am 24. Juni 1986 auf den branchenüblichen verschlungenen Pfaden in West-Berlin ein. Er durchläuft, das ist sicher, das Bundes-Notaufnahmeverfahren. „Weil meine Freundin und das Kind aber ausblieben und ich nichts mehr hörte, habe ich mich zurückschleusen lassen", berichtet er. „Ein normaler Flüchtling hätte so etwas nie gemacht", kommentieren Insider. Folgt man Braun, stöberte er dann – die „DDR"-Fahnder hinter ihm her – seine Freundin auf, die inzwischen zu ihrem Mann zurückgekehrt ist.

Dann folgt die „sowjetische Variante": Brauns Lada wird grün gespritzt und erhält die Buchstaben „CA" (Cowjetskaja Armija) sowie den roten Stern auf weißem Halbrund an der Wagentür. Experten stutzen: Das Fahrzeug eines Flüchtlings wäre längst beschlagnahmt worden. Wer drüben andererseits seine Zelte abbrechen will, versteckt seinen Wagen nicht, sondern macht ihn vorher noch zu gutem Geld.

An den Uniformen fallen drei Fehler auf

Bei den Sowjet-Puppen, die Braun dann im Westen präsentierte, machen Fachleute drei Fehler aus: Die goldgrundigen Schulterstücke des Oberstleutnants gehören zu einer Parade-Uniform. Die Kragenecken der Hemden sind viel zu „westlich" kurz, die Sowjets tragen sie länger und spitzer. Auch die üblicherweise umgehängten Foto-Apparate der Offiziere der „roten Kolonnen" fehlen.

Clive Freeman meint: „Es gibt Fragen." Aber in den stundenlangen Gesprächen mit Braun, Quasner und Rainer Hildebrandt, dem Vorsitzenden der „Arbeitsgemeinschaft 13. August", die der britische Journalist als erster und einziger führte, habe er nicht das „Gefühl einer Lügengeschichte" gehabt. „Wir gingen auch zu dem Wagen, der statt der russischen nun wieder Ostberliner Kennzeichen trug."

Als Freeman in die Wohnung gekommen sei, hätten schon Farbfotos vorgelegen: „Von Amateuren, alle ohne Teleobjektiv." Der Videofilm, von mindestens einer US-Station gekauft, zeige nicht den Augenblick der Ausfahrt aus dem engen Mauerdurchlaß am Übergang.

Noch hat Bert Brecht recht: „Der Vorhang zu und alle Fragen offen."

Bischöfe wegen „SED-Legende" kritisiert

idea, Berlin

Der in den Westen übergesiedelte Historiker und Wirtschaftswissenschaftler Hermann von Berg hat scharfe Kritik an dem Ende Juli veröffentlichten Briefwechsel der evangelischen Berliner Bischöfe Martin Kruse (West-Berlin) und Gottfried Forck (Ost-Berlin) zum 25. Jahrestag des Baus der Mauer geübt.

In einem Beitrag des Informationsdienstes der evangelischen Allianz (idea) warf der frühere Vertraute des „DDR"-Ministerpräsidenten Willi Stoph den beiden Bischöfen „eigentümliche Verschiebungen im historischen Tatsachenbild und der ethischen Werteordnung" vor.

In dem Briefwechsel hatte Forck unter anderem die Vermutung geäußert, daß der Westen bis 1961 versucht habe, „DDR"-Bewohner durch „verlockende Angebote" in die Bundesrepublik Deutschland zu holen.Dem habe die „DDR" auf Dauer nicht untätig zusehen können. Jedoch hat die Entwicklung nach Ansicht beider Bischöfe seither zu einer Normalisierung des Verhältnisses beider deutscher Staaten und zu einer Entspannung zwischen den Großmächten geführt.

In seiner Stellungnahme wandte sich von Berg entschieden gegen die „SED-Legende von der Abwerbung in einem bischöflichen Wort". Sicher seien früher manche Menschen „zu den größeren Fleischtöpfen übergelaufen. Aber warum hört die Abwanderungsbewegung bis heute nicht auf?", fragt Berg.

Der Wissenschaftler hält es auch für fragwürdig, von Entspannung zu reden: „Vor der Mauer, im kalten Krieg, konnte ich mich als Student wie alle Deutschen in unserem Vaterland frei bewegen. Heute, in der Entspannung, wird kontrolliert, reglementiert und verboten." Frei im Westen bewegen könnten sich nur „ausgesuchte Funktionäre aus Deutschland-Ost".

Von Berg bezeichnete die Mauer als „Stein gewordenen Beweis für die Unfähigkeit der marxistisch-leninistischen Ideologie, dem Volk ein sinnvolles Leben anstelle eines unwürdigen Vegetierens zu ermöglichen". Er warnte davor, sie einfach als gegeben hinzunehmen, wie es aus den Briefen der Bischöfe herausklinge: „Was sind denn schon 25 oder 40 lächerliche Jahre vor der Geschichte unserer Nation? Die Mauer wird fallen, früher oder später."

Scharf wandte sich der jetzt in Berlin lebende Historiker auch gegen die Ansicht der Bischöfe, die Mauer sei als Kriegsergebnis und „Folge deutscher Schuld" zu betrachten. „Kriegsergebnis für Deutschland war die 1945 in Potsdamm völkerrechtlich versprochene Einheit Deutschlands", meinte er. Außerdem hätten seriöse Geschichtswisssenschaftler längst festgestellt, daß von einer Kriegsschuld des deutschen Vokes so pauschal nicht geredet werden könne. Inzwischen sei klar, „daß es ohne das Verbrechen des Hitler-Stalin-Paktes von 1939 keinen zweiten Weltkrieg gegeben hätte".

Deshalb sei viel eher zu fragen: „Ins wievielte Glied sollen unsere Kindern noch von jenen bestraft werden, die ihr eigenes barbarisches System, den Stalinismus, selbst vernichtend bloßgestellt haben?"

Bayern schafft Strahlenmeßgeräte an

dpa, München

Alle 71 Landkreise und die 25 kreisfreien Städte in Bayern sollen nach dem Wunsch des Umweltministeriums demnächst tragbare Strahlenmeßgeräte erhalten. Das Ministerium will dafür im nächsten Doppelhaushalt des Freistaats eine Summe von rund zwei Millionen Mark fordern.

Die Geräte sollen bei künftigen Reaktorstörfällen oder -unfällen „erste Messungen" erlauben. Sie seien jedoch nicht dazu geeignet, „jeden Salatkopf" zu messen, schränkte Umweltminister Alfred Dick gestern vor Journalisten in München. Die Behörde will den Kreisbehörden dazu auch einheitliche Kriterien für die Messungen mitliefern.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Die „Karriere" der Gewalttäter

Alle bundesweit gesuchten Terroristen haben ihre „Laufbahn" mit Aktionen bei gewalttätigen Demonstrationen und Hausbesetzungen begonnen. Auf diesen Sachverhalt weist Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) im Gespräch mit der WELT hin. Mit dem Bundesinnenminister sprach Manfred Schell. Die WELT dokumentiert zudem die Stationen von 12 der 18 in der öffentlichen Fahndung ausgeschriebenen mutmaßlichen Terroristen der sogenannten „Rote Armee Fraktion".



Wolfgang Werner Grams (geb. 6. 3. 1953 in Wiesbaden); 1974 Besetzung der Büroräume von amnesty international in Hamburg, Festnahme. 1978 mehrfache demonstrative Aktionen (Störung der Hauptverhandlung gegen Günther Sonnenberg). 1978 Besetzung einer evangelischen Kirche in Frankfurt-Harheim.



Andrea Martina Klump (geb. 13. 5. 1957 in Wiesbaden); 1981 Besetzerin des Schauspielhauses und der Friedrich-Ebert-Stiftung Frankfurt zur Unterstützung der im Hungerstreik befindlichen Terroristen. 1981 Werfen von Feuerwerkskörpern in die JVA Frankfurt/M (30–40 Personen beteiligt).



Birgit Hogefeld (geb. 23. 7. 1956 in Wiesbaden); 1974 Festnahme nach Plakataktion der Sozialistische Initiative Wiesbaden zum damaligen Hungerstreik. 1975 Sachbeschädigung (Sprühaktion „Nulltarif"). 1976 Wildes Plakatieren gegen „Maulkorb-Paragraphen". 1978 Besetzung einer evangelischen Kirche in Frankfurt-Harheim. 1980 Störung bei der Eröffnung des 5. Internationalen Kolloquiums über die europäische Menschenrechtskonvention. 1982 Festnahme nach Demonstration in Frankfurt/M.: Aufruf zum bewaffneten Kampf gegen den Staat.



Friederike Krabbe (geb. 31. 5. 1950 in Bentheim); 1974 Flugblattaktion „Komitee gegen Folter" an der deutsch-niederländischen Grenze. 1974 Sitzstreik des „Komitees gegen Folter" vor Justizministerium in Hannover. 1975 Demonstration und Flugblattaktion in Heidelberg „GEgen die Todesstrafe in Spanien".



Christoph Eduard Seidler (geb. 13. 1. 1958 in Heidelberg); 1978 Hausbesetzung und Sachbeschädigung in Freiburg. 1980 Besetzung der Dreifaltigkeitskirche in Hamburg. 1981 Demonstration und Aktionen im Zusammenhang mit Hungerstreik. 1983 Teilnahme an Demonstration in Krefeld anläßlich des Besuchs des US-Vizepräsdenten Bush.



Ekkehard Frhr. von Seckendorf-Gudent (geb. 22. 7. 1940 in Kühnitzsch); 1969 Teilnahme an verbotener Vietnam-Demonstration, Festnahme in Hamburg. 1969–1975 Veranstalter und Teilnehmer an mehreren Demonstrationen, trat hierbei mehrfach als Redner auf; mehrere Störungen schulischer Veranstaltungen.

Inge Viett (geb. 12. 1. 1944 in Stemwarde); 1971 Festnahme bei Demonstration in Berlin.

Thomas Simon (geb. 14. 3. 1953 in Gengenbach); 1979 Wildes Plakatieren, Störer bei Strafprozessen. 1983 Beteiligung an Demonstrationen und Aktionen der Stuttgarter Szene.

Monika Helbing (geb. 16. 11. 1953 in Flein); 1974 Teilnahme Besetzung amnesty international in Hamburg.

Sabine Callsen (geb. 18. 3. 1961 in Hannover); Angehörige des Frauenplenums gegen Munitionstransporte in Hamburg, dessen Plenum dem militanten „RAF"-Umfeld nahesteht.



Susanne Albrecht (geb. 1. 3. 1951 in Hamburg); 1973 Festnahme nach Hausbesetzung in Hamburg.



Eva Sybille Haule-Frimpong (geb. 16. 7. 1954 in Tübingen); 1980 Besetzung der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin, 450 DM Geldstrafe. 1981 Hausbesetzung in Esslingen, 200 DM Geldtrafe.

Erst Hausbesetzer, dann Terroristen

Die „Laufbahn" der RAF-Mitglieder / WELT-Interview mit Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann

WELT: Herr Minister, welche Erkenntnisse ergeben sich aus der jüngsten Verhaftung von drei mutmaßlichen Terroristen?

Zimmermann: Die wichtigste Erkenntnis ist, daß die Terroristen sich nicht nur im Ausland, sondern auch in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten und sich ihrer Sache vermeintlich so sicher sind, daß sie öffentliche Lokale aufsuchen. Aber wie sich an diesem Fall gezeigt hat, war die Tarnung nicht gut genug. Aufmerksame Bürger haben sie erkannt. Das beweist einmal mehr, wie wichtig die Mitarbeit der Bürger an der öffentlichen Fahndung ist, wie wichtig die öffentliche Ausschreibung ist, weil wir natürlich, was die Zahl der Polizisten angeht, nicht jede Eisdiele, jedes Lokal in der Bundesrepublik überwachen können. Hier sind die Polizeibehörden auf die Mitarbeit der Bürger angewiesen und insofern ist das ein ganz wichtiger Erfolg. Er zeigt, daß nur im Zusammenwirken zwischen Bürger auf der einen und Sicherheitsbehörden auf der anderen Seite der Terrorismus erfolgreich bekämpft werden kann.

WELT: Wird der öffentliche Fahndungsdruck anhalten?

Zimmermann: Ganz sicherlich. Der Generalbundesanwalt und das Bundeskriminalamt werden ihre Anstrengungen verstärken. Die Terroristen müssen damit rechnen, daß sie, wo immer sie sich in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, erkannt werden können. Und ich fordere alle Bürger dazu auf, hier die Augen aufzuhalten, Verdächtiges zu melden, sich in solchen Fällen nicht zu scheuen, die Polizei zu verständigen.

WELT: Es gibt Zweifel, ob die Verhaftungen in Rüsselsheim wirklich auf einen Hinweis aus der Bevölkerung geschehen sind ...

Zimmermann: Ich möchte mich nicht zu Einzelheiten der Fahndung und auch nicht zum Stand der Ermittlungen öffentlich äußern.

WELT: Frau Haule-Frimpong ist seit langem gesucht worden. Die anderen zwei Personen waren bisher als Mitglieder der RAF nicht bekannt. Welche Rückschlüsse läßt das zu?

Zimmermann: Es ist richtig, daß Frau Haule-Frimpong zu den öffentlich gesuchten Personen gehörte. Sie war ja auch wohl diejenige gewesen, die zuerst erkannt wurde. Aber interessant ist, daß hier zusätzlich zwei Personen festgenommen wurden, die auch nach dem bisherigen Stand der Erkenntnisse zur RAF Zugang haben, bislang aber nicht in der Terrorszene aufgefallen sind. Sie sind allerdings durch Aktivitäten im gewalttätigen Demonstrationsbereich in Erscheinung getreten.

WELT: Können Sie da Einzelheiten nennen?

Zimmermann: Ja, es ist offensichtlich, daß alle Terroristen, die bisher ausgeschrieben sind, ihre terroristische Laufbahn – möchte ich einmal sarkastisch sagen – begonnen haben mit Aktionen bei gewalttätigen Demonstrationen, Hausbesetzungen. Es gibt nicht einen einzigen Fall, wo man sagen kann, es wird einer von heute auf morgen Terrorist.

Es geht keiner hin und sagt „und heute beschloß ich, Terrorist zu werden", sondern als Einstiegstäter kommt er immer näher zu dem Kern der RAF. Erst über Demonstrationen, über gezielte gewalttätige Aktionen bis hin zu Hilfsmaßnahmen zur RAF, bis er dann selber terroristisch tätig wird, nicht nur gegen Sachen, sondern dann auch gezielt gegen Personen. Das endet dann beim Mord, bei Herrn Beckurts und seinem Fahrer.

WELT: Welches Wissen haben Sie über die zwei im Zusammenhang mit dieser Verhaftung von Frau Haule-Frimpong noch gestellten Personen?

Zimmermann: Frau Haule-Frimpong war schon 1980/81 bei Hausbesetzungen aufgefallen und hat in dieser Zeit erhebliche Geldstrafen auferlegt bekommen. Das war ihr Einstieg gewesen, und sie ist dann zu Beginn der 80er Jahre in die Terroristenszene abgerutscht. Die jetzt festgenommene Luitgard Hornstein ist zum ersten Mal aufgefallen 1983 bei den Krefelder Krawallen, als sie festgenommen wurde in der Auseinandersetzung mit der Polizei. Sie ist damals zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Aus dieser Situation heraus hat sie Kontakte zur RAF bekommen.

Bei dem ebenfalls festgenommenen Christian Kluth ist es so, daß auch er 1983 wegen des Verdachts des Landfriedensbruchs und der Vorbereitung von Straftaten einmal vorläufig festgenommen worden ist.

Auch hier zeigt sich, daß erst einmal im Umfeld Gewalttätigkeiten verübt werden, und dann der Einstieg in die RAF kommt, wobei wir heute noch nicht wissen, ob und an welchen Straftaten sie sich beteiligt haben. Aber die Tatsache, daß sie gefälschte Papiere bei sich trugen und mit der gesuchten und bewaffneten Frau Haule-Frimpong zusammengesessen haben, weist wohl darauf hin, daß sie Kontakte zum engeren Kern der RAF gehabt haben, möglicherweise auch dieser Gruppe zuzurechnen sind. Das werden die weiteren Ermittlungen zeigen.

WELT: Nun sind ja 18 Personen für die Öffentlichkeitsfahndung im Zusammenhang mit Terrorismus ausgeschrieben. Gibt es auch aus diesem Kreis solche Erkenntnisse, die den Schluß zulassen, daß die spätere Zugehörigkeit zur RAF mit Beteiligungen an gewalttätigen Auseinandersetzungen beginnt?

Zimmermann: Es ist eindeutig so, daß alle 18 Personen, die in der öffentlichen Fahndung ausgeschrieben sind, alle 18 mutmaßlichen Terroristen vorher im Laufe ihres Tätigkeitsfeldes aufgefallen sind durch Hausbesetzungen, durch Gewalttätigkeiten.

Ich darf einige Beispiele nennen: Die seit langem in der Fahndung Ausgeschriebenen, ich nenne sie einmal hier „Alt-Terroristen": etwa Susanne Albrecht – sie ist zum ersten Mal auffällig geworden bei einer Hausbesetzung 1973 in Hamburg.

Oder ich nenne Inge Vieth, die auch zur früheren Generation gehört. Sie ist 1971 bei einer gewalttätigen Demonstration in Berlin zum ersten Mal festgenommen worden. Wenn ich den etwas jüngeren Wolfgang Grams nenne, der ist bereits 1978 mehrfach aufgefallen durch Störungen bei Gerichtsverhandlungen und bei der Besetzung der evangelischen Kirche in Frankfurt-Harheim. Ich möchte dann noch Andrea Klump nennen. Sie hat 1981 als Besetzerin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Frankfurt teilgenommen. Ebenso Birgit Hogefeld, die ebenfalls bei der Besetzung der evangelischen Kirche 1978 mit dabei war.

Hier gibt es Verbindungen auch in den Aktionen, in den Lebensläufen, die darauf hinweisen, daß hier ganz gezielt wohl auch aus diesen gewalttätigen Demonstranten heraus das Potential für den Bereich der RAF rekrutiert wird.

Natürlich nicht jeder Hausbesetzer, nicht jeder Besetzer einer evangelischen Kirche, nicht jeder gewalttätige Demonstrant findet den Weg in die RAF, wird möglicherweise nicht angesprochen, zieht sich dann doch wieder zurück. Aber ein Teil geht diesen Weg, und es ist wichtig, daß der RAF der Nachwuchs abgeschnitten wird.

Sicher ist, daß die Terroristen, wenn sie sich in der Bundesrepublik längere Zeit aufhalten, irgendwann gefaßt werden. Unser Problem besteht jedoch darin, daß wir zwar die erste, die zweite und jetzt die dritte Terroristen-Generation fassen, aber daß schon eine vierte Generation nachwächst. Wenn wir den Terrorismus wirklich beenden wollen, muß es uns gelingen, nicht nur die Straftäter zu verhaften, sondern vor allen Dingen zu verhindern, daß Nachwuchs erfolgreich geworben wird. Das ist eine Aufforderung eben nicht nur an den Staat, sondern an die Gesellschaft insgesamt, hier in einem öffentlichen Bewußtseinswandel, in einer grundsätzlichen Ablehnung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung, solchen Entwicklungen einen Riegel vorzuschieben.

Deswegen ja die Forderung der Union, insbesondere das Demonstrationsrecht zu ändern, um das Grundrecht auf Demonstration in seinem Wesensgehalt zu schützen und gewalttätige Eskalationen zu verhindern.



Minister Zimmermann: Vierte Generation

FOTO: SVEN SIMON

Justiz soll Befugnisse des Parlaments eingrenzen

Gewerkschafts-Anwälte kritisieren Zeitdruck bei NH-Ausschuß

WILM HERLYN, Köln/Bonn

Der Vorsitzende des Bonner Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Neue Heimat", Heinz Günther Hüsch (CSU), erwartet für morgen eine Verfügung des Kölner Verwaltungsgerichtes. Darin werden ihn die Richter auffordern, Stellung zu beziehen zu der Klageschrift, die die Düsseldorfer Anwaltskanzlei Neumann, Kroke, Beisken & Partner im Auftrag der Gewerkschaftsholdung BGAG eingereicht hat (WELT v. 4.8.). Die Düsseldorfer Juristen wollen geklärt wissen, wie weit die parlamentarischen Befugnisse reichen dürfen – ein Fall, der in der deutschen Rechtsgeschichte bislang einmalig ist.

Sie führen dabei unter anderem auch an, daß Zeitdruck und die eng gesetzten Fristen, mit denen der Untersuchungsausschuß die Gewerkschaften in Sachen Neue Heimat überzogen habe, nicht rechtens sein könne. So seien dem BGAG-Vorstandsvorsitzenden Lappas erst kürzlich die mehr als 10 000 Seiten Protokoll des Hamburger Untersuchungsausschusses und dazugehörige Unterlagen in dieser Sache mit der Aufforderung zugestellt worden, bis zum 1. August zu erklären, ob diese Darstellung korrekt sei. Anderenfalls müßten die Bonner Parlamentarier davon ausgehen, daß der Sachverhalt so auch von den Gewerkschaften mitgetragen würde. Dies sei aber nach Ansicht der Juristen allein schon durch den zeitlich eng gesetzten Rahmen schlechterdings nicht vertretbar und „völlig unmöglich".

Insbesondere gehen die Düsseldorfer Anwälte in ihrer 48-seitigen Schrift davon aus, daß der Untersuchungsausschuß seine Grenzen und Kompetenzen überschritten habe. Sie stellen dabei die Institution des Ausschusses selbst nicht in Frage, verweisen aber darauf, daß Verwaltungsrecht gebrochen werde. Ihre Ansicht wird gestützt durch ein Gutachten des Ordinarius für Verwaltungsrecht an der Kölner Universität, Professor Hans Meyer, aber auch durch eine Ausarbeitung des Wisschenschaftlichen Dienstes des Bundestages. Danach dürfe das Verhalten Dritter nur dann in einem Untersuchungsausschuß behandelt werden, wenn Behörden oder Parlament selbst betroffen seien. Dies aber könne in Sachen Neue Heimat als Argument nicht ins Feld geführt werden.

Meyer nennt in diesem Zusammenhang die Taktik der Bonner Parlamentarier einen „Deckmantel", den „Neue-Heimat-U-Ausschuß" vorsorglich als „Gesetzesenquete" zu deklarieren, um damit wieder die parlamentarische Zuständigkeit herzustellen. Die Juristen verweisen dabei auch auf ähnlich gelagerte Untersuchungsausschüsse, etwa den des nordrhein-westfälischen Landtages um die Affäre des Klinikum-Baus in Aachen. Auch hier sollte die Rolle, die die Tochter des gewerkschaftseigenen Neue-Heimat-Konzerns, die Neue Heimat Städtebau, spielte, untersucht werden mit dem Ziel, gesetzgeberische Maßnahmen zu treffen – die aber dann doch nicht erfolgten.

Die Juristen erklären, es gehe ihnen darum, „justiziabel geklärt zu wissen", welche Schranken der Ersten Gewalt in der Demokratie gesetzt sind. Sie schließen dabei nicht aus, daß die Kölner Richter zu der Entscheidung kommen können, der Untersuchungsausschuß müsse seine Arbeit in Bonn beenden, ehe er überhaupt angefangen habe. Dies käme den Gewerkschaften gerade gelegen: Denn dann könnten sie gezwungen werden, Rechenschaft abzulegen unter Offenlegung sämtlicher Vermögensverhältnisse.

CDU: Studie über Kalkar offenlegen

rtr, Düsseldorf

Die nordrhein-westfälische CDU hat Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen aufgefordert, das jüngste Gutachten der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) zum Schnellen Brüter in Kalkar unverzüglich offenzulegen. Jochimsen hatte seine Entscheidung, vorerst keine weiteren Genehmigungen für den Reaktor zu erteilen, maßgeblich auf dieses Gutachten gestützt. In einem am Montag von der CDU veröffentlichten Brief an Jochimsen nannte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Christa Thoben es unerträglich, daß das Gutachten bisher weder dem Betreiber noch dem Landtag zugänglich gemacht worden sei.

Falls der Minister, der für das atomrechtliche Genehmigungsverfahren zuständig ist, der Aufforderung nicht nachkomme, behalte sich die CDU parlamentarische Schritte vor, schrieb Frau Thoben. Jochimsen hatte wiederholt erklärt, daß wegen baulicher Mängel und aus Sicherheitsgründen derzeit kein positives Gesamturteil für den Reaktor, dessen Bau bislang knapp sieben Milliarden Mark verschlungen hat, abgegeben werde könne.

„Verantwortung abgewälzt"

rtr, Hamburg

Als „unglaubliches Armutszeugnis" hat die Hamburger CDU die Ablösung des Leiters des Polizei-Sonderdezernats „Organisierte Kriminalität", Wolf Plewka, kritisiert. Er war wegen des Blutbades, das der als „Killer von St. Pauli" bekanntgewordene Werner Pinzner angerichtet hatte, versetzt worden. Der Vorsitzende der CDU-Bürgerschaftsfraktion, Hartmut Perschau, forderte gestern, Bürgermeister von Dohnanyi und die Justiz- und Innensenatoren, Eva Leithäuser und Rolf Lange (alle SPD), sollten zu ihrer Verantwortung für den Fall Pinzner stehen und sie nicht auf einen Polizeibeamten abwälzen.

Wolf Plewka, war am Sonntag von Lange wegen aufgetretener Sicherheitsmängel zur Staatsschutzabteilung versetzt worden, nachdem Pinzner in der vergangenen Woche bei einem Verhör im Präsidium einen Staatsanwalt durch Schüsse tödlich verletzt und anschließend seine Frau Jutta und sich selbst erschossen hatte. Die Waffe soll ihm von seiner Frau zugesteckt worden sein, die vor dem Verhör wie auch schon bei drei früheren Vernehmungen nicht oder nicht gründlich genug durchsucht worden war.

Zweite Teilgenehmigung für Wackersdorf erst 1988

Bayerns Umweltminister Dick will Tschernobyl-Bericht abwarten

lz. München

Die zweite Teilerrichtungsgenehmigung für den Bau der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Wackersdorf will das bayerische Umweltministerium voraussichtlich erst 1988 erteilen. Umweltminister Alfred Dick nannte gestern im Münchner Presseclub dafür das „Spätfrühjahr 1988". Ursprünglich sollte der zweite Genehmigungsschritt für die WAA, deren nukleare Inbetriebnahme für 1995 vorgesehen ist, schon 1987 erfolgen. Vor der zweiten Genehmigung wolle das Ministerium das Reaktorunglück von Tschernobyl auf seine sicherheitsrelevanten Auswirkungen auf die WAA hin überprüfen, betonte Dick. Dazu werde auch der von dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow für den Herbst angekündigte Tschernobyl-Bericht genau ausgewertet. Für die bayerische Staatsregierung gelte das Prinzip, daß Sicherheit vor Wirtschaftlichkeit den Vorrang habe.

Umweltminister Dick forderte, daß die Stimmungsmache in der politischen Auseinandersetzung über die Kernenergie vom Tisch müsse. Der CSU-Politiker beschuldigte in diesem Zusammenhang die SPD, sich im Wahlkampf eines Stils zu bedienen, der geeignet sei, der Demokratie zu schaden.

Konkret erwähnte der Minister die Veröffentlichung in der Zeitschrift „Tempo" über angebliche Manipulationen bei der WAA-Genehmigung. Die Vorwürfe wurden von dem Landtagskandidaten der bayerischen Grünen, Professor Weiß, erhoben; der SPD-Umweltexperte Hans Kolo hatte diese zu heftigen Attacken gegen Dick im SPD-Pressedienst verwendet.

Der Minister zeigte sich sichtlich betroffen und empört, daß Kolo in der Pressemitteilung von Manipulation, Datenunterschlagung und Betrug schreibe, während ein an das Ministerium gerichteter Brief des SPD-Abgeordneten in einem wesentlich moderateren Ton abgefaßt sei. Außerdem habe Kolo wissen müssen, daß die angeblichen Enthüllungen des Grünen-Professors längst widerlegt und zudem noch Gegenstand eines Verfahrens beim Bayerischen Verwaltungsgerichts seien. Doch der SPD-Politiker habe nach der Überlegung gehandelt, in der Öffentlichkeit bleibe zumindest der Eindruck hängen, daß die im Ministerium „Bazis san", vermutet Dick.

Er regte an, sich in der Diskussion um die Kernenergie nicht mehr wie bisher in die Strahlenmengen zu „verkrallen", da Laien und auch ein Teil der Fachleute diese Zahlen nicht richtig werten könnten. Daß die Bevölkerung außerhalb der Kernenergie bedenkenlos und freiwillig Strahlen aufnehme, belegte Dick am Beispiel eines Rauchers: Mit 20 Zigaretten am Tag werde eine jährliche Lungendosis von bis zu 7000 Millirem aufgenommen, was einer Ganzkörperdosis von 700 Millirem entspreche. Andererseits sei vor dem Gebrauch von Teeblättern gewarnt worden, deren Tee – wie das Ministerium erprobte – kaum mehr meßbare Werte aufgewiesen hätten. Der Minister: „Wer da noch glaubt, damit in die ewigen Jagdgründe einzugehen, der muß sich ein Brett vors Hirn nageln lassen."

PLO-Terroristen setzen sich auf Zypern fest

Büros und Publikationen / Attentate rivalisierender Gruppen

lim. Bonn

Die Mittelmeerinsel Zypern scheint sich zum wichtigsten Sammelpunkt und Hauptquartier palästinensicher Terror-Organisationen im *außerarabischen Ausland zu entwikkeln*. Die meisten Unterorganisationen der PLO unterhalten eigene Büros im griechischen Teil. Mehrere palästinensische Publikationen haben seit der Vertreibung der PLO aus Beirut vor vier Jahren auf der verkehrs- und kommunikationstechnisch relativ günstig gelegenen Insel ihre Zentralen eingerichtet. Das erfuhr die WELT aus zuverlässigen diplomatischen Kreisen in Beirut. So würden seit einigen Monaten das Organ „El-Hadaf" der Habasch-Gruppe und die Publikation „El-Huriya" der Gruppe Hawathmeh in Nikosia herausgegeben. Die verschiedenen Organisationen bemühen sich, auch im türkischen Teil der *Insel Fuß* zu fassen.

Die verstärkte Präsenz der zum Teil rivalisierenden PLO-Gruppen führt immer wieder zu Attentaten und Mordaktionen. Nach den Informationen aus Beirut sollen auch die Geheimdienste Syriens, Libyens, Iraks und Irans in die Anschläge verwickelt sein. So wurde am 3. Mai der Generalsekretär der Arabischen Pressevereinigung und Chef der Nachrichten-Agentur Al-Sharq, Hanna *Muchbil, in Nikosia ermordet. Muchbil* war lange Zeit ein Rivale Arafats, bevor er schließlich in dessen Lager überwechselte. Im Zusammenhang mit diesem Mord nahmen die zyprischen Behörden sechs Syrer fest und wiesen sie aus. Auch der PLO-Mann Abdallah El-Saadi war in das Lager Arafats übergetreten. Zuvor gehörte er der von Syrien kontrollierten Palästinensergruppe Saika (Blitz) an. Er *wurde am 29. Mai in der Nähe* von Limassol ermordet.

Die Palästinenser kommen vorwiegend aus Tunesien, dem Jemen, Algerien und Irak. Die zyprische Regierung macht von dem Zustrom der Palästinenser kein Aufheben. Sie soll nach unbestätigten Informationen sogar enge Verbindung zu führenden Köpfen der PLO unterhalten, zum Beispiel zu Abu Tayeb, dem Chef des Kommandos 17, einer Arafat direkt unterstellten Terror-Spezialeinheit.

Diese Beziehungen erwiesen sich offenbar als nützlich, als in Beirut mehrere Studenten aus Zypern entführt worden waren. Einige konnten aufgrund der Untergrundkontakte und -verhandlungen zwischen der Fatah, der größten Organisation innerhalb der PLO, und schiitischen Extremisten freikommen. Als Gegenleistung soll sich Nikosia bereiterklärt haben, drei in Zypern inhaftierte Mitglieder des Kommandos 17 sowie einen schiitischen Extremisten auf freien Fuß zu setzen.

Die drei PLO-Terroristen waren zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Sie hatten 1985 drei israelische Touri*sten in Larnaka ermordet*. Der schiitische Extremist Sami Maroun hatte im Dezember auf dem Flughafen von Larnaka versucht, Sprengstoff an Bord einer Swiss-Air-Maschine zu schmuggeln.

„Zeichen für Spaltung der Sowjet-Gesellschaft"

WELT-Interview mit Milovan Djilas über die Thesen im Manifest der „Bewegung zur sozialistischen Erneuerung"

Von C. GUSTAF STRÖHM

Das Manifest „An die Bürger der UdSSR", das von einer „Bewegung zur sozialistischen Erneuerung" in der Sowjetunion stammen soll und radikale Reformen des sowjetischen Systems fordert, ist im Westen auf großes Interesse gestoßen, weil es angeblich aus dem Kern der sowjetischen KP stammt. Die WELT fragte jenen Mann, der als erster führender Kommunist bereits zu Beginn der fünfziger Jahre eine ähnliche Demokratisierung des Systems gefordert hatte: Milovan Djilas, seinerzeit Mitglied des Politbüros der KP Jugoslawiens, enger Vertrauter Titos und Gesprächspartner Stalins. Djilas mußte wegen seiner Haltung den Verlust aller Ämter und *jahrelange Gefängnishaft* in Kauf nehmen. Heute lebt der 75jährige als Schriftsteller zurückgezogen in Belgrad.

WELT: Herr Djilas, was sagen Sie zum „Manifest" der „Bewegung *zur sozialistischen Erneuerung*", das vor einigen Tagen in der Sowjetunion aufgetaucht ist und mit seinen Forderungen nach Demokratisierung und Reform des Sowjetsystems großes Aufsehen erregte?

Djilas: Ich glaube, daß dieses Manifest sehr bedeutend ist. Sein Auftauchen zeigt, daß in der Sowjetunion – die ja in Wirklichkeit das Zentrum des bürokratischen Partei-Totalitaris*mus darstellt – die gleichen Entwick*lungen vonstatten gehen, die auch für eine Reihe anderer kommunistischer Länder charakteristisch sind. Da gibt es ein Streben nach politischem Pluralismus, beziehungsweise nach der freien Formulierung politischer Ideen. Am Ende einer solchen Entwicklung wird die Bildung alternativer politischer Bewegungen stehen. Außerdem zeigt sich hier, daß die sowjetische Gesellschaft gespalten ist. In der sowjetischen Intelligenzschicht treten neue, frische Ideen hervor.

WELT: Kann das „Manifest" praktisch irgend etwas bewirken?

Djilas: Die Sowjetmacht wird auch das unterdrücken, aber das kann nur eine vorübergehende Maßnahme sein. Solche Erscheinungen wie das *Manifest* werden sich wiederholen – und zwar in noch stärkerer und weiter entwickelter Form. Damit will ich sagen: Auch in der Sowjetunion kann das Streben nach einer pluralistischen Gesellschaftsordnung und nach Demokratisierung nur zeitweilig niedergehalten werden.

WELT: Nun heißt es, die Thesen des Manifests stammten nicht aus Kreisen der Dissidenten, sondern von hohen Parteifunktionären. Halten Sie das für möglich?

Djilas: Es gibt solche Tendenzen in der sowjetischen Partei – und deshalb ist das Manifest um so bedeutsamer.

WELT: Die Autoren des Manifests sagen, man müsse die Stellung der *Sowjetunion als Großmacht* und als Führungsmacht des internationalen Kommunismus retten sowie verhindern, daß die UdSSR zu einem zweitrangigen Entwicklungsland absinkt.

Djilas: Diese Thesen sind ein wenig unpräzis und stellen von der demokratischen Seite betrachtet zweifellos eine schwache Stelle des Manifests dar. Andererseits liegt darin auch etwas Richtiges: Wenn die Sowjetunion ihr gegenwärtiges System nicht radikal reformiert, wenn sie die notwendigen *Reformen umgeht, dann* wird sie wirklich zu einer zweitrangigen Macht. Ich will den Begriff „zweitrangig" hier nicht militärisch und politisch verstanden wissen, sondern sozial und wirtschaftlich. Die Sowjetunion wird gegenüber der entwickelten Welt in eine Position der Inferiorität und der Abhängigkeit geraten. Ich verstehe hier unter Abhängigkeit nicht jene Interdependenz, wie sie heute etwa zwischen westlichen Staaten existiert. Vielmehr wird die UdSSR durch ihre niedrige Produktivität und ihre Ineffizienz zum Objekt der Ausbeutung durch die entwickelten Länder werden.

WELT: Was verstehen Sie unter einer solchen „Ausbeutung"?

Djilas: Heute wird kaum einem Land die administrative oder kulturelle Unabhängigkeit streitig gemacht. Dafür ist ein Land heutzutage in dem Maße abhängig, indem es technisch zurückgeblieben ist. Was sind die großangelegten Getreidekäufe Moskaus im Ausland oder die Strukturschwächen des sowjetischen Exports anderes als Abhängigkeit? Übrigens: Eine Abhängigkeit, die keineswegs sein müßte.

WELT: Welche Rolle spielt Gorbatschow in diesem Zusammenhang? Wird dieses Manifest ihm helfen – oder schadet es ihm?

Djilas: Gorbatschow ist ein Produkt des bestehenden bürokratischen Systems. Deshalb ist er auch nicht imstande, so etwas wie dieses Manifest zu akzeptieren, weil solche Thesen seine Position innerhalb der Parteibürokratie schwächen müßten. Alles hängt jetzt von seinen Möglichkeiten *ab: Wird er die nach innen repressive* Politik fortsetzen oder nicht?

WELT: Gorbatschow ist in letzter Zeit außenpolitisch sehr aktiv. Was sagen Sie zu seiner jüngsten Rede in Wladiwostok und zu seinem Angebot eines Teilrückzugs sowjetischer Truppen aus Afghanistan?

Djilas: Außenpolitisch ist er wirklich sehr flexibel: Fast täglich überschüttet er die Weltöffentlichkeit mit neuen Vorschlägen. Aber bis jetzt gibt es bei ihm weder große Entwürfe noch eine radikale Wendung – und auch ins Wesen jener Probleme, welche die heutige Welt teilen, ist er bis jetzt nicht vorgedrungen. Ich erkläre mir *Gorbatschows außenpolitische* Aktivitäten in erster Linie aus der Tatsache, daß er große innenpolitische Schwierigkeiten hat.

WELT: Kann sich in der Sowjetunion überhaupt etwas Wesentliches ändern?

Djilas: Gorbatschows wirkliche Schwierigkeiten sind in der Öffentlichkeit noch nicht sichtbar. Sein wesentliches Problem ist die Wirtschaft – aber das ist nicht nur eine technologische Frage. Das geht viel tiefer und ist viel komplizierter. Die Umgestaltung der sowjetischen Wirtschaft macht Veränderungen in der wirtschaftlichen und sozialen Struktur notwendig. Gorbatschow müßte also *einen ähnlichen Weg gehen wie die* Chinesen oder die Ungarn. Aber die sowjetische Bürokratie ist derart verknöchert und so auf ihre Privilegien versessen, daß Gorbatschow hier auf Widerstände stoßen muß.

Italien: Wer hat im Kriegsfall das Sagen?

F. M., Rom

Wer führt in Italien das oberste militärische Kommando im Verteidigungsfall? Die Frage wird in diesen Tagen in Rom lebhaft diskutiert, nachdem bekannt geworden ist, daß Staatspräsident Francesco Cossiga aufgrund der Erfahrungen bei dem versuchten libyschen Raketenangriffs auf Lampedusa im vergangenen Frühjahr auf eine Klärung dringen will. Nach Informationen der Zeitschrift „Panorama", die vom Quirinal weder bestätigt noch dementiert wurden, hat er zu diesem Thema einen Brief an Ministerpräsident Bettino Craxi vorbereitet.

In der italienischen Verfassung ist die Oberbefehlsfrage *nicht eindeutig* beantwortet – im Gegensatz zum deutschen Grundgesetz. Während im Verfassungsartikel 79 festgelegt ist, daß beide Parlamentskammern „über Krieg und Frieden befinden und der Regierung die notwendigen Vollmachten erteilen", heißt es in Artikel 87: „Der Präsident der Republik hat den Oberbefehl über die Streitkräfte, führt den Vorsitz über den ....obersten Verteidiungsrat und erklärt den von den Kammern beschlossenen Kriegszustand".

Die meisten Verfassungsrechtler vertreten die Meinung, daß die dem Staatspräsidenten zugedachte Funktion des Oberbefehlshabers nicht als Übertragung der effektiven Kommandogewalt interpretiert werden könne, da dies mit den anderen Verfassungsbestimmungen kollidieren würde, die festlegen, daß der Ministerpräsident die allgemeine Politik der Regierung leitet und vom Parlament im Kriegsfall „die notwendigen Vollmachten" erhält.

Schon in Zeiten politisch-militärischer Hochspannung, wie etwa während der Lampedusa-Krise, können diese ungenauen Verfassungsdefinitionen zu Kompetenzauseinandersetzungen führen. Wo beispielsweise soll die letzte Entscheidung über die Vorbereitung und Durchführung einer militärischen Vergeltungsaktion liegen, wie sie Ministerpräsident Craxi für den Fall eines weiteren libyschen Angriffs androhte? Sollen dafür der Regierungschef und sein Verteidigungsminister zuständig sein? Soll vorher – so weit das zeitlich überhaupt möglich ist – das Parlament befragt werden? Oder kann der Staatspräsident unter Berufung auf seine Stellung als Oberbefehlshaber entscheiden?

Kritik der UdSSR an Pakistan

rtr, Moskau

Die UdSSR hat Pakistans Verhalten bei den Genfer Afghanistan-Gesprächen kritisiert. In der Parteizeitung "Prawda" hieß es, Pakistan versuche, die Gespräche lediglich auf die *Festsetzung eines Zeitplanes für den* Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan zu begrenzen. Afghanistan habe sich dagegen vom ersten Tag an bemüht, eine politische Lösung zu finden, die den Friedensinter*essen des eigenen Landes und der* Region entgegenkomme. Pakistan sei dagegen nicht an einer Regelung interessiert, sondern versuche, die Gespräche in die Länge zu ziehen.

Peres verurteilt Apartheid-Politik

rtr, Tel Aviv

Der israelische Ministerpräsident Peres sieht für sein Land wenig Möglichkeiten, auf eine Beendigung der Apartheidpolitik in Südafrika hinzuwirken. Peres sagte am Wochenende *in Tel Aviv, moralisch könnten Juden* die Apartheid unter keinen Bedingungen akzeptieren. Die effektiven politischen Einflußmöglichkeiten für sein Land seien aber sehr begrenzt. Er verwies in diesem Zusammenhang auch *auf das Schicksal der jüdischen* Gemeinde in Südafrika. Israel bemüht sich seit kurzem verstärkt, in Südafrika lebende Juden zur Auswanderung nach Israel zu bewegen.

Taba bleibt weiter ein Streitpunkt

dpa, Jerusalem

Im Konflikt zwischen Israel und Ägypten um den Sinai-Streifen Taba ist zunächst keine Einigung in Sicht. Wie es im Außenministerium in Jerusalem hieß, soll zuerst die noch strittige *Frage der internationalen Schlichter* geklärt und ein Protokoll über die verschiedenen Auffassungen zum Grenzverlauf verfaßt werden. Israels Ministerpräsident Peres hat offenbar der Unterzeichnung eines vorläufigen *Schlichtungsabkommens* während des bis morgen dauernden Besuchs von US-Vizepräsident Bush in Kairo zugestimmt, Außenminister Schamir dies jedoch verhindert.

Guyana löst sich vom Osten

AFP, Georgetown

Der guyanische Präsident Desmond Hoyte hat ein Öffnung seines Landes gegenüber dem Westen eingeleitet. Die Botschafter Guyanas forderte er auf, die Beziehungen mit den *westlichen Staaten zu verbessern*. Die früheren Partner des Landesaus dem sozialistischen Lager wurden nicht erwähnt. In diplomatischen Kreisen hieß es, Hoyte habe sich kürzlich geweigert, eine kubanische Delegation *zu empfangen*. Der *Präsident forderte* ausländische Investoren auf, „auf der Grundlage des gegenseitigen Interesses Partner bei der Entwicklung Guyanas" zu werden.

Indien verklagt Union Carbide

rtr, Neu-Delhi

Indien wird den amerikanischen Chemie-Konzern Union Carbide in diesem Monat wegen der Giftgas-Katastrophe von Bhopal verklagen. Das Verfahren werde vor einem indischen *Gericht angestrengt, so der* Staatsminister im Industrieministerium Arunchalam. Die indische Regierung hatte sich zum alleinigen Rechtsvertreter der Opfer gemacht. Union Carbide hatte zugestimmt, daß über die Scha*densersatzansprüche in Indien* verhandelt werden solle. Bei dem Unglück im Dezember 1984 sind über 2000 Menschen getötet und 200 000 Menschen geschädigt worden.

EG: Weltmarkt für Weizen bedroht

AFP, Brüssel

Die Europäische Gemeinschaft will weiter Weizen an die Sowjetunion verkaufen. Derzeit überprüft die EG-Kommission allerdings noch, welche Folgen die US-Entscheidung *hat, weiterhin subventioniertes* Getreide in die UdSSR zu liefern. Aus europäischer Sicht kann das amerikanische Vorgehen den Weltmarkt destabilisieren. Als mögliche Reaktion der EG wird eine Erhöhung der Ex*portsubventionen* angesehen. *1985* hat die EG 4,3 Millionen Tonnen Weizen, überwiegend aus Frankreich, zu subventionierten Preisen in die UdSSR geliefert.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Gemeinden und Asylanten

Wegen des plötzlichen Asylanten-Ansturms sind zu den bereits hier lebenden 878 registrierten Asylbewerbern weitere 51 Flüchtlinge nach Göttingen gebracht worden. Da die Unterkünfte so schnell nicht zu beschaffen waren, hat die Stadt sie in einer Turnhalle unterbringen müssen. Um wenigstens ein wenig privaten Raum zu sichern, haben die Kliniken Stellwände zur Verfügung gestellt. Es ist sogar möglich geworden,



Professor Dr. Gerd Rinck

so einen Gebetsraum abzuteilen. Diese 51 Gäste werden von der Kantine des Rathauses verpflegt, am Wochenende aber vom Deutschen Roten Kreuz. *Dieses stellt auch eine* Betreuung und Beratung, die Tag und Nacht anwesend ist und bei Erkrankungen, Krisen oder Notständen hilft. Die Kosten trägt das Land Niedersachsen.

Größere Probleme bringen die unechten *Asylanten mit sich. In Göttingen* wohnen etwa 100 Iraner und eine erhebliche Zahl polnischer Staatsangehöriger. Sie kommen mit einem Touristenvisum, fahren aber nach dessen Ablauf nicht zurück und stellen Antrag auf Sozialhilfe. Ein einzelner hat dann Anspruch auf 850 bis 900 Mark im Monat, eine Familie beispielsweise von drei Personen muß etwa 1500 Mark erhalten. Dies sind die gesetzlich vorgeschriebenen Sätze der Sozialhilfe, und die Rechtsprechung verbietet es, daß diesen illegal Anwesenden der Sozialhilfesatz auf 80 Prozent gekürzt wird. Dies soll nur in besonderen – kaum nachweisbaren – *Mißbrauchsfällen* zulässig sein.

Diese „unechten Asylanten" sind eine erhebliche finanzielle Belastung für die kleine Universitätsstadt. Aber gerade die so bekannte Universität zieht viele jugendliche Flüchtlinge an. Hinzu kommt, daß ein (im Ausland geborener) Rechtsanwalt sich auf Beratung und Vertretung von Asylanten spezialisiert hat und immer mehr Schutzsuchende in die Stadt bringt.

Eine Schwäche der deutschen Praxis liegt darin, daß abgelehnte Asylbewerber vielfach im Lande bleiben. Die Stadt Göttingen hat im Jahre 1985 nur in drei Fällen abgelehnte Bewerber abgeschoben. Einige wenige reisen freiwillig zurück.

Ein unerfreulicher Trick ist dabei, den heimischen Paß zu vernichten. Es müßte sich aber mit Ersatzpapieren der jeweiligen Botschaft eine Heimreise erzwingen lassen. Eine Beschränkung auf echte politische Flüchtlinge ließe sich nur erreichen, wenn im Ausland bekannt wird, daß die abgelehnten Asylbewerber binnen eines Jahres in ihr Heimatland zurückkehren müssen.

Dazu wird es nötig sein, das Verwaltungsverfahren in Zirndorf und vor allem die gerichtlichen Verfahren zu beschleunigen. Wir fragen uns, ob nicht doch eine alliierte Kontrolle an der Grenze von Westberlin helfen könnte. Statusfragen ließen sich durch einen diplomatischen Vorbehalt wahren. Alles dies ist kein umfassendes *Patentrezept, aber die Bitte* um Hilfe an die Bundespolitiker.

Prof. Dr. Gerd Rinck,
Oberbürgermeister der Stadt Göttingen

*

In der Frage der *Unterbringung* der Asylbewerber geht die Stadt Heilbronn derzeit einen eigenen Weg, der im gesamten Regierungsbezirk Stuttgart in dieser Form bisher einmalig ist: Wir wollen für rund zwei Millio-



Peter Giebler

nen *Mark ein neues Sammellager für* die Asylbewerber bauen und dieses dann an das Land Baden-Württemberg vermieten.

Dieser bedarfsgerechte Neubau für weitere 130 Personen – Heilbronn hat bereits 250 Asylbewerber aufgenommen – ermöglicht aus unserer Sicht eine bessere soziale Betreuung und wirtschaftliche Abwicklung.

Heilbronn verschließt sich grundsätzlich nicht dem menschlichen Anliegen der Asylbewerber, es sieht aber auch das große Problem, das durch den Mißbrauch des Asylrechts und die langen Verfahrenszeiten uns derzeit schon enorme Sorgen bereitet und beim Anhalten des Stroms von Asylbewerbern kaum mehr sinnvoll zu bewältigen ist.

Peter Giebler,
Erster Bürgermeister der Stadt Heilbronn

*

Der Ausländeranteil an der Bevölkerung der Stadt Rüsselsheim beträgt seit mehr als zehn Jahren circa 20 Prozent. Rund 12 000 unserer 60 000 Einwohner sind ausländischer Nationalität. Unter ihnen sind derzeit genau 101 Asylanten; es sind vorwiegend Eritreer und Tamilen, türkische



Gerhard Löffert

Kurden und Schwarzafrikaner. Sie sind in Hotels, Wohnheimen und größeren Häusern untergebracht. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung beträgt ganze 0,17 Prozent. Sie bereiten weder der Stadt noch der übrigen Bevölkerung Probleme; im Verhältnis zu den Problemen, die sie haben, sind die unseren lächerlich.

Die Flucht von Menschen in die Bundesrepublik, mögen sie nun politische Gründe haben oder sich aus wirtschaftlichen Gründen in ihrer Existenz bedroht sehen, wird aus meiner Sicht derzeit in unverantwortlicher Weise emotionalisiert. Die gleichen Politiker, die sich vor einigen Jahren noch feiern ließen, weil es in die politische Landschaft paßte, den „Boat-People" aus Vietnam Aufnahme zu gewähren, schüren heute Hysterie. Vor dem Hintergrund der Diskussion um Gesetzesverschärfungen werden die menschlichen Schicksale und Dramen, die sich unter den Flüchtlingen abspielen, in unerträglichem Maße verdrängt.

Natürlich müssen Maßnahmen getroffen werden, um den Zustrom zu verlangsamen und dauerhaft zu reduzieren, weil in der Kürze der Zeit die Städte und Gemeinden nicht die Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Dasein bereitstellen können. Insbesondere könnte aber die latent vorhandene Ablehnung durch ein Andauern der jetzigen Situation so gesteigert werden, daß schlimme Folgen eintreten könnten. Dies kann in niemandes Interesse sein.

Ein Herumbasteln am Asylrecht des Grundgesetzes halte ich für falsch. Statt dessen sollte sich die Bundesregierung bemühen, gemeinsam mit den Demokratien in Europa und Amerika, die Ursachen der Fluchtbewegung zu beseitigen.

Gerhard Löffert,
Bürgermeister (SPD) Rüsselsheim

Ozonschicht

„Der schützende Schirm des Ozons ist im Schwinden"; WELT vom 11. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

Martin Boeckh behandelt die Wirkungen der Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) auf die Ozonschicht und die Auswirkungen einer weiteren Schädigung der Ozonschicht auf die Gesundheit und das Klima.

Mit dieser Problematik hat sich der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages bereits im Juni 1978 befaßt und dem Deutschen Bundestag empfohlen, mehrere Eingaben, mit denen ein Verbot der weiteren Verwendung dieser Stoffe gefordert wurde, der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Im Juni 1981 wurden weitere Eingaben der Bundesregierung zur Berücksichtigung überwiesen mit der Bitte, sich in den europäischen Institutionen für ein Verbot von Sprays mit FCKW einzusetzen und gegebenenfalls eine nationale Regelung zu treffen sowie Forschungsvorhaben in der Bundesrepublik Deutschland und in der EG zur Wirkung und Substitution der FCKW zu beschleunigen. Der Petitionsausschuß vertrat die Auffassung, daß insbesondere ein Verbot der Verwendung von FCKW als Treibmittel für Spraydosen, wie es in den USA ab 15. Dezember 1978 und in Schweden ab 1. Juli 1979 Geltung erlangte, angebracht sei.

Der Petitionsausschuß wird sich aufgrund neuer Eingaben zu diesem *Themenkreis nach der Sommerpause* erneut mit der Verwendung von FCKW befassen.

Lieselotte Berger, MdB, CDU
Vorsitzende des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages

Wort des Tages

„Politik ist Verständigung über das Wirkliche."

Hugo von Hofmannsthal, österreichischer Autor (1874–1929)

Personen

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Erwin-Josef Speckmann**, Leiter der Abteilung für experimentelle Epilepsie-Forschung am Physiologischen Institut der Universität Münster, erhielt einen Ruf auf den Lehrstuhl für Physiologie, der im Herbst dieses Jahres mit der Emeritierung von Professor Dr. **Heinz Caspers** frei wird.

*

Professor Dr. **Wolfram-Manfred Lippe**, Hochschullehrer am Institut für Numerische und Instrumentelle Mathematik der Universität Münster, erhielt einen Ruf auf den in Münster neuerrichteten Lehrstuhl für Informatik.

GEBURTSTAGE

„I love Lucy" hieß ihre Fernseh-Serie in den 50er Jahren, und seither kennt ganz Amerika sie einfach als „Lucy": die Schauspielerin **Lucille Ball**, *die am Mittwoch ihren 75. Geburtstag feiert*. Schon einige Wochen später wird Amerikas Lieblingskomikerin nach zwölfjähriger Abwesenheit vom Bildschirm mit einer neuen Show ein Comeback wagen. *Lucille Ball, in Jamestown* (Bundesstaat New York) geboren, arbeitete zunächst als Teenager-Fotomodell unter dem Pseudonym **Diane Belmont**. 1933 erhielt sie ein Engagement in Hollywood, wo sie *wieder unter ihrem richtigen Namen* auftrat und sich ihr ursprünglich



Lucille Ball

braunes Haar rot zu färben begann. „Mein Rotschopf", sagt sie heute, „ist der Fluch meiner Existenz gewesen." Bereits Ende der 30er Jahre *galt sie als bester weiblicher Clown* Hollywoods.

*

Am 9. August feiert der alleinige Inhaber des 1898 gegründeten Hamburger Burghagen-Verlags, Verleger **Gerhard Börnig**, seinen 65. Geburtstag. Als „Erfinder" des Sachmagazins entwickelte er diese aktuelle Fachzeitschriftenlinie als Chefredakteur in seiner Publikation für *Kommunikation und Automation* im Büro, „BZB Sachmagazin", zu seinem ureigenen Fachzeitschriftenstil fort. Im 89. Jahrgang erscheinend, hat dieser Traditionstitel im Markt der Fachpublikationen *faszinierende Wandlungen durchlaufen* und die Chronik einer Entwicklung durch fast neun Jahrzehnte geschrieben.

EHRUNGEN

Friedrich Winfried Feldmann ist mit dem Lüneburg-Preis 1986 ausgezeichnet worden. Die Stadt vergibt diesen Preis an verdiente Bürger. In der Laudatio sagte Niedersachsens Landwirtschaftsminister **Burkhard Ritz**: „Feldmann hat sich als Mann der Wirtschaft, als Mäzen und als sozial engagierter Mitbürger verdient gemacht."

*

Der Generalmanager des China-Hotels in Kanton, der Deutsche **Joachim Burger**, wurde zum Ehrenbürger der Stadt Kanton ernannt. Diesen Beschluß faßte der Volksrat der Stadt. Burger leitet das Hotel, das ein Gemeinschaftsunternehmen von chinesischen Organisationen und Investoren aus Hongkong ist, seit dessen Bau im Jahre 1981.

CHARTA

Die Oberhäupter von vier Großstädten des deutschen Sprachraumes – **Georg Kronawitter** (München), **Klaus von Dohnanyi** (Hamburg), **Thomas Wagner** (Zürich) und **Helmut Zilk** (Wien) – wollen im Herbst 1987 eine „Wiener Charta über die europäischen Städte" vorstellen. Darüber hinaus wollen die vier Städte „auf verschiedensten Sachgebieten eng zusamenarbeiten". Wiens Bürgermeister Helmut Zilk sagte, daß die Sorgen der genannten Städte – alle im Mittelpunkt eines Einzugsgebietes von rund zwei Millionen Menschen – fast die gleichen sind. Mit der Wiener Charta sollen „Arbeiten und Tätig*keiten gefördert* werden, die neue Brücken zwischen der Kultur- und Geistesgeschichte der europäischen Städte und der Zukunft Europas finden wollen".

BERUFUNG

Dr. **Herbert Fischer**, Lehrbeauftragter für das Fach Meteorologie an der Fakultät für Physik der Ludwig-Maximilians-Universität München, ist mit Wirkung vom 1. August als Leiter des Instituts für Meteorologie und Klimaforschungen (IMK) in Karlsruhe berufen worden. Das Institut wird gemeinsam vom Kern*forschungszentrum Karlsruhe* (KfK) und der Universität Karlsruhe betrieben. Fischer tritt gleichberechtigt neben Professor Dr. **Franz Fiedler**, der bereits vor einem Jahr auf diese Funktion berufen wurde und derzeit turnusgemäß die Institutsgeschäfte führt. Fischer, Jahrgang 1942, ist auch Fachberater der Nasa im Rahmen des Programms zur Untersuchung der Ozon-Problematik. Schwerpunkt seiner Arbeiten sind die Entwicklung und der Bau von



Herbert Fischer

technisch hochwertigen Strahlungsmeßgeräten sowie deren Einsatz im Rahmen von Meßkampagnen und auf Satelliten sowie die Entwicklung und Anwendung von Computerprogrammen zur Simulation der Strahlungsübertragung in der Atmosphäre.

GESTORBEN

Der Nestor der deutschen Kinderchirurgie, Professor **Anton Oberniedermayr**, *ist – wie erst jetzt bekannt* wurde – bereits am 23. Juli im Alter von 86 Jahren in München gestorben. Oberniedermayr gründete 1962 die Deutsche Gesellschaft für Kinderchirurgie und trennte als erster Arzt in München erfolgreich siamesische Zwillinge. Sein Lehrbuch „Chirurgie und Orthopädie des Kindesalters" gilt als Standardwerk.

*

Beryl Markham, einer der weiblichen Flugpioniere auf der Transatlantic-Route, ist in der Nacht zum Montag im Alter von 84 Jahren in Nairobi (Kenia) gestorben. Die in Lancaster geborene Fliegerin überquerte *im Jahr 1936 als* erste Frau den Atlantik von England nach Kanada. Ihren legendären Alleinflug beendete sie mit einer Bruchlandung auf der kanadischen Halbinsel Nova Scotia. Wenig später kehrte sie in ihre zweite Heimat Kenia zurück, wo sie sich als „Buschpilotin" und als Züchterin von Rennpferden einen Namen machte.

Ein Nährstoff als Totengräber?

Die neuen Hypothesen des Freiburgers Hans Mohr über die Ursachen des Waldsterbens

Von D. GURATZSCH

Obwohl das Thema aus den Schlagzeilen mehr und mehr verschwindet: Das Waldsterben hält weiter an. So ist, wie jetzt bekannt wurde, auch in den älteren Waldbeständen Baden-Württembergs das Baumsterben in den vergangenen Jahren weiter fortgeschritten (s. WELT vom 31.7.86.). Ein Hochschullehrer aus Freiburg hat mit einer neuen These zum Waldsterben erneut Bewegung in die Diskussion über die noch immer nicht restlos geklärten Zusammenhänge bei der Schädigung der Pflanzen durch Luftschadstoffe gebracht: Hans Mohr, Jahrgang 1930, Biologe, Grundlagenforscher.

In einer Zwischenbilanz für die jüngste Ausgabe der Fachzeitschrift „Biologie in unserer Zeit" trägt er jetzt vor, was er, wie er bescheiden erklärt, lediglich als „Kompilator" und „Integrator" der Forschungsergebnisse von Fachkollegen an Einsichten gewonnen hat. „Unser eigener Beitrag", so Mohr zur WELT, „besteht allein in streng physiologischen Arbeiten im Labor."

Was dabei herausgekommen ist, läßt aufhorchen, weil es Mohr besser als vielen seiner Kollegen gelingt, die unterschiedlichsten „klassischen" Hypothesen unter einen Hut zu bringen.

Mohrs Ansatzpunkt ist die Mykorrhiza, die Symbiose der Baumwurzeln mit bestimmten Bodenpilzen. In dieser Lebensgemeinschaft übernimmt das fingerartige Gespinst der (unterirdisch wuchernden) Pilze für die Saugwurzeln der Bäume selbst das Geschäft der Nahrungs- und Wasseraufnahme, während der Pilz vom Baum lösliche Kohlenhydrate und Vitamine bezieht. Wird die Mykorrhiza geschädigt, zeigt der Baum Wachstumsstörungen und Wurzelfäule.

„Die Hauptgefahr geht vom Stickstoff aus"

Nach Mohr kann die Mykorrhiza den Baum zwar vor einer Vielzahl schädlicher Einflüsse schützen, die übrigens alle schon einmal für das Waldsterben verantwortlich gemacht worden sind: Sie wirkt sowohl als Filter gegen Schwermetalle als auch als Puffer gegen Bodenversauerung sowie giftige Konzentrationen von Aluminium-Ionen. Überdies bildet sie auch noch einen Schild gegen die Angriffe pathogener Pilze.

Dennoch ist gerade die Mykorrhiza nach Mohr „durch Umwelteinflüsse leicht zu stören" – wobei die Hauptgefahr offenbar nicht von natürlichen Feinden oder chemischen Giften, sondern vermutlich ausgerechnet von jenem Nährstoff ausgeht, der für die Pflanzen unter natürlichen Bedingungen ein Mangelfaktor ist: Stickstoff. Ein Paradoxon, das freilich eine Parallele in der „Überdüngung" offener Gewässer durch Chemikalien findet.

Vorübergehend, so Mohr, reagiert die Vegetation zwar positiv auf ein überhöhtes Stickstoffangebot – eine Tatsache, die nicht zuletzt der „grünen Revolution" in der Landwirtschaft weltweit den Weg bereitet hat. Aber, ergänzt der Freiburger Biologe, „es gibt viele Hinweise darauf, daß die Mykorrhiza durch ein Überangebot an organischem Stickstoff schließlich geschädigt wird, vor allem bei älteren Bäumen, deren Wurzelsystem weniger elastisch auf äußere Zwänge reagiert".

Die Folge seien eine Unterversorgung der Bäume mit Wasser und Nährstoffen, mechanische Instabilität sowie erhöhte Empfindlichkeit gegenüber Wind, Frost und Parasiten. Ausdrücklich verneint der Wissenschaftler dagegen, daß Schäden an Nadeln und Blättern (wie verfrühte Alterung, Vergilbung, verfrühter Nadel- bzw. Blattfall, Befall mit Schüttepilzen usw.) auf die unmittelbare, also „oberirdische" Einwirkung aggressiver Luftschadstoffe zurückgeführt werden könnten, und zwar gerade, weil die Regenerationstriebe etwa der Tanne auch an schwer geschädigten Bäumen „völlig gesund" seien.

Die Schäden müßten vielmehr als „Symptome einer vom Boden ausgehenden, den ganzen Organismus erfassenden Erkrankung" angesehen werden.

Wird für diese Erkrankung eine Schädigung der Mykorrhiza und für diese letztlich ein Überangebot an Stickstoff verantwortlich gemacht, so gibt es für dieses Überangebot eine buchstäblich „erdrückende" Last von Beweisen.

Mohr zitiert Forschungsergebnisse von F. H. Meyer (Hannover), nach denen das Stickstoffangebot aus der Luft in den letzten 20 Jahren um 50 Prozent gestiegen ist. Quellen sind in erster Linie die Abgase des Kraftfahrzeugverkehrs, Großfeuerungsanlagen der Industrie, Gas-, Öl- und Kohleheizungen sowie die von Landwirtschaft sowie Abfall- und Fäkalienbeseitigung verursachten beträchtlichen Emissionen an Ammoniak und Ammonium.

Belege für ein Überangebot von Stickstoff in den Wäldern gebe es in Fülle: Außer auf das völlige Ausbleiben einer positiven Reaktion der Bäume auf zusätzliche Stickstoff-(Dünge-)Gaben verweist Mohr insbesondere auf Änderungen der Vegetation im „Stickstoff-Wald".

Erklärung für Schäden in Reinluftgebieten

Sogenannte Stickstoff-Zeiger wie Brombeeren, Schwarzer Holunder, Große Brennessel, Wasserdost, Fuchssches Geiskraut schössen nur so ins Kraut, die Wälder „vergrasten" auffällig, Algen und Flechten zeigten verstärktes Wachstum, Holzpflanzen, die von Natur aus keine Mykorrhiza eingehen, präsentierten sich in ungebrochener Vitalität.

Mit seiner Hypothese gelingt Mohr eine Erklärung für das Waldsterben insbesondere in sogenannten Reinluftgebieten fern der Industrie- und Kraftwerksstandorte mit hoher Schwefeldioxidbelastung der Luft. In jenen Gebieten (Erzgebirge, der Tschechoslowakei, Polen und auch im grenznahen Ostbayern), so meint auch der Freiburger Wissenschaftler, werde das Waldsterben „durch hohe Immissionen von Schwefeldioxid (mit)verursacht". Aber in den Reinluftgebieten bestehe kein erkennbarer Zusammenhang zwischen den Schäden und der Schwefeldioxidbelastung.

Außerdem habe diese seit 1970 in der Bundesrepublik tendenziell abgenommen (während sich die Waldschäden erst seit 1978 deutlich herausgebildet und rapide zugenommen haben).

Die Stickstoffbilanz für Mitteleuropa schildert Mohr auf Grund internationaler Literatur als geradezu verheerend. Während in nordamerikanischen und skandinavischen Reinluftgebieten lediglich mit einer jährlichen Deposition von weniger als einem Kilogramm Stickstoff pro Hektar gerechnet werde, fielen in Holland 60, im Schwarzwald 40 Kilogramm pro Jahr auf einen Hektar. Der Wald könne aber davon allenfalls fünf Kilogramm verarbeiten.

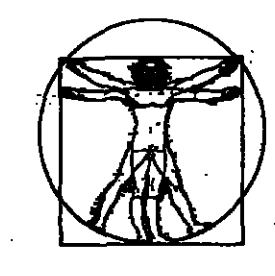
NOTIZEN

Kooperationsvertrag

Peking (AFP) – China und Brasilien haben ein Raumfahrtunternehmen vereinbart, das den gemeinsamen Bau eines Wettersatelliten und dessen Start an Bord einer chinesischen Trägerrakete vorsieht. Wie die amtliche Zeitung „China Daily" gestern mitteilte, wird der Satellit mit einer dreistufigen Rakete des Typs „Langer Marsch III" ins All gebracht werden. Die auf sechs Millionen Dollar veranschlagten Kosten werden zu gleichen Teilen von beiden Länder getragen. Über den voraussichtlichen Starttermin liegen keine Angaben vor.

Neue Studienrichtung

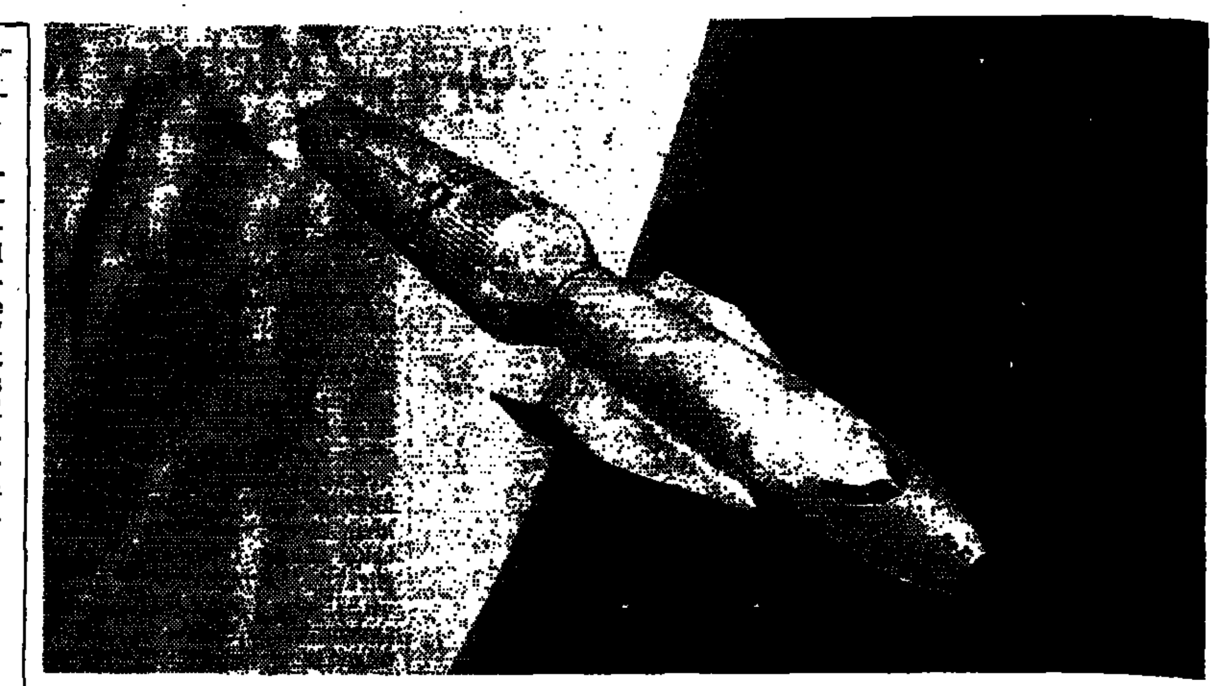
Bonn (DW.) – Neue Studienmöglichkeiten in den Vertiefungrichtungen Umwelttechnik, Anlagenbau und Bauinformatik hat die Fakultät für Bauingenieurwesen an der Bochumer Ruhr-Universität eingerichtet. Wegen der großen



Nachfrage hat man sich entschlossen, bereits zum bevorstehenden Wintersemster ein Angebot in diesen Studienrichtungen bereitzustellen. Eine Einschreibung ist sowohl für Erstsemester als auch für Studenten nach dem Vordiplom möglich.

Meinungsumfrage

Seattle (D.T.) – Eine großangelegte Studie der Boeing Company soll herausfinden, wie komfortabel die Jets der Zukunft sein sollen. Bis jetzt haben bereits 2351 von einem Marktforschungsinstitut ausgewählte „Vielflieger" ihr Urteil über Sitze, Kabinenbreite und Einrichtungen im neuen 150 sitzigen Boeing-Flieger 7J7, der 1992 auf den Markt kommen soll abgegeben. Die Teilnehmer wurden auch beim Ein- und Aussteigen gefilmt. Die Auswertung soll zeigen, welche Kabinen-Konfiguration die größte Bewegungsfreiheit zuläßt.



Der Raumgleiter löst sich von der Ariane-Stufe und zündet das eigene Antriebssystem GRAFIK: AEROSPATIALE

Was Hermes von Challenger lernt

Die europäische Raumfähre wird mit zusätzlichen Sicherheits-Vorkehrungen ausgestattet

Von ANATOL JOHANSEN

Das Schicksal der sieben Challenger-Astronauten – die nach Meldungen der vergangenen Woche offenbar bei der Explosion ihrer Raumfähre nicht sofort getötet wurden, sondern noch durchaus begreifen mußten, was mit ihnen vorging – soll den Weltraumfliegern des geplanten europäischen Raumtransporters Hermes erspart bleiben.

Nach einer genauen Analyse der Challenger-Explosion haben die Ingenieure der französischen Weltraumbehörde CNES (Centre National d'Etudes Spatiales) entschieden, den geplanten europäischen Raumtransporter Hermes, der für vier bis sechs Mann Besatzung ausgelegt werden soll, mit Zusatzraketen auszurüsten. Die kleine europäische Raumfähre soll auf der Ariane-5-Rakete gestartet werden. Bei der CNES will man jetzt die Möglichkeit schaffen, eine Hermes-Besatzung auch dann zu retten, wenn die Startrakete noch auf der Rampe unter dem Raumtransporter explodiert.

In diesem Fall sollen kleine Zusatzraketen Hermes absprengen – ähnlich wie bei einem Schleudersitz, mit dem sich der Pilot eines Kampfflugzeuges aus seiner abstürzenden Maschine rettet. Die Raumfähre soll dann in einem hohen Bogen in die Luft getragen werden und später auf einer Landebahn am Startplatz wieder aufsetzen. Dabei wird für die Astronauten eine Überlastung von 7 bis 8 g für etwa fünf bis acht Sekunden auftreten. Dies sind Beschleunigungswerte, die ein trainierter Mensch ohne gesundheitliche Einbuße übersteht.

Bis jetzt ist noch nicht entschieden, ob man vier stärkere oder acht schwächere Rettungsraketen installieren wird. Ziel ist jedoch, Hermes mit den Zusatzraketen zumindest einen Kilometer weit zu schießen, so daß eine sichere Distanz zwischen der Raumfähre und der Startrakete liegt.

Inzwischen wurde auch bereits ein genauer Rettungsplan für die europäischen Astronauten ins Auge gefaßt. Bis zu 84 Sekunden nach dem Start können die Piloten die Rettungsraketen zünden und auf einer speziellen Landebahn in Kourou in Französisch Guayana, am Startplatz, wieder landen.

Tritt die Katastrophe später als 84 Sekunden nach dem Start auf, befindet sich Hermes schon über dem Atlantik. Für diesen Fall ist vorgesehen, daß ein bereitstehendes Rettungsschiff die Astronauten an Bord nimmt. Da Hermes von der Nordostküste Südamerikas in östlicher Richtung startet, wird ein zweites Rettungsschiff im östlichen Atlantik bereitstehen, falls eine Katastrophe zwei bis drei Minuten nach dem Start auftritt. Kommt es noch später zu einer Havarie, so hat Hermes die Möglichkeit, auf einer Landebahn in Dakar in Senegal niederzugehen.

Da Hermes den Aufschlag auf die Wasseroberfläche kaum unbeschadet überstehen dürfte, soll die Kabine zusätzlich mit Schleudersitzen für jeden Astronauten ausgerüstet werden.

Im Oktober dieses Jahres will die europäische Raumfahrtorganisation ESA (European Space Agency) eine Vorentscheidung treffen, ob Hermes gebaut werden soll oder nicht. Spätestens bis zu diesem Zeitpunkt will man bei der CNES auch die letzten Einzelheiten des geplanten Rettungssystems ausgearbeitet haben.

Inzwischen sind allerdings auch die Amerikaner nicht untätig. Schon am 7. April begann die Weltraumbehörde Nasa mit der Prüfung von Möglichkeiten für die Rettung von Shuttle-Besatzungen vom Start bis zur Landung. Eine genaue Analyse aller Ausstiegs- und Rettungsmöglichkeiten, von neuen technischen Konzeptionen für Startabbruch auf der Rampe, Abspringen, Schleudersitzsysteme und Wasserlandungen wird derzeit erarbeitet. Die Studien für diese Rettungssysteme sollen bis zum ersten Oktober abgeschlossen werden. Im Dezember dieses Jahres soll dann eine Entscheidung über neu einzuführende Rettungssysteme und -methoden beim US Space Shuttle fallen.

Wir trauern um

Dr. Otmar Emminger

Präsident der Deutschen Bundesbank i. R.

Als Vertreter der Deutschen Bundesbank hat Herr Dr. Emminger vom 3. Februar 1970 bis zum 1. Juli 1977 dem Verwaltungsrat der DG BANK angehört. Sein profundes Wissen, sein souveränes Urteil und sein kritischer Rat begleiteten uns durch eine Zeit, in der umwälzende Veränderungen im internationalen Währungssystem und im Welthandel mit zukunftsweisenden Neuorientierungen auch des deutschen Genossenschaftswesens und seines Spitzeninstituts zusammenfielen. Wir gedenken seiner Persönlichkeit und seines Wirkens in großer Dankbarkeit.

Frankfurt am Main, den 4. August 1986

DG BANK Deutsche Genossenschaftsbank

Vorstand und Verwaltungsrat

Am 25. Juli 1986 starb an den Folgen eines Verkehrsunfalls Herr

Herbert Mühlbach

Herr Mühlbach hat als persönlich haftender Gesellschafter der Mühlbach KG mit großem Engagement zur Entstehung des Allee-Centers in Remscheid beigetragen.

Wir bedauern, daß er die weitere Entwicklung des Objekts und den Erfolg seiner Tätigkeit nicht mehr miterleben kann.

In dankbarer Erinnerung

Gesellschafter, Verwaltungsrat und Geschäftsführung

der

Immobilien-Kommanditgesellschaft Mühlbach & Co.

Allee-Center Remscheid, Hamburg

Am 23. 7. 1986 verstarb plötzlich und unerwartet unser Mitarbeiter, Herr

Jürgen Zipplies

geboren am 13. 10. 1935

Herr Zipplies war 17 Jahre in unserem Hause tätig. Wir schätzten ihn als gewissenhaften und zuverlässigen Mitarbeiter und werden sein Andenken in Ehren halten.

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter

der

Hamburger Sparkasse

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 7. 8. 1986, um 12.00 Uhr in der Kapelle des Zentralfriedhofes Altona, Stadionstraße 5, statt.

Wer auf den Herrn hofft,
den wird die Güte umfangen.
Psalm 32, 10

Gott der Allmächtige nahm heute nach schwerer Krankheit meinen geliebten Mann, Vater, Schwiegervater, Schwager, Onkel und Vetter

Pastor i. R.

Henning Stapel

im Alter von 72 Jahren zu sich in sein himmlisches Reich.

Gudrun Stapel geb. Hildebrand
Waltraut Stapel
Christoph Stapel und Frau Brigitte geb. Wegner

2000 Hamburg 55 – Sülldorf, den 31. Juli 1986
Haidhofsweg 17a

Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, dem 7. August 1986, um 12.00 Uhr von der Kapelle des Blankeneser Friedhofes in Sülldorf.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Waldenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geiler; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klära Warneke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 3, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

NACHRICHTEN

Wieder ein Toter

Imatra (sid) – Bei einem Unfall beim Motorrad-Grand-Prix im finnischen *Imatra* wurde erneut ein Zuschauer getötet. Der 29jährige deutsche Rennfahrer Oswald Vogt hatte die Kontrolle über seine Maschine verloren, die beim darauffolgenden Sturz in die Zuschauer geschleudert wurde. Ein sechsjähriger Junge wurde getötet, seine Familie schwer verletzt. Vogt erlitt einen Beckenbruch.

Roggy starb bei Unfall

Houston (sid) – Bob Roggy, Speerwurf-Weltrekordler von 1982, ist im amerikanischen Houston tödlich verunglückt. Nach seiner Teilnahme beim Olympic Festival in Houston war er von der Ladefläche eines Pritschenwagens gefallen und hatte dabei schwere Kopfverletzungen erlitten.

Pause für Fuchs

Homburg (dpa) – Fritz Fuchs, Trainer des Bundesliga-Aufsteigers FC Homburg, erlitt am Wochenende im Trainingslager am Boostal-See im Saarland einen Kreislaufzusammenbruch und muß einige Tage pausieren.

Hamburg holt Jusufi

Hamburg (sid) – Mittelfeldspieler Sascha Jusufi vom Absteiger 1. FC Saarbrücken hat gestern einen Zweijahresvertrag beim Hamburger SV unterschrieben. Jusufi wird jetzt einen Antrag auf Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit stellen, weil *Hamburg bereits zwei Ausländer* (den Belgier Gerald Plessers und den Polen Miroslav Okonski) unter Vertrag hat. Jusufis Vertrag wird nur dann gültig, wenn Jusufi die deutsche Staatsangehörigkeit erhält.

Staffel ist gut in Form

Recklinghausen (sid) – Die 4 x 100-m-Staffel des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV) lief *im Rahmen* eines Nachwuchs-Länderkampfes die ausgezeichnete Zeit von 38,76 Sekunden. Christian Haas, Werner Zaske, Peter Klein und Norbert Dobeleit waren außer Konkurrenz gestartet.

Lewis kommt nicht

Houston (sid) – Wegen einer Knieverletzung will Olympiasieger Carl Lewis seine Starts in den nächsten Wochen bei den europäischen Sportfesten in Budapest, Zürich, Berlin und Köln absagen.

Jaros wird operiert

Düsseldorf (sid) – Nach den Siebenkämpferinnen Sabine Everts und Sabine Braun wird wahrscheinlich ein weiterer Spitzenathlet des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV) bei den Europameisterschaften *in Stuttgart fehlen. Der mit einer* Bestweite von 17,29 m zur Weltelite zählende Düsseldorfer Dreispringer Ralf Jaros muß am Meniskus operiert werden.

Koch Schweizer Meisterin

Ascona (GAB) – Erneut Internationale Schweizer Amateur-Golfmeisterin wurde Martina Koch (Hannover), die Europameisterin und Nationale *Offene* Deutsche *Meisterin.* Die 20jährige siegte in Ascona mit 74+69+73+72=288 Schlägen bei Par 71 vor Regine Lautens (Schweiz) 72+74 +74+70=290 und Martina Kötter (Hubbelrath) 76+75+72+79=302. Zweiter der Herren wurde Sven Strüver (Hamburg-Hittfeld), der mit 72+70 +70+69=281 Schlägen erst auf den letzten Löchern seine Führung an Alberto Binaghi (Italien) 72+71+71+66=280 *verlor.*

ZAHLEN

GOLF

Internationale** Schweizer **Amateurmeisterschaft** in **Ascona (Par 71): Damen, 1. Koch (Deutschland) 74+69+73 +72=288, 2. Lautens (Schweiz) 72+74 +74+70=290, 3. Kötter (Deutschland) 76+75+72+79=302. – Herren: 1. Binaghi (Italien) 72+71+71+66=280, 2. Strüver (Deutschland) 72+70+70+69=281, 3. Frank (Schweiz) 77+70+69+70=296.

FUSSBALL

Internationales Turnier in Rotterdam, Endspiel: Feyenoord Rotterdam – Werder Bremen 1:3 (0:3); um Platz drei: Everton – Santos 2:1. – ***Freundschaftsspiele:** Egelsbach – Frankfurt* 1:3, Niebüll – HSV 1:8. – **Amateur-Oberliga Hessen,** 1. Spieltag: Eintracht Frankfurt (A) – Ziegenhain 1:1.

FECHTEN

WM in Sofia, Schlußtag, Degen, Mannschaften, Finale: Deutschland – UdSSR 6:6; Platz drei: Italien – Spanien 8:0; Platz fünf: Frankreich – Schweiz 9:5; Platz sieben: Kanada – Holland 9:5.

TENNIS

Bundesliga, Gruppe 1, 4. Spieltag: Hamburg – Neuss 4:5, Bamberg – RW Berlin 5:4, Mannheim – Stuttgart 3:6. – Gruppe 2: Amberg – München 6:3, Karlsruhe-Rüppur – Leverkusen 5:4, Großhesselohe – Hannover 6:3. – **Grand-Prix-Turnier** in Hilversum, Finale: Muster (Österreich) – Hlasek (Schweiz) 6:1, 6:3, 6:3. – **Grand-Prix-Turnier** in Washington, Finale: Novacek (CSSR) – Tulasne (Frankreich) 6:1, 7:6. – **Internationales Turnier** in Beaver Creek, Endspiel: Mayotte – Annacone (beide USA) 6:2, 6:3. – **Internationales Turnier** *der Damen in San Diego,* Endspiel: Gurney – Rehe (beide USA) 6:2, 6:4. – Doppel: Herr/Moulton (USA) – Burgin/Fairbank (USA/Südafrika) 5:7, 6:2, 6:4.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 2, 2, 2, 1, 1, 1, 2, 0, 1, 1, 2. – **Auswahlwette** „6 aus 45": 8, 23, 26, 33, 38, 42, Zusatzspiel: 29. – **Rennquintett:** Rennen A: 3, 14, 5. – Rennen B: 34, 35, 23. (Ohne Gewähr).

FECHTEN / Goldmedaille für das deutsche Degen-Team der Herren: Versöhnender Abschluß der Weltmeisterschaft in Sofia

Sowjets versuchten es mit allen Tricks – Beck nannte sie „Schurken"

sid/dpa, **Sofia**

„Es ist eine große Mannschaft", sprach Emil Beck und blickte zum Siegerpodest. Zum dritten Mal hintereinander nach den Olympischen Spielen 1984 und der WM 1985 hatten seine Degen-Asse bei den Fecht-Weltmeisterschaften in Sofia die Konkurrenz ausgestochen. Als Alexander Pusch, Elmar Borrmann, Volker Fischer, Arnd Schmitt und Thomas Gerull *die Goldmedaille entgegennahmen,* konnte der temperamentvolle Bundestrainer aber auch das Schimpfen nicht lassen.

Der plötzliche Unmut, gepaart mit Freude, Anerkennung für seine fünf Fechter, hatte seinen Grund. Denn vor dem hartumkämpften 6:6-Finalerfolg aufgrund des besseren Trefferverhältnisses über den fünfmaligen Weltmeister UdSSR in einem spannenden Finale war die Ausgangslage alles andere als *günstig* gewesen. „Man darf sich nicht als Titelverteidiger vom 13. Platz der Setzliste hochfechten. Nach dem Einzelwettbewerb hätten wir Zweiter sein müssen. Aber *die Kerle haben Mist gemacht",* erzürnte sich Beck, bevor er seinen fünf Weltmeistern gratulierte. Aber auch die Fechter waren erleichtert. Alexander Pusch: „Gott sei Dank haben wir es geschafft, sonst hätten sie uns Degenfechter zu Hause beim Empfang wahrscheinlich auf den letzten Traktor gesetzt."

Auch in der nervenaufreibenden Atmosphäre des Endkampfes hatten *die fünf Tauberbischofsheimer* Fechter vier Doppelniederlagen, dem Unentschieden im Fechtsport, das keinem nützt, und hatten damit die Entscheidung bis zum letzen Gefecht hinausgezögert. Der offensichtliche Versuch der Sowjets, den Erfolg der Deutschen noch mit illegalen Mitteln zu verhindern, brachte Emil Beck und seine Fechter in Rage. „Diese kleinen Schurken", schimpfte der Bundestrainer. Und weiter sagte Emil Beck: „Was sie sich im Finale erlaubt haben, grenzt an Betrug. Es ist eine Unverschämtheit, so unfair zu fechten und durch Manipulationen mit der Waffe zu versuchen, zum Sieg zu kommen."

5:5 hieß der Stand zwischen Deutschland und der UdSSR, und der 35jährige Volker Fischer führte 4:1 gegen den Sowjetrussen Schuwa*low.* Ein Treffer benötigte Fischer noch zum Sieg der deutschen Mannschaft. Da reklamierte der UdSSR-Fechter einen Defekt an seiner Waffe. Aufgrund der Regel wurde Fischer ein Punkt aberkannt, da der Sowjetrusse reklamierte, auch er habe getroffen, aber sein Treffer sei nicht angezeigt worden. Fischer: „Sie haben mich total fertig gemacht. Nach meinem Kampf war ich nervlich so kaputt, daß ich wie ein Schloßhund geheult habe."

„Die Russen-Tricks kennen wir schon. Letztes Jahr in Barcelona im Halbfinale haben sie auch an ihren Kabeln gezogen, als sie merkten, daß sie verlieren", meinte Alexander Pusch. Am Schlußtag in Sofia wiederholte sich das seltsame Vorgehen. Der polnische Kampfrichter schenkte dem sowjetischen Fechter Galuben einen Punkt und erkannte Fischer *zur Empörung der aufgebrachten* deutschen Mannschaft nochmals einen Treffer ab. Emil Beck: „Dies war die größte Schweinerei, die ich bisher im Degenfechten erlebt habe. Die Russen stahlen uns mit ihren defekten Waffen nicht nur reguläre Treffer, sondern versuchten, uns auch mit verbotenen Körperattacken aus der Bahn zu werfen."

Volker Fischer, ein Kaufmann aus *München,* verlor *schließlich* entnervt noch mit 4:5, im Gesamtstand hieß es nun 5:6 gegen den Titelverteidiger. Elmar Borrmann, der Weltmeister von 1983, der in Sofia im Einzel der ersten Vorrunde kläglich gescheitert war, mußte unbedingt den Junioren-Weltmeister Sergej Kostarew besiegen. Mit 5:1 fegte der Stuttgarter seinen Kontrahenten von der Bahn, mit dem Rückhalt seiner Mannschaft und *des Trainers. „Ich habe gebrüllt wie* ein Löwe", meinte Emil Beck.

Pusch, als 18jähriger beim ersten Degen-Erfolg der deutschen Mannschaft bei der WM 1973 in Göteborg *dabei und bei den Finalerfolgen der* beiden Vorjahre der Sieggarant, nannte den Grund für den nach den schwachen Einzelergebnissen nicht erwarteten Triumph: „Das ist eine Klassemannschaft mit viel Teamwork. Wir haben heute zusammengehalten wie Pech und Schwefel", meinte der 31jährige. Ausgerechnet ihm gelang gegen die starken Sowjets vom ZSKA *Moskau* kein Erfolg. „Letztes Jahr war ich die tragende Kraft. Diesmal haben sich Arnd, Volker und Elmar zerissen. Wir sind eben eine Supermannschaft", freute Pusch sich über den Gewinn seiner insgesamt siebten Degen-Goldmedaille (dreimal Einzel, viermal Mannschaft). Schmitt, Fischer und Borrmann holten jeweils zwei Siege, die zur Goldmedaille reichten. „Arnd hat heute eiskalt gefochten und seine beste Leistung in der Mannschaft geboten", lobte Fischer den 21jährigen Junior.

Auch Elmar Borrmann behielt im letzten Gefecht seine Bierkutscherruhe. Er mußte beim Stand von 5:6 unbedingt gewinnen, um das Gold zu holen. Noch einmal versuchte die UdSSR, mit einem Nervenkrieg die Deutschen zu verunsichern. Krawtschuk ging auf die Bahn, doch sein Degen war defekt – Verwarnung. Danach wechselten die Sowjets aus und brachten Kostarew auf die Bahn. Doch auch die Waffe des Junioren-Weltmeisters funktionierte nicht: Straftreffer für den sowjetischen Fechter. Borrmann blieb ruhig, ließ sich von dem Theater nicht beeindrucken und gewann 5:0.

Die Sowjets hatten mit ihrer Unfairneß nicht nur den Titel, sondern auch viele Sympathien verspielt. Mannschaftsführer Volker Fischer konnte sich deshalb auch ein wenig Schadenfreude nicht verkneifen: „Als wir im Viertelfinale Frankreich ausschalteten, jubelten die Sowjets und schlugen sich lachend auf die Schenkel, weil sie glaubten, damit bereits Weltmeister zu sein."

Das deutsche Team wurde nach dem Finale gesprengt. Pusch, Borrmann, Gerull vergnügten sich im Kulturpalast beim Abschlußbankett, da kämpften Fischer und Schmitt *noch mit der Dopingprobe. Erst* drei Stunden nach dem Finale hatten sie ihren Teil zum Dopingtest beigetragen. Wegen der hohen Schweiß- und Mineralienverluste hatten sie Getränke mit erlaubten Zusätzen zu sich genommen, die aber den Urin so veränderten, daß ein regulärer Dopingtest nicht möglich war. Statt mit Bier und Champagner zu feiern, tranken sie Zitronensäfte, um eine normale Urinprobe abgeben zu können.



Der Jubel kannte keine Grenzen

War das ein Jubel bei den deutschen Degenfechtern (Foto oben), nachdem feststand, daß sie die Goldmedaille *gewonnen hatten.* Gemeinsam und wild gestikulierend rannten sie auf den Bundestrainer zu. Ihren Gefühlen ließen sie freien Lauf. Der Ärger über die unfairen Tricks der sowjetischen Fechter war für einen Augenblick vergessen, als sie den Bundestrainer Emil Beck (Foto rechts) in die Luft warfen und hochleben ließen. Die Anspannung war von ihnen gewichen, die Mätzchen *der sowjetischen Fechter blieben* ohne Wirkung. FOTOS: AP / DPA

FUSSBALL / WELT-Interview mit Heinrich Heß

„Viele Spieler verhalten sich im Urlaub falsch"

ULLA HOLTHOFF, **Bonn**

Fünf Tage vor Beginn der 24. Saison gleicht die Fußball-Bundesliga einem Lazarett. Zwölf Prozent (46 von 389) der Profis in der ersten Liga sind verletzt. Die WELT sprach mit Professor Heinrich Heß, einem der beiden Mannschaftsärzte der Nationalelf, über die Ursachen.

WELT: Die hohe Zahl der Verletzten stimmt nachdenklich. Sie selbst haben den Bundesliga-Trainern schon vorgeworfen, nach falschen Methoden zu trainieren.

Heß: Das kann man so pauschal nicht sagen. Aber ich habe doch wieder festgestellt, daß trotz aller Fortschritte im Trainingsbereich gerade in der Vorbereitungsphase noch zu viele Spieler verletzt werden.

WELT: Woran liegt das?

Heß: Es gibt viele Gründe. Ein wesentlicher Grund ist das Urlaubsverhalten der Spieler. Nicht alle gestalten ihre Erholungsphase im Urlaub gleich gut. Viele legen sich tatsächlich einfach in die Sonne, statt sich aktiv zu erholen. Wenn das Training dann wieder beginnt, ist ihr Körper nicht vorbereitet.

WELT: Aber die Trainer können den Spielern doch nicht auch noch im Urlaub ein Trainingsprogramm mitgeben. Urlaub ist schließlich Privatsache.

Heß: Die Trainer könnten sich aber darauf einstellen. Sie müßten das Training besonders während der Saisonvorbereitung individuell abstimmen. Es gibt immer Spieler, die einen Trainingsrückstand haben, sei es urlaubs- oder verletzungsbedingt. Die müßten nach einem individuellen Plan trainieren. Gerade in den Wochen zwischen zwei Spielzeiten ist die *intensive Zusammenarbeit zwischen* den Trainern, Ärzten und Masseuren ungeheuer wichtig.

WELT: Wichtiger als während der Saison?

Heß: Ja, weil das eine ganz besondere Phase ist. Der Trainer steht unter Zugzwang, bis zum ersten Spieltag muß seine Mannschaft stehen. Die Spieler kämpfen um einen Stammplatz. Das führt dazu, daß sie kleinere Verletzungen verschweigen oder sich zu früh zu hoch belasten. Aus Angst um ihren Stammplatz überschätzen sich viele Spieler, andere lassen sich überflüssigerweise in gefährliche Zweikämpfe ein.

WELT: Während der Saison verhalten sie sich doch genauso.

Heß: Dann sind sie auch schon besser trainiert. In der Aufbauphase ist aber die Koordination noch nicht so gut wie im austrainierten Zustand. Außerdem gibt es zu viele Freundschaftsspiele gegen Amateure. Das ist ein weiteres Verletzungsrisiko, weil Amateure mangelndes Können mit übereifrigem Kampfgeist wettmachen wollen. *Dabei* werden viele Profis verletzt.

WELT: Sie empfehlen also weniger Freundschaftsspiele?

Heß: Das geht auch wieder nicht. Denn die Vereine brauchen das Geld. Und die Zuschauer auf dem Dorf wollen schließlich Völler, Matthäus oder Berthold spielen sehen. Die haben kein Verständnis dafür, wenn die Stars wegen der Verletzungsgefahr auf der Bank *bleiben.*

WELT: Dann gibt es also gar keine



Ist für eine Reduzierung der Liga – Professor Heß FOTO: SVEN SIMON

Lösung, um die Zahl der Verletzten künftig zu reduzieren?

Heß: Doch. Ich plädiere beispielsweise für eine Reduzierung der Liga. Dann hätten die Spieler wenigstens längere Pausen, die sie dringend brauchen. Außerdem könnten viele Vereine ihre ärztliche Betreuung intensivieren. Vorbild in dieser Hinsicht ist München, aber auch Bremen, Frankfurt und Mönchengladbach.

WELT: Wie sieht denn Ihr Idealbild von umfassender medizinischer Betreuung aus?

Heß: Im Idealfall hat jeder Verein zwei festangestellte Masseure und einen Vereinsarzt, der allerdings nicht festangestellt werden sollte, um nicht in einen Konflikt zwischen den Interessen seines Arbeitgebers und der Gesundheit der Spieler zu geraten. Zudem sollte der Klub eine eigene medizinische Abteilung haben.

STAND ● PUNKT

Unerwartete Entwicklung

Die Briefe sind in den letzten Tagen stilgerecht, nämlich in den Vereinsfarben des Traditionsklubs herausgegangen: In blauer Schrift auf weißem Büttenpapier lädt der FC Schalke 04 zu einer Riesenfete am 26. August ein. Anlaß ist die Abschiedsgala von Klaus Fichtel, der mit 538 Einsätzen Bundesliga-Rekordspieler ist. Große Namen haben sich im Parkstadion *angesagt. So werden beispielsweise* Franz Beckenbauer, Karl-Heinz Rummenigge, Kevin Keegan und möglicherweise sogar Bernd Schuster erscheinen, um den 41jährigen Bundesliga-Methusalem in den Ruhestand zu verabschieden.

Freilich, die Schalker haben sich – so scheint es jetzt – von einer unerwarteten Entwicklung, das heißt von den Plänen ihres neuen Trainers Rolf Schafstall überholen lassen müssen. Der hat konkret angekündigt, daß er den alten Haudegen Klaus Fichtel noch keineswegs abgeschrieben hat. Fichtel sei einfach zu gut, befand Schafstall, um schon aufzuhören. Und deswegen wird er am kommenden Samstag beim Saisonauftakt in Leverkusen mitspielen. Aber nicht nur dort. Es ist damit zu rechnen, daß Fichtel seinen eigenen einsamen Rekord noch einige Male nach oben schrauben wird.

Dem Schalker Ausputzer, der von der Schafstall-Absicht selbst am meisten überrascht wurde, ist die Sache ein wenig *peinlich.* Denn sehr wohl hat er sich Gedanken darüber gemacht, daß seine weitere Verwendung als Bundesliga-Profi nicht nur der Beweis für die eigene, wirklich bewunderswerte Fitneß ist. Genau umgekehrt kann ein Schuh daraus werden: Wie, so läßt sich fragen, ist die Schalker Fastzehn-Millionen-Mark-Einkaufspolitik der vergangenen fünf Jahre zu bewerten, wenn ein 41jähriger immer noch nicht ausgemustert werden kann?

Daß Fichtel der neuen Herausforderung standhalten wird, daran gibt es allerdings kaum Zweifel. Und daß er seine Gala am 26. August verdient hat, steht ebenfalls außerhalb jeder Diskussion. Nur sollten die Schalker die Veranstaltung vielleicht ehrlicherweise *nicht mehr als* Abschiedsspiel titulieren. Das klingt nach frommem Selbstbetrug.

BERND WEBER

MOTORRAD / Gerücht: Hört Anton Mang auf?

Wimmer: So einen Abschied hat er aber nicht verdient

sid, **Silverstone**

Am Tag, als der Regen kam, büßten die deutschen Motorrad-Asse ihre letzten Chancen auf den Titelgewinn in der 250-ccm-Klasse endgültig ein. Beim Großen Preis von England in Silverstone verwandelten unwetterartige Regenfälle die Piste in eine regelrechte Wasserrutsche, auf der die Hoffnungen des viermaligen Weltmeisters Anton Mang (Inning) und des Münchners Martin Wimmer buchstäblich baden gingen. Mang, der schon nach dem Training nicht mehr an den Titel glaubte („Vorbei ist vorbei"), kam in der achten Runde zu Fall und schied aus. Wimmer wurde nach einem Ausrutscher lediglich Neunter.

Carlos Lavado (Venezuela), der überragende Fahrer 1986, und der überraschend starke Spanier Alfonso Pons machen nun in den beiden letzten Rennen in Anderstorp und Misano den Titel unter sich aus. Ein Umstand, den zumindest Wimmer neidlos anerkennt: „Carlos hat eine beständig starke Leistung in allen Rennen gezeigt. Er hatte sein Motorrad und *sich selbst jederzeit im Griff* und hat sich wie ein Chamäleon sämtlichen Witterungsbedingungen angepaßt. Er war der kompletteste Fahrer dieser Saison."

Während Martin Wimmer im Regen von Silverstone noch lange laut über seine eigenen WM-Chancen nachdachte, die er mit einem fast schon obligatorisch schwachen Start von Rennen zu Rennen verloren hatte, *schottete sich Anton Mang* von der Umwelt hermetisch ab. Sein Wohnmobil, an dem seit kurzem ein Schild mit dem kategorischen Befehl „no entry" ungebetene Besucher fernhalten soll, blieb fest verschlossen. Nur sein langjähriger Freund und Mechaniker Sepp Schlögl riskierte einen kleinen Ausflug ins Fahrerlager.

Doch Mang und Schlögl, lange Jahre ein schier unbezwingbares Erfolgsduo, gingen nicht nur in Silverstone getrennte Wege. Immer häufiger ist die Rede von Mißverständnissen, von lautstarken Wortgefechten zwischen Fahrer und Mechaniker. Daß allerdings Schlögl die Schuld an Mangs derzeitiger Misere trifft, die mit einem Trainingssturz in Salzburg ihren Anfang nahm, mag niemand glauben. „Er ist ein hervorragender Mann, er kennt einfach jeden Trick, er weiß alles, was man in diesem Geschäft braucht", meinte respektvoll Nachwuchsfahrer Jochen Schmid aus Backnang, der sich gelegentlich bei Sepp Schlögl einen Rat holen darf. Martin Wimmer *faßte die Situation* in wenigen Worten zusammen: „Es war in jeder Hinsicht eine verkorkste Saison."

„Am liebsten schnell vergessen" wollte Toni Mang das Rennen in Silverstone, das ihm „nichts als negative Erlebnisse" brachte. Mang: „Schon während der Trainingstage verhinderten Sturm und Regenböen, daß ich ordentliche Zeiten fahren konnte, weil *ich* neu entwickelte Reifen testen mußte." Das Resultat seiner Probleme war dann auch sein Sturz: „Ich war eben dabei, mich nach vorne zu schieben und habe mächtig Dampf gemacht, als mir das Vorderrad an einer völlig überfluteten Stelle wegschmierte."



Anton Mang – hört er ohne WM-Titel auf? FOTO: WEREK

Martin Wimmer wird auch 1987 mit dem Grand-Prix-Zirkus durch Europa ziehen, vorzugsweise mit dem Ya*maha-Werksteam, weil „die ungeheuer* professionell arbeiten". Um Anton Mangs Zukunft ranken sich dagegen immer lauter werdende Gerüchte um seine Zukunft.

Schon vor der Saison war klar, daß der Inninger sich als Weltmeister 1986 in jedem Fall zurückziehen werde. Ob er auch in der jetzigen Situation seine Karriere beendet, scheint zumindest nicht völlig ausgeschlossen. Ob sich jedoch ein Mann, der über Jahre hinweg die WM-Szene so beherrschte, wie Mang es tat, nach einer so glücklosen Saison zurückzieht, zweifelt wohl *nicht* nur Martin Wimmer an. Der Münchner sagt: „Er kann immer noch mehr, als die meisten anderen. So einen Abgang hat er nicht verdient."

LEICHTATHLETIK

Losch in guter Form

sid, **Düsseldorf**

Mit der Jahresbestleistung für den Deutschen Leichtathletik-Verband (DLV) von 62,86 m im Diskuswerfen und 20,69 m in ihrer Spezialdisziplin Kugelstoßen stellte Olympiasiegerin Claudia Losch bei einem Werfer-Meeting in Schwabmünchen ihre gute Form unter Beweis. „Technisch war ich nicht so zufrieden nach unserem harten Trainingslager. Vielleicht klappt es heute in Ingelheim besser", meinte Trainer Christian Gehrmann. Bei den Männern steigerte sich Rolf Saalfrank (ebenfalls Fürth) mit der Kugel auf 19,51 m.

Spekulationen um eine mögliche Sperre der Olympiasiegerin im Hinblick auf die Stuttgarter EM bezeichnet Gehrmann als unrealistisch. Der Losch-Trainer war im Zusammenhang mit seinen Zeitungsanzeigen „Sponsor gesucht" zwar vom DLV und der Stiftung Deutsche Sporthilfe gewarnt worden, er solle den Amateur-Status der Olympiasiegerin nicht gefährden. Den Brief von DLV-Generalsekretär Heiner Henze wertet Gehrmann nicht als Androhung einer Startsperre. Gehrmann: „Ich werde darin als Agent bezeichnet, der für Claudia Losch auftritt. Aber ich versichere noch einmal, wenn ein Sponsor feststeht, werde ich die Sporthilfe fragen, auf welchem Weg das Geld gezahlt werden kann."

FUSSBALL

Rehhagel macht sich Sorgen um seinen Star Völler

dpa, **Bremen**

Fünf Tage vor dem Start in die Saison 1986/87 der Fußball-Bundesliga steht noch nicht fest, ob Vizemeister Werder Bremen gegen Nürnberg auf seinen Star Rudi Völler zurückgreifen kann. „Ich mache mir ernsthafte Sorgen. Rudi kommt erst heute von seinen Fitmachern aus Frankfurt zurück. Dann müssen wir weiter sehen. In Bestform kann er nach den langen Verletzungspausen auf keinen Fall aufspielen", befürchtete Werder-Trainer Otto Rehhagel gestern.

Der 26 Jahre alte Mittelstürmer der Nationalmannschaft war am vergangenen Freitag beim Rotterdamer Turnier bereits nach 20 Minuten des ersten Spiels wegen neuer Beschwerden im Oberschenkel ausgeschieden. Während Werder das Endspiel gegen Gastgeber Feyenoord Rotterdam mit 3:1 (3:0) gewann, wurde Völler bereits in Frankfurt von seinem Masseur behandelt, der ihn auch Anfang dieser Woche weiter betreuen mußte. Völler möchte unbedingt beim Saisonstart spielen.

Ungewiß ist bei den Bremern auch der Einsatz von Stürmer Frank Neubarth (Knöchelverletzung) und Abwehrspieler Dieter Kutzop (Oberschenkelzerrung), die beide in Rotterdam fehlten und zu Hause ein Aufbautraining absolvierten. Mit Sicherheit wird Werder zudem einige Monate *auf die operierten Bruno Pezzey* (Libero) und Wolfgang Sidka (Mittelfeld) verzichten müssen.

Wirtschaftlich dagegen kann Werder Bremen auf die erfolgreichste Sai*son-Vorbereitung der vergangenen* Jahre zurückblicken. Auf über eine halbe Million Mark werden die Einnahmen der letzten fünf Wochen hochgerechnet. Ertragreichste Veranstaltungen waren dabei die Turniere in Mönchengladbach und Rotterdam, in denen die Bremer jeweils für eine Garantiesumme von 100 000 Mark spielten.

Indirekte Kritik Geißlers an Strauß

DIETHART GOOS, Bonn

Die Kritik des bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß an Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher sowie an österreichischen Vorbehalten gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage im bayerischen Wackersdorf sind gestern von führenden Vertretern der Bonner Regierungskoalition und österreichischen Politikern zurückgewiesen worden.

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann sagte, die Vorwürfe von Strauß seien in keiner Weise berechtigt. „Die Politik Hans-Dietrich Genschers ist die Politik der Koalition. Sie wird von allen Partnern der Koalition getragen." Genschers Bemühungen, den Entspannungsprozeß voranzutreiben, lägen nicht nur im Interesse der Bundesrepublik, sondern auch der NATO, sagte FDP-Vorsitzender Bangemann. Sie deckten sich mit den Bemühungen von US-Präsident Reagan und KP-Generalsekretär Gorbatschow.

„Genscher guter Minister"

Bangemann sagte weiter: „Bundeskanzler Kohl hat völlig recht, wenn er darauf hinweist, daß Personalspekulationen vor der Wahl töricht sind. Die FDP wird sich daran nicht beteiligen." Der vernünftige, weitblickende Wähler werde die maßvolle und dem Frieden dienende Außenpolitik Genschers unterstützen und damit dem Außenminister „den Auftrag geben, diese Politik als Außenminister fortzusetzen".

Indirekte Kritik an Strauß übte CDU-Generalsekretär Heiner Geißler. Die Außenpolitik werde nicht von einem Minister gestaltet, sondern von der gesamten Bundesregierung und besonders von Bundeskanzler Helmut Kohl. Die Freien Demokraten seien für die CDU weder Gegner noch Nicht-Gegner, sondern ihr Koalitionspartner, mit dem man das Regierungsbündnis nach der Wahl fortsetzen wolle. Der Wahlkampf könne nur gewonnen werden, wenn die Union im Auge behalte, wer ihre Gegner seien, nämlich die SPD und die Grünen.

Auch der *stellvertretende* FDP-Bundesvorsitzende und hessische Landeschef Wolfgang Gerhardt verwahrte sich gegen die Forderung von Strauß nach Ablösung von Außenminister Genscher. Er sprach von einer abenteuerlichen Diskussion. Zwar könne kein Ministerium ein Erbhof sein. Es sei aber auch eindeutig, daß Genscher als guter Außenminister angesehen sei.

Attacken aus Österreich

Zu den Attacken von Strauß gegen österreichische Kernkraftgegner sagte der Wiener Vizekanzler Norbert Steger, Strauß habe „die Grenzen des guten Geschmacks" verletzt und verstoße gegen alles, „was zwischen befreundeten Staaten üblich ist". Er habe das Gefühl, daß sich Strauß über Österreich lustig machen wolle. Es sei verantwortungslos, daß Strauß „leichtfertig jeden zum Grünen und Chaoten" abstemple, der sich über die Atomenergie Sorgen mache. Erneut forderte Steger Strauß zu einer öffentlichen Diskussion über die Energiepolitik auf.

Helmut Haigermoser, Abgeordneter der Freiheitlichen Partei Österreichs, erklärte, eine Belastung der tiefen Freundschaft zweier Nachbarländer dürfe „wegen der Maßlosigkeit eines Landesfürsten" nicht hingenommen werden.

Der außenpolitische Sprecher der Österreichischen Volkspartei, Ludwig Steiner, bezeichnete die „hochsommerlichen Beschimpfungen über die Grenzen hinweg" als unsinnig und warnte zugleich auch die österreichischen Politiker vor einer weiteren Eskalation.

Eine neue Taktik des DGB

Gewerkschaftsbund läßt Sympathie für den Vorwurf des Berufsverbots erkennen

PETER PHILIPPS, Bonn

Genau fünf – von insgesamt fast 1,2 Millionen – Mitarbeiter sind seit 1975 aus dem Öffentlichen Dienst in der Bundesrepublik Deutschland wegen Verfassungsfeindlichkeit entlassen worden; drei von ihnen bis zum Regierungswechsel im Oktober 1982, zwei seither. Eine Einstellungs-Ablehnung bei Bewerbern hat es seit 1980 nicht mehr gegeben. Und doch verfolgt der DGB „die Entwicklung mit großer Sorge. Insbesondere unter der neuen Bundesregierung hat sich die Verwaltungspraxis erheblich verschärft".

Diese anklagenden Sätze stehen in einem vierseitigen Brief des stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Gerd Muhr, der der WELT vorliegt, an die UNO-Organisation „Internationales Arbeitsamt, Labour Standards Department" (ILO) in Genf. Auf Antrag des kommunistisch beherrschten Weltgewerkschaftsbundes (WGB) untersucht die ILO, ob in der Bundesrepublik mit der Handhabung der Prüfung auf Verfassungstreue bei Staatsbediensteten gegen internationale Übereinkommen verstoßen wird. In der DGB-Stellungnahme hierzu malt Muhr als aktuelle Wirklichkeit: „Vor allem" im Bereich „der Bundesverwaltung sowie für Länderverwaltungen derjenigen Bundesländer, in denen die gleichen politischen Parteien wie auf Bundesebene die politische Verantwortung tragen ... wird in Abkehr von den vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Grundsätzen zu einem reinen Automatismus übergegangen". Muhr: „Auch nach unserer Auffassung dürfte diese Praxis kaum mit dem ILO-Übereinkommen 111 vereinbar sein."

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse, Wolfgang Vogt, nannte gegenüber der WELT *diese Stellungnahme* Muhrs einen weiteren „Teil der Kampagne des DGB gegen die Bundesregierung, diesmal auf internationaler Ebene". Er hoffe zwar, „daß sich Gerd Muhr nicht auch in der Sache auf die Seite des WGB geschlagen hat", aber die argumentative Nähe zu den Kommunisten sei „politisch nicht vernünftig und sachlich nicht erklärbar". Angesichts des „Horrorgemäldes" müsse man die DGB-Führung daran erinnern, daß „an der Wiege dieser Einheitsgewerkschaft demokratische Sozialisten, Sozialdemokraten und Christdemokraten gestanden" hätten, „und keine Kommunisten". Im Gegensatz etwa zu Polen hat die Bundesregierung einem förmlichen Untersuchungsverfahren durch die ILO zugestimmt. Vogt: „Ein Gremium der Organisation wird sich in der Bundesrepublik umsehen und die Beschwerde des WGB prüfen."

Zwei Details verstärken die Pikanterie der DGB-Stellungnahme: Als 1976 das damals SPD-geleitete Bundesarbeitsministerium gegenüber der ILO eine gleichgerichtete Attacke der Kommunisten zurückwies, monierte der gleiche Gerd Muhr, die Antwort sei „sehr defensiv abgefaßt". Denn: „Ein Gewerkschaftsgegner kann auch nicht verlangen, Angestellter einer Gewerkschaft zu werden; ein Atheist kann nicht fordern, von einer Kirche als Prediger eingestellt zu werden. Ebenso kann ein Verfassungsfeind nicht erwarten, als Bediensteter des Staates eingestellt zu werden, den er bekämpft, auf dessen Beseitigung er hinzielt."

Zweite Arabeske: Während der DGB die Bundesrepublik auf der Anklagebank festzurrt, malt die Regierung der „DDR" in ihrer Stellungnahme zu dem Vorgang gegenüber der UNO-Organisation die eigene Wirklichkeit in rosigen Farben: In Form eines Grundrechts werde bei ihr „das Recht eines jeden Bürgers auf Arbeit, auf einen Arbeitsplatz und dessen freie Wahl ... voll verwirklicht".

Abgeordneter: In der UNO über Asylanten reden

mj. Helmstedt

Der niedersächsische CDU-Landtagsabgeordnete Rolf Reinemann (Helmstedt) hat in einem Brief an Bundeskanzler Kohl angeregt, die Bundesregierung solle die Schlüsselrolle der „DDR" beim Zustrom von Asylbewerbern nach West-Berlin und ins übrige Bundesgebiet vor den Vereinten Nationen (UNO) zur Sprache bringen. Reinemann verspricht sich von einem solchen Vorstoß Druckwirkung auf die „DDR", da diese es kaum „gern hinnähme, sich vor der Weltöffentlichkeit wegen ihrer Praktiken mit den Asylanten anprangern zu lassen".

Mit einem weiteren Schreiben an den Hohen Flüchtlingskommissar der UNO in Genf will der Abgeordnete der von der Zuwanderungswelle besonders betroffenen Zonengrenzstadt erreichen, daß dessen internationale Behörde „nicht nur" dazu beitrage, „das Asylantenproblem in der Bundesrepublik Deutschland zu verwalten".

Vielmehr solle der UN-Hochkommissar auf die Herkunftsländer, „soweit sie nicht Krisen- oder Kriegsgebiete sind", einwirken, um den „organisierten Menschenhandel" zu unterbinden.

Saar-CDU beantragt Untersuchungsausschuß

„Leinens Versäumnisse beim Fischsterben aufklären"

gur. Saarbrücken

Die Versäumnisse und Fehler des *saarländischen Umweltministers Jo* Leinen (SPD) bei der Aufdeckung des großen Fischsterbens in der Saar werden ein parlamentarisches Nachspiel haben. Die CDU-Fraktion im saarländischen Landtag hat gestern die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragt. Die FDP kündigte an, sie werde einen Mißtrauensantrag gegen den Minister stellen. Außerdem haben sich die beiden Oppositionsparteien CDU und FDP an den saarländischen Parlamentspräsidenten mit dem Ersuchen gewandt, noch für diese Woche eine Sondersitzung einzuberufen.

Zur Erläuterung meinte CDU-Franktionschef Schwarz, es müsse jetzt geklärt werden, inwieweit Leinen und seine Behörden „Fehlentscheidungen und Versäumnisse zu verantworten haben und welche Schäden der Natur und Umwelt dadurch entstanden sind." Dazu gehöre auch die Untersuchung der Frage, welche Maßnahmen der Schadensbegrenzung eingeleitet oder versäumt worden seien.

Noch am Wochenende hatte die saarländische Regierungssprecherin Maria Zimmermann erklärt, es sei „unredlich und verstiegen" zu *behaupten, das Fischsterben hätte* aufgehalten werden können, nachdem das Gift bereits in die Saar gelangt war. Demgegenüber hatte Leinens persönlicher Referent Peter Bauer gegenüber der WELT schon vor einer Woche eingeräumt, daß Zyanideinleitungen noch Tage nach Beginn des Fischsterbens in die Saar gelangt seien, weil die Quelle der Flußverseuchung nicht gefunden und gestoppt werden konnte. Der Sportfischereiverband Saar hatte mit eigenen Labortests sogar noch am Donnerstag vergangener Woche, fünf Tage nach Beginn des Fischsterbens, überhöhte Zyanidwerte im Wasser des Flusses bei Völklingen gemessen.

Wegen der verspäteten und deshalb kaum noch möglichen Aufklärung der Ursachen des Fischsterbens wird sich das Saarland und Leinens Ministerium eventuell bald einer Welle von Schadensersatzforderungen gegenübersehen. Allein die Sportfischer sprechen von Forderungen in Höhe von 1,5 Millionen Mark. Die Junge Union hat am Wochenende alle Geschädigten zur Klage gegen das Leinen-Ministerium aufgerufen.

Legt Moskau Daten offen?

Vertrag über Analyse der Waldschäden bindet auch Sowjets

E. N. Bonn

Auch die Sowjetunion wird wahrscheinlich zu den etwa 15 west- und osteuropäischen Ländern gehören, die noch in diesem Jahr umfangreiche und repräsentative Daten für eine gemeinsame Auswertung nach dem Vorbild der Waldschadenserhebung in der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung stellen.

Dies kündigte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Georg Gallus, gestern in Bonn an. Die Genfer Luftreinhaltekonvention vom Juni 1985 hatte eine Arbeitsgruppe mit dem Ziel eingesetzt, vergleichbare Daten in den Mitgliedstaaten der Konvention zu fördern und diese Daten „länderübergreifend" auszuwerten.

Die Vertragspartner verpflichteten sich, Luftverunreinigungen einzudämmen und dazu die besten verfügbaren und wirtschaftlich vertretbaren Technologien einzusetzen. Zu den Ländern gehören die meisten EG-Staaten, die Schweiz, Österreich, die „DDR", die Tschechoslowakei und auch die UdSSR. Die Leitung der Sonderarbeitsgruppe war der Bundesrepublik Deutschland übertragen worden. Anläßlich ihrer zweiten Sitzung im Mai dieses Jahres wurde als Basis für weitere gemeinsame Arbeit ein Handbuch herausgegeben, das Methoden und Kriterien für die Waldschadenserhebung aller beteiligten Staaten verbindlich festlegt.

Gallus würdigte besonders die „engagierte Mitarbeit" der osteuropäischen Länder bei der Entwicklung dieses Buches, das Anlage und Durchführung von Intensivuntersuchungen auf Dauer-Beobachtungsflächen genau festlegt.

Nachdem bereits 1985 davon ausgegangen worden war, daß in der Bundesrepublik Deutschland 50 Prozent der Waldfläche in den Stufen eins bis vier geschädigt sind, wird zur Zeit an über 7000 Stichprobenorten mit rund 200 000 Einzelbäumen eine Erhebung über Nadel- und Blattverluste durchgeführt. Erste Ergebnisse der Waldschadenserhebung 1986 sollen, wie das Landwirtschaftsministerium bekanntgab, Anfang November zur Verfügung stehen.

„Briefmarke zum Mauerbau ist blanker Zynismus"

dpa, Berlin

Die Herausgabe einer „DDR"-Sonderbriefmarke zum 25. Jahrestag der Berliner Mauer hat der Berliner CDU-Generalsekretär Klaus Landowsky als „blanken Zynismus" be*zeichnet. Jeder wisse, daß die Mauer* nicht dazu diene, Feinde abzuschirmen, sondern die eigene Bevölkerung einzusperren, sagte er.

Die Deutsche Bundespost wird nach Angaben eines Sprechers Briefe mit dieser Marke weiterbefördern. Eine Zurückweisung solcher Briefe würde letztlich nur die Menschen in den beiden Teilen Deutschlands treffen. Auch werde die Post die Briefmarke nicht überstempeln. Sie wolle nicht dazu beitragen, daß die Marke zu einer philatelistischen Rarität werde.

Ausgenommen von der Beförderung seien jedoch Ersttagsbriefe, die die Post an die „DDR"-Postverwaltung zurückschicken werde. Die Bundespost war auch schon 1971 so verfahren, als die „DDR" eine „Mauer-Marke" zum zehnten Jahrestag herausgebracht hatte.

CDU-Motto: „Weiter so, Deutschland"

Geißler stimmt auf den Wahlkampf ein / Bundesweite Plakataktion bildet den Auftakt

DIETHART GOOS, Bonn

Als erste der großen Parteien startet die Christlich-Demokratische Union ihren Wahlkampf für die Bundestagswahl im Januar 1987. CDU-Generalsekretär Heiner Geißler erläuterte gestern in Bonn die Auftaktkampagne seiner Partei, die unter dem Motto steht: „Weiter so, Deutschland."

Ihren Slogan unterstreicht die CDU mit dem Hinweis auf stabile Preise, sichere Renten und mehr Arbeitsplätze. Zugleich bezeichnet sie sich als Partei der Zukunft. Optisch ergänzt sie ihren Anspruch mit einem nach oben zeigenden Daumen als Sinnbild für den Aufwärtstrend.

Den Auftakt der Aktion bildet eine bundesweite Plakataktion auf 7000 Großflächen in allen Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern und in den Kreisstädten. Weitere 200 000 Plakate mit dem neuen Wahlslogan und dem Daumenmotiv werden von den Ortsverbänden geklebt.

Diese Aktivitäten dienen sowohl der Einstimmung der Wählerschaft als auch der Motivation der eigenen Mitglieder und Mitarbeiter. Zugleich gilt sie als deutliche Kampfansage an Sozialdemokraten und Grüne, die Geißler als die eindeutigen Gegner bezeichnete. Mit ihnen müsse die Auseinandersetzung geführt werden.

Den Sozialdemokraten warf der CDU-Generalsekretär vor, sie predigten Angst, Sozialneid und hätten nichts als Perspektivlosigkeit zu bieten. „Wir wollen keine sozialistische Zwangsgesellschaft, die den einzelnen Bürger gängelt, sondern eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht, die jedem Bürger Freiheit, Chancenvielfalt und Geborgenheit sichert."

Dem SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau hielt der CDU-Generalsekretär vor, er habe sein ursprüngliches Wahlziel – die absolute Mehrheit – offenbar bereits aufgegeben. Das mache auch der SPD-Vorsitzende Willy Brandt mit seiner Einschätzung eines Stimmenanteils von 43 Prozent deutlich. Den Hinweis von SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz auf eine „Cohabitation" nach französischem Muster wertete Geißler als Wunsch einer großen Koalition. „Für uns gibt es dafür keine Grundlage und Möglichkeit." Trotz ablehnender Äußerungen von Rau sei bei einer rechnerischen Mehrheit nach der Bundestagswahl damit zu rechnen, daß die SPD mit den Grünen zusammengehen werde. Das müsse verhindert werden.

Hauptthema des kommenden Wahlkampfes ist nach Geißlers Darstellung die Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland. „Mit dem Namen CDU wollen wir die Zukunft unseres Landes verbinden, denn wir sind die einzige wirklich große Volkspartei." Daher habe man das bisherige Motto „Sicher, sozial, frei" durch den Slogan „CDU – die Zukunft" abgelöst.

Die CDU veranstaltet in den nächsten Wochen zahlreiche Kundgebungen und Kongresse. Den Auftakt bildet am kommenden Samstag eine Kundgebung in Berlin anläßlich des 25. Jahrestages der Mauerbaus. Dort wird der amerikanische Botschafter Richard Burt sprechen. In etwa drei Wochen wollen CDU und CSU ihr gemeinsames Programm für die Bundestagswahl präsentieren. Auf dem Bundesparteitag vom 6. bis 8. Oktober in Mainz will die CDU dann ihr „Zukunftsmanifest" verabschieden.

DGB wird nicht „dumm zuschauen"

rtr, Essen

Der Deutsche Gewerkschaftsbund wird sich in der heißen Phase des Wahlkampfes nicht still verhalten. In einem Interview für die „Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung" (NRZ) sagte DGB-Chef Ernst Breit, es werde mit Sicherheit nicht gelingen, die Gewerkschaften während der Vorwahlzeit zu „dummen Zuschauern zu machen". „Die Gewerkschaften werden mit aller Klarheit ihre Position beschreiben – in der Form von Wahlprüfsteinen", sagte er. Insbesondere werde die Mitbestimmung auf dem Prüfstand stehen. „Wenn jemand mit uns über eine Vorlage zur Mitbestimmung verhandeln möchte, dann sind wir sicherlich sehr schnell in der Lage, dafür auch einen Termin zu vereinbaren. Die Montan-Mitbestimmung läuft im nächsten Jahr aus. Das muß unbedingt vermieden werden. Der DGB wird neue Bonner Vorschläge dafür sehr sorgfältig prüfen", fügte er hinzu.

Eskimos wählen Präsidentin

dpa/UPI, Kotzebue/Alaska

Eskimos aus Alaska, Kanada und Grönland haben erstmals eine Frau zu ihrem Oberhaupt gewählt. Präsidentin der Eskimo-Polarkonferenz „Inuit Circumpolar Conference" ist Mary Simon aus Kuujjuaq im kanadischen Quebec.

Die 38jährige Mutter von drei Kindern wurde gestern in Kotzebue im US-Bundesstaat Alaska zur Nachfolgerin des nicht mehr kandidierenden 38jährigen Grönländers Hans-Pavia Rosing bestimmt.

Ihre Wahl zum Abschluß der einwöchigen Konferenz bezeichnete Frau Simon als „Fortschritt für unser Volk". Sie sei ein Beweis dafür, daß jetzt auch in der Eskimo-Gesellschaft der Frau eine aktive Rolle außerhalb der Familie zugestanden werde. Im Rahmen einer internationalen arktischen Politik müßte nach ihren Worten sichergestellt werden, daß das Nordpolargebiet eine atomwaffenfreie Zone bleibe.

Moskaus neuer UNO-Botschafter

rtr, Moskau

Der Berufsdiplomat Alexander Belonogow wird neuer Ständiger Vertreter der Sowjetunion bei den Vereinten Nationen. Das teilte das Außenministerium in Moskau gestern mit. Der 55jährige Belonogow, der in den vergangenen beiden Jahren Botschafter in Ägypten war, ist Nachfolger von Jurij Dubinin, der die Sowjetunion nur zwei Monate bei der UNO und im Weltsicherheitsrat vertreten hatte. Dubinin wechselte im Mai von New York nach Washington, wo er den Posten des Botschafters der UdSSR in den USA übernahm. Sein Vorgänger bei der UNO, Oleg Trojanowski, der zehn Jahre im Amt gewesen war, ging als Botschafter nach Peking. Seit dem Amtsantritt von Parteichef Gorbatschow im März 1985 hat die UdSSR in mehr als 30 Ländern ihre Diplomaten ausgewechselt, darunter in der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien und China.

Peking durchbricht das Konkurs-Tabu

AFP, Peking

Mit der Bekanntgabe des ersten Konkurses eines Kollektivbetriebs ist in China ein als unantastbar geltendes Tabu gebrochen worden.

Kurz nachdem ein Vertrauter des chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang eine Bankrotterklärung zu einer „notwendigen kapitalistischen Methode" deklariert hatte, gaben die zuständigen Behörden der Stadt Shenyang in der Provinz Liaoning den Konkurs eines Betriebes und den damit verbundenen Verlust von 72 Arbeitsplätzen bekannt.

Betroffen ist das seit zehn Jahren völlig verschuldete Unternehmen Explosion-Proof Apparatus, das Sprengkörper herstellt. Der zur Konkursmasse gehörende Firmenbesitz soll versteigert und der Erlös unter den 219 Gläubiger aufgeteilt werden. Die Mehrheit der entlassenen Beschäftigten wird sechs Monate lang 70 Prozent ihres bisherigen Einkommens vom Staat beziehen. Wenn sie in der Zeit keine Arbeit gefunden haben, sinkt ihr Arbeitslosengeld auf 30 Prozent.

Die als „historisch" geltende Entscheidung, einen Konkurs anzumelden, zeugt nach Ansicht westlicher Beobachter von dem Willen der chinesischen Führung, die Grundfesten der sozialistischen Planwirtschaft zu lockern.

Der Schritt war bereits im März von der chinesischen Presse angedeutet worden, und der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses hat im Juni eine Gesetzesvorlage zum Thema Konkurs geprüft. Der Entwurf soll dem Volkskongreß zu Beginn der kommenden Sitzungsperiode vorgelegt werden. Neben Shenyang wurden die beiden Großstädte Wuhan und Chongqing dazu bestimmt, erste Erfahrungen mit dem Vorgehen bei Konkursen zu machen.

Die chinesische Führung ist ganz offensichtlich entschlossen, ihren im Oktober 1984 eingeschlagenen wirtschaftlichen Reformkurs fortzusetzen. Der „passive Widerstand", der den Wirtschaftsreformen von der mächtigen Bürokratie entgegengebracht wird, wurde vor kurzem von Parteichef Hu Yaobang kritisiert. *Zahlreiche Direktoren* von Unternehmen arbeiteten lediglich „der Form halber" und um sich „dem derzeitigen politischen Klima anzupassen, sagte Hua.

Mit der Möglichkeit, defizitäre Staatsbetriebe zu schließen, hat die chinesische Führung jetzt ein entscheidendes Druckmittel gegen jene Betriebe in der Hand, die nicht die geforderten Reformen vornehmen. Beobachter sind jedoch der Ansicht, daß der Bankrott der Firma in Shenyang nicht notwendigerweise gleich eine ganze Serie von Konkursen nach sich ziehen wird.

Auf Gewinn aus zu sein, ist in der Volksrepublik eine recht neue Denkweise. Die Fabriken, deren Ausstattung oft hoffnungslos überaltert ist, sind im allgemeinen personell überbesetzt.



In den Kindergärten gebe es praktisch gar keine Musikerziehung mehr, und der Schulunterricht in diesem Fach sei zur „reinen Schallplatten-Didaktik" heruntergekommen, klagen die Instrumentenbauer. Sie wollen deshalb Abhilfe schaffen: Ein Seminarprogramm für Kindergärtner und ein Institut für die Musikdidaktik an Schulen sollen das Interesse und den Absatz beleben. (S. 11) FOTO:DPA

FÜR DEN ANLEGER

Mengentender: Die Bundesbank bietet zwei neue Mengentender an: Tranche eins mit einem Festzins von 4,35 Prozent für 28 Tage, Tranche zwei mit einem Festzins von 4,4 Prozent für 63 Tage, beide ab 6. August.

Währung: Der Dollar bröckelt weiter ab: Sein amtlicher Mittelwert lag gestern mit 2,0801 DM auf dem tiefsten Stand seit dem 20. März 1981. Auch das britische Pfund sackte auf ein historisches Tief: Mit 3,065 DM war es gestern gut vier Pfennig schwächer als am Freitag. Das irische Pfund wurde in Frankfurt mit 2,7750 leicht über dem neuen Mittelkurs von 2,7600 DM gehandelt.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 249,48 (250,49); Chemie: 143,02 (144,33); Elektro: 288,53 (287,97); Auto: 634,55 (640,31); Maschinenbau: 142,51 (139,34); Versorgung: 143,92 (143,79); Banken: 388,71 (390,41); Warenhäuser: 153,92 (153,56); Bauwirtschaft: 477,28 (467,31); Konsumgüter: 168,04 (166,96); Versicherung: 1346,89 (1362,38); Stahl: 148,72 (148,03).

Nachbörse: uneinheitlich

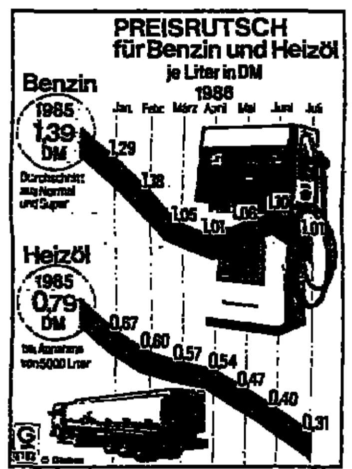
WELTWIRTSCHAFT

Frankreich: Das französische Handelsbilanzdefizit gegenüber der Bundesrepublik ist wieder gewachsen. Grund ist unter anderem die Belebung der Konjunktur im Nachbarland. (S. 10)

Abschottung: In Brasilien tätige ausländische Pharmaunternehmen sollen nur noch dann importieren dürfen, wenn die Inlandsproduktion den Bedarf nicht dekken kann. Damit will Brasilien eine weitere Branche gegen ausländische Konkurrenz schützen.

Österreich: Im Herbst wird über die Umschuldung von rund 2 Mrd. Dollar mit den Banken verhandelt. Damit soll ein noch stärkerer Anstieg des Haushaltsdefizits verhindert werden.

MÄRKTE & POLITIK



Opec-Sackgasse: In Genf ist nach Ansicht des kuwaitischen Ölministers nicht mit einer Einigung über eine Quotenregelung zu rechnen. Dieses Thema könnte im Dezember noch einmal zur Sprache kommen. Der Minister hält weitere Ölpreissenkungen für möglich. (S. 10)

Bauwirtschaft: 6,6 Mrd. DM weniger als geplant hat die öffentliche Hand für Baumaßnahmen ausgegeben, klagt die betroffene Industrie. Besonders sparsam waren die Kommunen. (S. 10)

Alkohol: Die Hersteller alkoholischer Getränke sind zornig. Auf der einen Seite werden sie als „Drogenproduzenten" öffentlich diffamiert, auf der anderen tragen sie kräftig zum Steueraufkommen bei. (S. 10)

Marketing: Sesam, eine intelligente Kombination von Warenprobe und Fragebogen, verhalf vielen *Markenartikeln zu höheren* Marktanteilen. Die Referenzliste reicht vom Axel Springer Verlag bis Wasa. (S. 10)

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	1.8.	31.7.	1.7.86	1.8.85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	138,75	135,00	165,00	286,00	97,00
Normalbenzin 0,15 g Bleigehalt	–	102,00	139,00	265,00	88,00
Diesel (EG-Material)	87,00	96,00	104,00	226,00	84,00
Heizöl 1,0 % S	–	52,00	62,00	142,00	37,00
Heizöl 3,5 % S	45,50	44,00	51,00	139,00	29,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Küppersbusch: Mit dem „idealen" neuen Kooperationspartner Vaillant will die ehmalige AEG-Tochter wieder auf den Wachstumspfad zurückkehren. (S. 11)

SEL: Der Ausstieg aus der Fertigung von Audiogeräten wird bis Ende des Jahres vollzogen. Dann übernimmt der japanische Elektronikkonzern Sanyo die Produktionsstätte in Malaysia. (S. 11)

Voest-Alpine: Der schon als perfekt gemeldete Verkauf des US-Stahlwerks Bayou ist im letzten Moment doch noch gescheitert. Der Käufer will den Preis von 87 auf 60 Mill. Dollar drücken.

600 Jahre lang kamen die Gelehrten von der Heidelberger Universität ohne moderne Kopiergeräte aus ...

Aus einer Pressemitteilung der Toshiba Europa GmbH, Neuss

Ifo: Das Wirtschaftswachstum setzt sich im kommenden Jahr fort

Im Herbst 1987 soll die Zahl der Arbeitslosen die Zwei-Millionen-Grenze unterschreiten

DANKWARD SEITZ, **München**

Wenn auch die Konjunkturentwicklung in der Bundesrepublik im ersten Halbjahr 1986 enttäuschend verlief – statt der erwarteten 3,5 Prozent erhöhte sich das reale Sozialprodukt nur um 2,5 Prozent –, besteht nach der jüngsten Konjunkturanalyse des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung kein Grund zum Pessimismus. Vielmehr kann inzwischen davon ausgegangen werden, daß sich der Konjunkturaufschwung jetzt wieder leicht beschleunigt und sich 1987 fortsetzen wird.

Nach der gegenwärtig absehbaren gesamtwirtschaftlichen Konstellation rechnet das Ifo für das kommende Jahr mit

– einem Anstieg des Bruttosozialprodukts um 2,5 bis drei Prozent nach 2,5 (2,4) Prozent im Jahr 1986,

– einer weiteren Zunahme der Beschäftigtenzahl um erneut ein Prozent auf 22,65 (22,43 nach 22,18) Millionen Arbeitnehmer,

– einem weiteren Rückgang der Arbeitslosenquote auf 8,7 Prozent nach 9,0 Prozent in 1986 und 9,4 Prozent in 1985 sowie

– einem leichten Anziehen der Verbraucherpreise um 1,5 Prozent nach Null beziehungsweise 2,2 Prozent in den beiden Vorjahren.

Zwar dürfte der private Verbrauch 1987 um etwa einen Prozentpunkt schwächer zunehmen als im laufenden Jahr (plus 4,5 Prozent). Diese Einbuße an konjunktureller Schubkraft *werde jedoch wieder durch stärker* expandierende Exporte (2,5 nach 1,0 Prozent) wettgemacht. Verhältnismäßig gut bleiben dürften die Investitionsbedingungen bei einer Wachstumsrate der realen Ausrüstungsinvestitionen von unverändert sechs Prozent. Erstmals seit 1982 werde dann im Herbst 1987 die Zahl der Arbeitslosen die Zwei-Millionen-Grenze unterschreiten; für Ende 1986 werden 2,15 (2,23) Millionen Arbeitslose erwartet.

Zugrunde gelegt wurden der Prognose unter anderem die Annahmen, daß sich die Expansion in den westlichen Industrieländern fortsetzt, der Dollarkurs im Jahresdurchschnitt auf 2,10 bis zwei DM sinkt, der Ölpreis sich etwa auf dem Niveau von 1986 bewegt und die Tariflöhne etwa in dem Ausmaß wie in diesem Jahr steigen. Risiken sieht das Ifo vor allem in der weltwirtschaftlichen Entwicklung, wobei es in den USA frühestens im zweiten Halbjahr 1987 zu einer Rezession kommen dürfte.

Obwohl sich damit der Konjunkturaufschwung 1987 im fünften Jahr fortsetzen wird, ist es nach Ansicht des Ifo noch nicht gelungen, ein *Wachstum zu erreichen, bei dem die* Beschäftigung so stark zunimmt, daß die Arbeitslosigkeit zügig abgebaut wird. Noch einmal kritisiert das Institut daher die Bundesregierung, den für 1988 geplanten zweiten Schritt der Steuerreform nicht auf 1986 oder wenigstens 1987 vorgezogen zu haben, um die Wachstumsbedingungen zu verbessern.

In Anbetracht des weiterhin fla*chen Wachstumspfades ist die Fi*nanzpolitik nun aufgerufen, so das Ifo, möglichst rasch einen überzeugenden Beitrag zur Förderung der Konjunktur zu leisten. Da die zweite Stufe der Steuerreform zu spät komme, sollte möglichst schon 1987 mit der stufenweisen Einführung eines umfassenden Reformkonzepts begonnen werden.

Mehr neue Unternehmen als in die Pleite gehen

Institut der Wirtschaft: Bald zwei Millionen deutsche Firmen

A. G. **Bonn**

Vor falschen Schlußfolgerungen aus der leichten Zunahme der Insolvenzen im vierten Jahr des Aufschwungs hat das Institut der deutschen Wirtschaft gewarnt. Wenn die Insolvenzmeldungen in den ersten fünf Monaten 1986 das hohe Vorjahresniveau nochmals um 1,4 Prozent übertrafen, so sei dies kein Anzeichen für eine Schwäche der deutschen Konjunktur.

Denn den Konkursen und Vergleichen stünden deutlich mehr Unternehmensgründungen gegenüber. Die Zahl der Firmen nehme daher beständig zu und nähere sich inzwischen der Zwei-Millionen-Marke. Im übrigen zeige das Risiko, wegen Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung aufgeben zu müssen, eine rückläufige Tendenz.

Wie das Institut betont, besitzt die Zahl der Insolvenzen angesichts des derzeit wachsenden Unternehmensbestandes eine andere ökonomische Qualität als beispielsweise bei sinkenden Unternehmenszahlen. Das vor allem, weil das Insolvenzrisiko bei jungen Unternehmen überdurchschnittlich hoch zu veranschlagen sei. Hinzu komme, daß die Eigenkapitalschwäche der deutschen Unternehmen, besonders der neugegründeten, das Insolvenzrisiko zwangsläufig erhöhe. Andererseits müsse berücksichtigt werden, daß die Insolvenzen nur den Ausnahmefall für das Ausscheiden aus dem Geschäftsleben darstellten.

Die weitaus meisten Liquidationen verlaufen nämlich „still". Entscheidend sei, daß der Bestand an Unternehmen insgesamt ansteige. Allein 1983 und 1984 gab es einen Zuwachs von insgesamt rund 100 000 Unternehmen und freiberuflichen Existenzen. Dabei wies auch das verarbeitende Gewerbe, das von 1970 bis 1982 rund 53 000 Unternehmen verlor, einen wachsenden Unternehmensbestand auf.

Gemessen an der steigenden Zahl der Unternehmen war das Insolvenzrisiko in allen Wirtschaftsbereichen zuletzt abnehmend: 1984 wurden 0,66 Prozent der Firmen insolvent (1982: 0,69 Prozent). Am meisten gefährdet ist die Bauwirtschaft mit einem Vergleichs- und Konkursrisiko von 1,44 Prozent.

Indirekte Kapitalbeteiligung forciert

Zweite Gesetzesstufe der Vermögensbildung soll Anfang 1987 in Kraft treten

HEINZ STÜWE, **Bonn**

Bereits zum 1. Januar 1987 soll die staatliche Förderung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand beträchtlich ausgeweitet werden. Das Bundeskabinett will morgen den Entwurf eines zweiten Vermögensbeteiligungsgesetzes beschließen, der als „besonders eilbedürftig" eingestuft ist. Unmittelbar nach dem Ende der Sommerpause soll die Beratung im Bundestag aufgenommen werden.

Ziel des Gesetzes ist es, Arbeitnehmern die außerbetriebliche Beteiligung vor allem an mittelständischen Unternehmen zu erleichtern und damit die Grundlage für tarifvertragli*che Regelungen zur Aufstockung* der vermögenswirksamen Leistungen zu schaffen. Zu diesem Zweck werden im Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften Sondervermögen zugelassen, die außer Wertpapieren auch stille Beteiligungen an nicht börsennotierten Gesellschaften erwerben dürfen.

Arbeitnehmer, die Anteilsscheine dieser besonderen Investmentfonds kaufen, können dafür künftig den Höchstsatz der Arbeitnehmersparzulage von 23 Prozent (für Ledige) oder 33 Prozent (für Verheiratete) beanspruchen. Zudem werden GmbH-An*teile neu in den Anlagekatalog* des Vermögensbildungsgesetzes aufgenommen.

Mit der ersten Gesetzesstufe, die am 1. Januar 1984 in Kraft trat, war der begünstigte Höchstbetrag für Beteiligungstitel von 624 auf 936 DM erhöht worden. Zu der damals eingeleiteten Schwerpunktverlagerung bekennt sich die Bundesregierung ausdrücklich: „Nachdem die Vermö*genspolitik jahrzehntelang fast aus*schließlich durch die Förderung des Konten-, Lebensversicherungs- und Bausparens geprägt war, soll die Vermögenspolitik der 80er Jahre eindeutig im Zeichen der Förderung der Arbeitnehmerbeteiligung am Kapital der Wirtschaft stehen", heißt es in der Begründung des neuen Gesetzes. Sie solle überdies die Kapitalausstattung und Investitionskraft der Unternehmen verbessern und so helfen, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen.

Die jetzt geplanten Regelungen seien notwendig, weil die Beteiligung am arbeitgebenden *Unternehmen* nur für einen Teil der Beschäftigten in Betracht komme und die außerbetriebliche Beteiligung sich bisher vorwiegend auf wenige große Aktiengesellschaften beschränke. Der Anlegerschutz ist, so die Bundesregierung, durch das Investmentgesetz gewährleistet. Zudem ist für die Beteiligungs-Sondervermögen eine breite Risikostreuung vorgeschrieben.

*Zweiter Kernpunkt des neuen Ge*setzes ist die Erhöhung des Lohnsteuerfreibetrages nach Paragraph 19a Einkommensteuergesetz für Beteiligungswerte, die den Arbeitnehmern unentgeltlich oder verbilligt überlassen werden, von bisher 300 auf 500 DM jährlich. Die Bundesregierung rechnet hier mit Steuermindereinnahmen von 70 Mill. DM im Jahr.

Wirrwarr um Chips

Von JOACHIM WEBER

Die Amerikaner haben es wieder einmal geschafft, wenn auch mit (gar nicht so sanfter) Gewalt: Die Japan GmbH mußte einlenken und sich verpflichten, künftig auf *Dumping-Preise beim Export elek*tronischer Bauelemente in die USA, aber auch in Drittländer, zu verzichten. Und nicht nur das – die Japaner mußten sich zähneknirschend bereit erklären, den eigenen Markt stärker für US-Anbieter zu öffnen.

Als nennenswerte Gegenleistung winkt ihnen nach erstem Augenschein lediglich die Einstellung mehrerer peinlicher Dumping-Verfahren. Ob indessen wirklich alles Dumping war, was die US-Konkurrenten so sehen wollten, oder ob die Japaner auf Teilgebieten schlichtweg besser sind, sei dahingestellt.

Marktanteile von mehr als 50 Prozent in bestimmten Produktbereichen müssen die Unternehmer im Heimatland der Chips auf jeden Fall gewurmt haben. So kommt die Vereinbarung nicht unerwartet. Länger als zwölf Monate wurde bereits verhandelt, und nur mit der ultimativen Androhung massiver Strafzölle gelang es den US-Unterhändlern, das Zeit-Spiel der Japaner abzuwürgen.

Die europäischen Hersteller von Mikrochips werden die Folgen des Deals spüren, den die USA und Japan ausgehandelt haben. Denn so manches Schnäppchen auf ihrem Spezialitätenmarkt wird verlorengehen.

Die Chips-Produzenten im Land der betont freien Marktwirtschaft haben den staatlich überwachten Schutzschirm inzwischen bitter nötig. Umsatz- und Gewinneinbrüche, Pleiten und Massenentlassungen zeichnen das Branchenbild. Neben den japanischen Attacken haben *dazu* jedoch auch eigene Fehlleistungen beigetragen.

In schönem Einklang mit den Computerbauern haben auch deren Zulieferer aus der Bauelementeindustrie die Marktentwicklung gründlich überschätzt. In einer Elektronik-Euphorie, wie sie den Europäern bislang glücklicherweise erspart geblieben ist, errichtete man allerorten neue Chips-Kapazi*täten, ohne überhaupt die Absatz*chancen zu prüfen. Die Rückzugsgefechte der Pleite-Unternehmen sorgten dann für einigen Wirrwarr auf dem Markt – ganz ohne Zutun der Fernost-Konkurrenten.

Zudem haben die Japaner eins immer besser verstanden als die Amerikaner, die nicht nur den Chip, sondern auch diese Strategie ursprünglich entwickelt hatten: Jedem Bauteil seinen (Massen-)Markt bereits dadurch mit auf den Weg zu geben, daß man die zugehörigen Endprodukte gleich mitkreierte und über aggressives Marketing in *Massen in die Märkte drückte.*

Schon das geringe Engagement der Europäer im Kampf um die Preise der Massen-Chips, die zu wesentlichen Teilen in die Computerherstellung wandern, macht es deutlich: In diesem Revier haben sie allesamt wenig zu melden. Nachdem sie in den siebziger Jahren allesamt erst seelenruhig die Startlöcher zu graben begannen, als die Amerikaner mit Nippons Söhnen an den Fersen schon die ersten Kurven im Rennen um die neue Technik hinter sich gebracht hatten, gelang der Anschluß an den Markt nicht mehr – die USA und Japan machen das Geschäft unter sich aus.

Den west-östlichen Deal werden die Europäer gleichwohl zu spüren bekommen. Dabei sind die Chips-Hersteller, die sich – wie etwa Siemens und Valvo (Philips) in Deutschland – mit der inzwischen nachgezogenen technischen Fertigkeit mehr auf Spezialprodukte konzentriert haben, erst in zweiter Linie betroffen. Denn mit den fernöstlichen Standardprodukten konkurrieren sie nur zu einem geringeren Teil.

Diskriminiert könnten sie sich dadurch fühlen, daß die Amerikaner nur sich selbst den erweiterten Zugang zum japanischen Halbleiter-Markt gesichert haben. Auch wenn die Japaner umgehend betont haben, daß die Ausweitung der Importe auf 20 Prozent Marktanteil auch anderen zugutekommen soll.

Wirklich betroffen aber könnten die europäischen Käufer der Standard-Chips sein. Die über den Kopf der EG hinweg beschlossene Exportpreis-Kontrolle auch in Drittländern dürfte ihnen manches Schnäppchen zunichte machen, in *dessen Genuß sie bisher im Schwei*nezyklus-Markt der elektronischen Bausteine kamen. Und es steht außer Frage, daß die Europäer es nicht hinnehmen können, wenn ihnen die Einkaufspreise in so essentiellen (weil Wachstum verheißenden) Bereichen wie der Informations- und Kommunikationstechnik von den Eigeninteressen der US-Konkurrenz diktiert werden.

Gewerkschaft kritisiert Steuerverwaltung

A. G. **Bonn**

Massive Kritik an der Steuerverwaltung hat die Deutsche Steuer-Gewerkschaft in einer Eingabe an die *Finanzminister von Bund und Län*dern geübt. Wie deren Bundesvorsitzender Werner Hagedorn schreibt, habe die Finanzämter inzwischen eine Arbeitsflut erreicht, die die Operationsmöglichkeiten der Steuerverwaltung insbesondere bei der Bekämpfung der Steuer- und Wirtschaftskriminalität gegen Null habe schrumpfen lassen.

So seien allein von 1963 bis 1984 die Veranlagungsfälle bei der Einkommensteuer um 230 Prozent und bei der Körperschaftsteuer um 346 Prozent gewachsen. Die Zahl der Einsprüche stieg um über 172 Prozent, aber das Personal sei seit Anfang der achtziger Jahre global abgebaut worden. Und das geschehe vor dem Hintergrund einer „chaotischen Steuergesetzgebung". Trotz der schöngefärbten Etikette sei das Steuerrecht *immer komplizierter geworden und* Steuervereinfachung zu einer „naiven Illusion" verkümmert.

Hagedorn fordert von den Finanzministern eine gezielte Zusammenarbeit. Sie müßten die Steuerrechtspflege endlich als Gemeinschaftsaufgabe begreifen. Der Bundesgesetzgeber könne nur Gesetze erlassen, die die Steuerverwaltungen der Länder auch vollziehen könnten, heißt es in der Eingabe weiter.

Bangemann zu Gesprächen in Ägypten

A. G. **Bonn**

Die schwierige Wirtschaftslage Ägyptens wird im Vordergrund der viertägigen Regierungsgespräche ste*hen, zu denen Bundeswirtschaftsmi*nister Martin Bangemann heute nach Kairo reist. Mit dem Ministerpräsidenten, dem Außenminister, dem Planungsminister, dem Wirtschaftsminister und dem Industrieminister wird Bangemann über die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und die Möglichkeiten des ägyptischen Schuldenabbaus sprechen. Außerdem ist ein Treffen mit Präsident Mubarak vorgesehen.

Dem Vernehmen nach will Bangemann auf eine multilaterale Umschuldung dringen. Die gesamte Auslandsverschuldung Ägyptens beläuft sich auf 30 Milliarden US-Dollar, der Schuldendienst allein auf 3,5 bis vier Milliarden Dollar pro Jahr. Das deutsche Ausfuhrbürgschaftsobligo liegt bei über vier Milliarden Mark.

Dem Wunsch der ägyptischen Regierung nach bilateraler Unterstützung möchte die Bundesregierung durch Förderung ägyptischer Exporte in die Bundesrepublik Deutschland nachkommen. Für das kommende Jahr ist ein entsprechendes Exportförderungsseminar vorgesehen. Irgendwelche Finanzhilfen hat Bangemann allerdings nicht im Gepäck. Sein jetziger Besuch hat aus teminlichen Gründen schon mehrfach verschoben werden müssen.

AUF EIN WORT



„Wer Kernenergie aus prinzipiellen Überlegungen in Frage stellt – und es ist kurzsichtig, wenn Bergbauländer dieses machen –, muß sich gar nicht wundern, wenn er in seinem eigenen Tor die Forderung nach einer Neubewertung der Kohlepolitik wiederfindet."

Dr. Ulrich Engelmann, Ministerialbeamter und energiepolitischer Experte im Bundeswirtschaftsministerium. FOTO: DIE WELT

OPEC: Vorschlag Irans zu neuen Fördermengen

dpa/VWD, Genf

Iran hat überraschend einen neuen Vorschlag zur Lösung der Krise innerhalb der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) gemacht. Wie aus Delegationskreisen zu hören war, ist der Vorschlag von der OPEC-Konferenz positiv aufgenommen worden. Die Ölminister sollten sich darüber mit ihren Staatschefs beraten.

Nach diesen Informationen hat der iranische Minister Gholamreza Aghazadeh angeregt, die OPEC-Produktion kurzfristig auf ein Niveau zwischen 16 und 17 Mill. Barrel (je 159 Liter) täglich zu reduzieren. Die aktuelle *OPEC-Fördermenge* liegt bei 20 Mill. Barrel pro Tag. Die Länder sollen danach ihre Quote auf das Niveau von Ende 1984 zurückschrauben. Ausgenommen sei der Irak, der soviel produzieren darf, wie er möchte, und Ecuador, das eine zusätzliche Fördermenge erhalten soll.

Der neue Vorstoß wird mit einem offenen Brief des irakischen Staatspräsidenten Saddam Hussein an Iran in Verbindung gebracht, wonach Hussein eine Beendigung des Golfkrieges angeregt habe. In Genf wurde für den späten Nachmittag eine Pressekonferenz zum Thema Iran/Irak-Krieg anberaumt.

Frankreich steigert die Autoproduktion

J. Sch. Paris

Die Halbjahresergebnisse der französischen Automobilindustrie sind besser als erwartet ausgefallen. Ihre Pkw-Produktion erhöhte sich um 5,6 Prozent auf 1,43 Mill. Einheiten. Der Export stieg um 1,8 Prozent auf 0,81 Mill. Einheiten, dabei aber um 14,3 Prozent in die EG, die 77,2 Prozent der Gesamtausfuhren abnahm. Die Neuzulassungen nahmen insgesamt um 4,6 Prozent auf 0,93 Mill. Einheiten zu, woran ausländische Marken mit 36 Prozent beteiligt waren. Der Marktanteil von Peugeot erreichte 32,9 Prozent, Renault lag bei 30,7 Prozent.

Aber die beiden nationalen Marken, vor allem aber Renault, konnten *in den letzten Monaten ihren Anteil* wieder etwas erhöhen. Auch die Zuwachsraten der Produktion und Exporte waren mit 22 bzw. acht Prozent wesentlich besser als im Halbjahresvergleich.

Der Nutzfahrzeugsektor entwickelte sich unterschiedlich: in der Klasse unter fünf Tonnen stiegen die Zulassungen um 15,2 Prozent und die Exporte um 17,5 Prozent, was eine Produktionssteigerung um 13,2 Prozent erlaubte. Bei den Schwernutzfahrzeugen (über fünf Tonnen) dagegen ging der Export um 17 Prozent und die Produktion um 10,1 Prozent zurück, obwohl die Zulassungen um 10,3 Prozent zunahmen. Im Juni zog allerdings auch hier die Produktion wieder an.

Die Exporte nach Frankreich nahmen zu

Die deutsche Wettbewerbsposition beim wichtigsten Handelspartner weiter verbessert

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Das französische Handelsbilanzdefizit gegenüber der Bundesrepublik, ihrem größten Handelspartner, ist in den letzten Monaten stark gestiegen. Allein im Juni erreichte es vier Mrd. Franc. Für das erste Halbjahr kumuliert sich damit der Passivsaldo auf 19,3 Mrd. Franc gegenüber 13,9 Mrd. Franc in der gleichen Vorjahreszeit und 28 Mrd. Franc im Gesamtjahr 1985.

Diese Verschlechterung kann nicht nur der jüngsten Francabwertung um 5,8 Prozent zugeschrieben werden, die zunächst die Importe aus Deutschland beträchtlich verteuerten. Im ersten Halbjahr stiegen sie in Franc um zehn Prozent und im Jahresvergleich Juni um 16 Prozent. Auch mengenmäßig erhöhten sich die Einfuhren nämlich stärker als zuvor. Dies war vor allem auf die französische Konjunkturbelebung zurückzuführen. Nachdem zum ersten Mal seit zwei Jahren die Kaufkraft der Bevölkerung wieder anzog – eine Folge der Desinflation aber auch einer weniger strikten Einkommenspolitik – beflügelte sich der private Verbrauch. Davon profitierte offensichtlich die deutsche Wirtschaft im besonderen Maße. Sie konnte allerdings auch ihren Investitionsgüterexport nach Frankreich steigern, obwohl in diesem Sektor die Konjunktur verhältnismäßig schwach geblieben war.

Dies alles spricht dafür, daß sich die deutsche Wettbewerbsposition in Frankreich entgegen den Erwartungen nicht verschlechtert, sondern eher noch verbessert hat. Allerdings haben viele deutsche Unternehmen ihre Frankreich-Preise unverändert gelassen und den Abwertungsnachteil aus ihren Erträgen bestritten, die vor der Abwertung allerdings sehr beträchtlich gewesen waren. Dazu kam die relative Preisunempfindlichkeit für deutsche Investitionsgüter.

Umgekehrt konnte Frankreich seinen Export in die Bundesrepublik im ersten Halbjahr nur um *nominal 3,3* Prozent ausweiten. Die französische Exporteure haben also aus der günstigeren deutschen Konjunkturentwicklung kaum Nutzen gezogen. Das lag zwar zum Teil daran, daß sie ihre Deutschland-Preise nicht ermäßigten und vielfach den Abwertungsgewinn in die eigene Tasche steckten. Hauptsächlich schreibt man diese Exportschwäche aber der verstärkten Konkurrenz auf dem deutschen Markt zu. Japan, Italien und Belgien insbesondere konnten dort ihren Absatz wesentlich stärker ausweiten.

Die französische Wettbewerbsposition auf dem deutschen Markt scheint sich danach weiter verschlechtert und die deutsche auf dem französischen Markt weiter verbessert zu haben, auch wenn der französische Anteil an den deutschen Importen im Jahresvergleich der ersten fünf Monate auf 11,5 (11,1) Prozent zugenommen hat. Erstens handelt es sich dabei um Nominalwerte und zweiten reduzierte die Bundesrepublik ihren Mineralölimport beträchtlich.

Inzwischen hat der Franc gegenüber der DM seinen neuen Mittelkurs (100 DM = 30,71 Franc) praktisch erreicht, *nachdem er bisher in der Nähe* seiner obersten Interventionsgrenze (31,42 Franc) notiert wurde. Die zusätzliche Abwertung müßte mittelfristig die französischen Absatzchancen in der Bundesrepublik verbessern. Allerdings weiß man schon jetzt, daß die französischen Lebensmittelexporte, die in der Deutschland-Ausfuhr eine große Rolle spielen, auch in den nächsten *Monaten eher nachlassen* werden.

Bernard Tapie macht Kasse für neue Projekte

100 Millionen Franc für „La vie Claire" – Zusammenarbeit mit Thomson und Toshiba

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Frankreichs „Wunderunternehmer" Bernard Tapie macht wieder einmal von sich reden. Nachdem er in den letzten Jahren vor allem mit dem systematischen Aufkauf von in Konkurs geratenen Unternehmen – oft zum symbolischen Preis von einem Franc – in Erscheinung getreten war, geht es ihm jetzt darum, seinen heterogenen Konzern mit schätzungsweise *einer Mrd. DM Umsatz zu konsolidieren.* Zur Tilgung der Schulden aber wohl auch um neue Aktionen zu finanzieren, hat er in den letzten Tagen das Modehaus Grés an Esterel verkauft und 38 Prozent seiner Reformhausgruppe „La vie Claire" dem britischen Lebensmittelkonzern Booker abgetreten.

Während ihm die Grés-Transaktion nur etwa 10 Mill. Franc eingebracht haben soll, erlöste Tapie aus dem britischen Geschäft 9,7 Mill. Pfund oder fast 100 Mill. Franc. Dies ist ein stolzer Preis, wenn man bedenkt, daß die Claire-Gruppe letztes Jahr nur 200 Mill. Franc umgesetzt und 10 Mill. Franc Reingewinn verbucht hat.

Aber diese Ertragsperspektive war für Booker wohl nicht der entscheidende Grund. Vielmehr lugt der Lebensmittelkonzern schon seit längerer Zeit nach einem Partner, der ihm erlaubt, in den USA Fuß zu fassen. Dort ist die Tapie-Gruppe zwar noch *nicht sehr stark vertreten,* aber ihr Bekanntheitsgrad – einschließlich La vie Claire – hat sich schlagartig verstärkt, nachdem der von Bernard Tapie gesponsorte amerikanische Radrennfahrer Gred Lemond die Tour de France gewonnen hatte.

So versteht Bernard Tapie auch, seine Sponsortätigkeit in bare Münze umzusetzen. Bisher hatte ihn und seine Produkte vor allem Bernard Hinault – der diesmal nur zweiter bei der Tour geworden ist – bekannt gemacht. Nicht zuletzt deshalb nahm sein Sportartikelgeschäft starken Aufschwung, vor allem bei den Skiausrüstungen mit der Marke „Look", deren Weltvertrieb er jetzt Esterel anvertraute. So kann es hier durchaus zu einem neuartig konzipierten Modeunternehmen kommen, mit der Kombination der drei weltbekannten Namen Look-Grés-Esterel, zumal Tapie auch noch das mitbegründete Konfektionsunternehmen McMac besitzt.

An Projekten mangelt es Tapie jedenfalls nicht. So will er seinen Batteriebereich (Pile Wonder) verstärken und verhandelt deswegen mit der dänischen Gesellschaft LSN. Darüber hinaus plant er mit Thomson und Toshiba den Bau einer Fabrik für Mikrowellenherde und ganz allgemein interessiert er sich für Unternehmen des zu privatisierenden Sektors einschließlich einer Bank, wie er jetzt erklärte.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Bangelder auf Eis

Bonn (A. G.) – Äußerst besorgt zeigt sich die deutsche Bauindustrie über die wachsende Differenz zwischen den öffentlichen Haushaltsansätzen für Baumaßnahmen und den tatsächlichen Bauausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden. So seien die Bauausgaben der Gebietskörperschaften allein 1985 um 6,6 Mrd. DM hinter den Haushaltsansätzen zurückgeblieben. Ein Jahr davor seien es „nur" 3,9 Mrd. DM gewesen, teilte der Bauindustrie-Verband gestern in Bonn mit. Der weitaus größte Teil dieser Minderausgabe entfällt mit 5,4 Mrd. DM auf die Kommunen, den wichtigsten Auftraggeber der Bauindustrie.

Kooperation angemeldet

Berlin (dpa/VWD) – Die Tiffany-Gruppe, ein Spezialisierungskartell für Produktion und Vertrieb von Milch- und Molkereiprodukten, hat beim Bundeskartellamt in Berlin einen Kooperationsvertrag angemeldet. Wie aus einer Veröffentlichung im Bundesanzeiger hervorgeht, wollen die Partner bei sämtlichen Milch- und Molkereiprodukten sowie Desserts in Produktion, Marketing und Werbung, Vertrieb, Verwaltung und Einkauf umfassend kooperieren. An der Kooperation sind folgende Unternehmen beteiligt: Bayerische Milchversorgung GmbH, Nürnberg, Breisgaumilch GmbH, Freiburg, Hansa Meierei Hamburg e.G., Hamburg, Meierei Zentrale Berlin GmbH, Berlin, Milchhof Niedersachsen-Süd e.G., Isernhagen, Milchversorgung Rheinland e.G., Köln, und Milchwerke Westfalen e.G., Herford.

Lackfabrik übernommen

Böhl-Iggelheim (VWD) – Die Böhler Lackfabrik Georg Schöffler GmbH & Co KG, Böhl-Iggelheim/Pfalz, *gehört seit dem 1. August zum* Dyckerhoff-Konzern. Das Familienunternehmen wurde voll von der Dytec Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH übernommen, in der der Zement- und Baustoffkonzern seine Aktivitäten im Ausbaubereich zusammengefaßt hat. Die Böhler Lackfabrik erzielte 1985 mit 130 Beschäftigten einen Umsatz von rund 30 *Mill. DM.*

Verkauf geplatzt

Wien (VWD) – Der schon als perfekt gemeldete Verkauf des US-Stahlwerks Bayou der Voest-Alpne ist im letzten Moment gescheitert. Der Buntmetallkonzern RSR will für das chronisch defizitäre Stahlwerk nur noch 60 Mill. Dollar zahlen, nachdem im Kaufvertrag 87 Mill. Dollar vereinbart worden waren.

Stichtag bleibt

Bonn (A. G.) – Die Neuregelung der steuerlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums wird – wie vorgesehen – zum 1. Januar 1987 voll wirksam. Eine Verschiebung des Stichtags auf den 31. März 1987, wie von den freien Wohnungsunternehmen gefordert, lehnt die Bundesregierung nicht zuletzt aus Gründen des Vertrauensschutzes ab, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesbauministerium, Jahn, gestern in Bonn. Das Gesetz sei neun Monate vor seinem Inkrafttreten verabschiedet worden, und potentiellen Bauherren seien die Änderungspläne schon weit früher bekannt gewesen.

Hadag auf Kurs

Hamburg (dpa/VWD) – Die Hamburger stadteigene Reederei Hadag Seetouristik und Fährdienst AG liegt nach verlustreicher Expansion jetzt wieder gut auf Kurs. Wie die Vorstände Hans Claus Denker und Ulf Lange gestern in Hamburg in einem dpa/VWD-Gespräch berichteten, ist das 1984 nach dem Dilemma mit dem Kreuzfahrtschiff „Astor" erstellte Sanierungskonzept fast vollständig umgesetzt worden. 1985 wies die Gesellschaft noch einen Gesamtfehlbetrag von 9,7 Mill. DM aus.

Baupreise gestiegen

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Baupreise für Wohngebäude haben im Mai um 1,7 Prozent über dem Vorjahresniveau gelegen. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, wurde für Bürogebäude eine Preissteigerungsrate von 1,8 Prozent und für gewerbliche Gebäude von 2,1 Prozent ermittelt. Die Straßenbau-Preise stiegen von Mai 1985 bis Mai 1986 um 2,3 Prozent.

De-Benedetti-Gruppe weiterhin auf Expansionskurs

Zwei große Autozulieferer gekauft – Weitere Akquisitionen in den Bereichen Nahrungsmittel und Versicherungen

GÜNTER DEPAS, Mailand

Der von dem italienischen Industriellen Carlo de Benedetti kontrol*lierte Mischkonzern* setzt seine Politik der Akquisitionen unbeirrt fort. Nach dem vor kurzem erfolgten Erwerb der Kapitalkontrolle über die französische Autozubehörfirma Valeo hat die De-Benedetti-Autozubehör-Holding Sogefi jetzt auch die Kapitalmehrheit des größten italienischen Herstellers von Autofedern und -aufhängungen, der Firma Rejna in Mailand, übernommen. Die Firma Sogefi, an der die US-Fram-Corporation, eine Tochter des Allied-Konzerns, mit 40 Prozent beteiligt ist, war bisher nur in der Herstellung von Autofiltern tätig. Die neuen Akquisitionen sind darauf gerichtet, im Autozubehörbereich ein möglichst umfassendes Angebot zu schaffen. Im Autozubehörbereich setzten die Carlo de Benedetti kontrollierten Firmen Rejna, Sogefi und die italienische Tochter von Valeo im vergangenen Jahr zusammen fast 400 Mrd. Lire um. Im laufenden Jahr dürften daraus 500 bis 600 Mrd. Lire werden.

Zielstrebig vorangetrieben werden auch die Beteiligungen im Nahrungsmittelbereich. Nachdem durch Gerichtsbeschluß der Verkauf des staat*lichen Nahrungsmittelkonzerns SME* an die zur De-Benedetti-Gruppe gehörende Branchenschwester Buitoni vor wenigen Tagen für nichtig erklärt wurde, will Carlo de Benedetti jetzt seine Akquisitionstätigkeit vor allem ins Ausland verlegen. In den letzten Monaten erwarb Buitoni bereits drei mittlere Branchenfirmen in Italien und eine vierte (Davigel) in Frankreich. Im Nahrungsmittelbereich wird der Jahresumsatz der Konzernunternehmen im laufenden Jahr voraussichtlich über 1600 Mrd. Lire erreichen.

Parallel zu den Initiativen in der Industrie schiebt sich die De-Benedetti-Gruppe auch im Finanz- und Versicherungswesen immer weiter vor. Neueste Errungenschaft ist in diesem Fall die Kontrolle über das Versicherungsunternehmen Ausonia, das von der zum Konzern gehörenden Branchenschwester Latina Assicurazioni erworben wurde. Damit gebietet Carlo de Benedetti jetzt über einen Versichererkomplex mit jährlichen Prämieneinnahmen von rund 400 Mrd. Lire.

Finanziert werden die Akquisitionen *mit den Mitteln,* die sich die stark verschachtelten Finanzgesellschaften des Mischkonzerns am Aktienmarkt in den letzten Monaten zusammenemittiert haben. Insgesamt flossen mit diesen Operationen frische Kapitalmittel in Höhe von etwa 900 Mrd. Lire in die Kassen. Weitere Mittel werden hereinströmen, sobald die zur Börsennotiz vorgesehenen Tochtergesellschaften an die Börse kommen. Gegenwärtig ist die De-Benedetti-Gruppe einschließlich Ausonia mit 13 Konzerngesellschaften im Kurszettel der Mailänder Börse vertreten. Weitere vier, darunter die Autozubehör-Holding Sogefi, sollen demnächst zum Handel angemeldet werden.

Nach der Zahl der gehandelten Unternehmen steht der von Carlo de Benedetti geführte Mischkonzern schon jetzt an der Spitze vor der Fiat-Agnelli-Gruppe und der Gruppe von Unternehmen, die unter Kontrolle der Staatsholding IRI stehen. Was die Börsenkapitalisierung anbelangt, liegen die De-Benedetti-Gesellschaften auf dem dritten Platz. Hier beträgt ihr Anteil erst etwa 8 Prozent, gegenüber Fiat-Agnelli mit 23 und IRI mit 21 Prozent.

Die Konzernkontrolle übt Carlo de Benedetti über die Familienholding Cofide aus, die ihre Aktivitäten ihrerseits über die Finanzgesellschaft CIR und die Versicherungsgesellschaft Latina steuert. An CIR hängen nicht nur die Mehrheitsbeteiligung an dem Nahrungsmittelunternehmen Buitoni, sondern auch die Minoritätsquote (14 Prozent) des Informatikkonzerns Olivetti sowie die Beteiligungen im Maschinenbau (Sasib) und im Autozubehörbereich. Die CIR-Unternehmen setzten ohne Olivetti im vergangenen Jahr 1446,8 Mrd. Lire um, gegenüber erst 331,8 Mrd. Lire im Jahr vorher. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten von 3005 auf 8964. Die Differenz ist in beiden Fällen in erster Linie den Akquisitionen zuzuschreiben. Parallel zu der Erweiterung des Umsatzes erfolgte auch eine Ausdehnung der Gewinne (von 27,7 auf 56,5 Mrd. Lire) und der Dividende (von 85 auf 120 Lire).

Zeitgemäßes Verständnis

hg – Kinderlähmung ist schlimm, doch es gibt etwas, das ist noch viel schlimmer: Ein „unzeitgemäßes" Rollenverständnis von Männern und Frauen. Das hat jetzt die Frauen-Bevollmächtigte der hessischen Landesregierung, Vera Rüdiger, in einem Anfall von Scharfsinn herausgefunden. Deshalb setzte sie durch, daß ein bestimmter Spot, der im Hessischen Rundfunk und im Fernsehen die Teilnahme an der Schluckimpfung empfahl, nicht mehr gesendet wird: Die „Rollenklischees" in dieser Werbung passen ihr nicht.

Da werden zwei spielende Kinder – ein Junge und ein Mädchen – gefragt, was sie denn später einmal werden möchten. Der Junge sagt: „Das, was mein Papi ist", und das Mädchen antwortet: „Hausfrau". Das brachte Frau Rüdiger zu der Erkenntnis, daß es Männer gibt, denen die Betreuung von Kindern Spaß macht, und Frauen, die am väterlichen Beruf Gefallen finden. Darauf ist in der Tat noch niemand gekommen. Noch scharfsinniger ist die Konsequenz, die sie aus ihrer plötzlichen Eingebung zieht: Rollendiktate aus präemanzipatorischer Zeit hätten in den öffentlichen Medien nichts zu suchen und mithin auch nicht in der Werbung.

Droht dem hessischen Fernsehzuschauer und Radiohörer nun ausschließlich erhabene Langeweile mit dem rechten (linken) Rollenverständnis – anderes werden die Öffentlich-Rechtlichen nach dem Willen von Frau Rüdiger ja nicht mehr senden dürfen? Macht nichts, denn damit kann er leben. Es ist ja nur für eine kurze Zeit. Den Medien wird nämlich sehr bald das Geld zur Verbreitung von gesellschaftspolitischen Wunschvorstellungen ausgehen, weil Vera Rüdiger an dem Ast sägt, auf dem sie es sich bisher bequem gemacht haben: Die Werbe*einnahmen werden drastisch* zurückgehen, denn kein Markenartikler kann sich darauf einlassen, daß seine Werbung als Vehikel für das Rollenverständnis der hessischen Frauen-Bevollmächtigten herhalten soll. Er weiß, daß Verbraucher in solchen Fällen gelangweilt abschalten.

Die hessischen Bürger sollten sich allerdings weigern, mit der Aussicht zu leben, daß jetzt wieder mehr Kinder an Kinderlähmung erkranken könnten, weil die Werbung für die Schluckimpfung an der Emanzipationsneurose einer Politikerin scheitert. Sind zynische Politiker nicht fast so schlimm wie Kinderlähmung?

Nüchterne Erkenntnisse über die Werbung für alkoholische Getränke

VOLKER NICKEL, Bonn

„Die haben wohl einen über den Durst getrunken!" – „Die da oben in Bonn ertrinken ja in Vorurteilen." Es schäumt Empörung in Kreisen der Hersteller alkoholischer Getränke, nachdem die christlich-liberale Regierung in Bonn ihren Bericht „über die gegenwärtige *Situation* des Mißbrauchs von Alkohol, illegalen Drogen und Medikamenten in der Bundesrepublik" im Lande herumreicht. Alkoholische Getränke, so aufgebrachte Produzenten von Spirituosen, Wein, Bier und Sekt, würden damit zur „legalen Droge" herabgewürdigt.

Die gärende Aufregung kann verstehen, wer tiefer in das Glas staatlichen Verhaltens schaut – dort perlen die Widersprüche kräftig: Mehr als sechs Mrd. DM pro Jahr kassiert die Obrigkeit zusätzlich zur Mehrwertsteuer aus den Verbrauchsabgaben für Spirituosen (4,2 Mrd. Mark), Bier (1,3 Mrd. Mark) sowie für Schaumwein (0,7 Mrd. Mark). Und der Staat greift hier häufiger als in anderen Bereichen zur Flasche, um einen Steuerschluck zu nehmen. So stieg die Branntweinsteuer in den vergangenen zehn Jahren um zwei Drittel, bei Schaumwein gar fast um das Doppelte. Seitdem sitzen die Hersteller auf dem Trockenen. Längst ist Schluß bei ihnen mit hochprozentigen Zuwachsraten und Bilanzen. Das schafft Unmut. Sie dürften die Löcher im Haushalt des Staates stopfen, würden *aber andererseits in die Nähe* von Drogen-Produzenten gerückt, so mucken sie auf. Dies sei keineswegs damit gerechtfertigt, daß eine Minderheit von Konsumenten Alkoholmißbrauch betreibe. Weder Hersteller noch der überwiegende Teil der Verbraucher dürfen zu Produzenten und Konsumenten von Drogen abgestempelt werden, wenn sie ein Glas oder eine Flasche in die Hand nehmen, heißt es einhellig in der Branche.

Abgesehen von der Unbill mit dem verhängnisvollen Wort „Droge" haben die Hersteller aber auch Hoffnung auf bessere Einsicht. So erkennen die Bonner Regierenden in ihrem Bereich nicht nur, daß der Konsum alkoholischer Getränke hierzulande abnimmt – gerechnet nach reinem Alkohol von 12,4 Litern (1975) auf 11,9 Liter (1984), „mit weiter fallender Tendenz" vor allem bei Jugendlichen. Auch die Rolle der Werbung wird offensichtlich nüchterner betrachtet. Die Bundesregierung messe den freiwilligen Verhaltensregeln, die sich die Hersteller alkoholischer Getränke in Sachen Werbung unter dem Dach des Deutschen Werberats gegeben haben, den Vorrang vor gesetzlichen Beschränkungen ein. Die Begründung für diese Haltung klingt indessen eher flau und weist darauf hin, daß die Erkenntnisse über Wesen und Wirkung von Werbung in Bonn nur Tröpfchen für Tröpfchen träufeln. Denn der Gesetzgeber sähe, daß „im allgemeinen der Genuß maßvoller Mengen Alkohol beim erwachsenen Menschen nicht gesundheitsschäd*lich ist" – so steht es im „Drogen"-Bericht.*

Warum kein deutlicher Hinweis darauf, daß Werbeverbote aber auch gar nichts bringen? Und wie verträgt sich die Bonner Haltung mit dem Brüsseler Plan, im Rahmen einer EG-Rechtsordnung der Rundfunkwerbung bestehende selbstdisziplinäre Verhaltensregeln in bezug auf Alkoholwerbung in gesetzliche Vorschriften umzugießen? Bayerns Staatsregierung wurde da jetzt deutlicher. Die Forderung eines CSU-Landtagsabgeordneten nach totalem Werbeverbot für Hochprozentiges schmetterte der Innenminister mit der „negativen Erfahrung mit Werbeverboten für alkoholische Getränke in den nordischen Ländern" ab.

Die Bayern berühren damit den Kern der Erkenntnis: Werbung für alkoholische Getränke vermag die Menge des Konsums nicht zu beeinflussen, sondern hilft allenfalls Marktanteile zu verschieben. In der Bundesrepublik sind die Werbeausgaben dieser Branche in den vergangenen zehn Jahren um fast die Hälfte (plus 46 Prozent, von 321 auf 469 Mill. Mark) gestiegen. Dennoch stagnierte beziehungsweise sank der Alkoholkonsum sogar. Und im Ostblock, wo Alkoholwerbung generell verboten ist, liegt der Pro-Kopf-Verbrauch am höchsten und zeigt sich der Mißbrauch am häufigsten.

Vielleicht nippen die Politiker nicht nur am Glase solcher Fakten, sondern trinken mutig „ex"? Es wäre ein guter Zug in Sachen ehrlicher Politik – und Medizin gegen Wirklichkeitsverweigerung.

Sesam – der Türöffner mit der Suppentüte

HARALD POSNY, Düsseldorf



Hochbetrieb bei der Sesam-Marktbefragung. FOTO: SESAM

Wo die Rücksendung von Kupons aus Zeitungen und Zeitschriften *wenig bringt,* wo *Direct Mailing* kein Echo erwarten läßt, will das Märchenwort Sesam die Türen zu erfolgreicher Produktwerbung und zu höheren Marktanteilen öffnen. Jedoch hat Sesam nichts Märchenhaftes an sich. Sesam ist eine Wortschöpfung: Se(lektives) Sam(pling), gezielte Vergabe von Warenproben an Haushalte und die Untersuchung von deren Akzeptanz durch Interviews.

In der Bundesrepublik erst seit 1984 im Test, im europäischen Ausland, in den Niederlanden, England, Belgien, Spanien und Frankreich ist die Methode dieser Promotion schon längst etabliert. In Österreich und in der Schweiz wird sie von der Bundesrepublik aus gesteuert. „Lizenznehmer" dieser von dem belgischen Verkaufsförderer Maro Migro (Publicaddy) erfundenen Methode ist die Düsseldorfer Sesam Promotion GmbH des Werbemanagers Manfred Esser, zu dem es als Sesam-Geschäftsführer den ehemaligen Marketingleiter bedeutender Markenartikler Klaus Biniakowski zog.

Marktanteile ausgeweitet

„Seit dieser Zeit", so Manfred Esser, „hat Sesam bewiesen, daß es preiswerter ist als die ungezielte Verteilung von Proben mit der Gießkanne, und daß viele Markenartikel per Sesam ihren Marktanteil spürbar und rechenbar ausweiten konnten." In der Tat: Die Referenzliste vom Axel Springer Verlag bis Wasa und Wenz liest sich wie ein Gotha der bedeutenden Markenartikler. Viele dieser Kunden haben Sesam bereits in mehr als einem Gebiet oder für mehr als ein Produkt eingesetzt.

Zunächst ist Sesam eine Suppentüte, die zusammen mit einem Fragebogen an Haushalte in ausgewählten Wohngebieten (nicht unter 2000 Haushalte) verteilt wird. Damit fallen bereits 50 Prozent aller Haushalte aus demographischen und geographischen Gründen durch das Raster. In der Regel kommen 25 Prozent der Angesprochenen mit dem ausgefüllten Fragebogen zu den in knapp 400 Metern Umkreis parkenden Sesam-Depots (VW-Busse vor Supermärkten in der Nachbarschaft). Esser schätzt, daß etwa 20 Prozent aller Haushalte in der Bundesrepublik „an Proben jeder Art besonders interessiert" sind. Gegen den Fragebogen erhält Hausfrau oder -mann die möglicherweise hochwertigen Proben ausgehändigt, für die er oder sie sich „qualifiziert" hat.

Freilich, diese „Qualifikation" kostet vorher Zeit. Aus bis zu 14 Warenbereichen vom Frischkäse bis zur Zigarette ist zum Beispiel zunächst die Grundsatzfrage zu beantworten: „Kaufen Sie regelmäßig Rahmfrischkäse?" Danach erst folgt eine Listung mit sechs Markennamen und die Frage: „Welche Marken verwenden Sie regelmäßig?" Mit der Antwort katapultiert sich der Teilnehmer entweder schon als Nichtverwender der Warengruppe, spätestens jedoch dann aus dem Wettbewerb, wenn er sich als Verwender der Marke zu erkennen gibt, die Auftraggeber für die Umfrage war. Den einen will man nicht, den anderen kann man nicht mehr zur eigenen Marke bekehren.

Dennoch: So undurchschaubar das System der Fragen ist, ganz arglose Beantworter können mit zwölf bis 14 Artikeln von der Flasche Bier über eine Sprühflasche Haarspray, mit Zigaretten, Kartoffelpüree, Hundefutter und Staubsaugerbeuteln ins traute Heim zurückkehren. Nebenbei: Es handelt sich nicht um grammweise abgegebene Pröbchen, sondern um Original-Formate, wie sie im Handel üblich sind. Warenwert also im Extremfall: um die *50 DM.*

Etwa vier Wochen nach dieser Aktion schwärmen die Interviewer der Hamburger Gesellschaft für Marktforschung mbH erneut aus, um die langfristige Wirkung von Sesam zu prüfen. Sie fragen, ob das Musterprodukt nach der Aktion nachgekauft worden ist, also nach der Überzeugungskraft der Probe. Und da stellten Esser und Biniakowski Erstaunliches fest: In einer einmaligen Aktion ergab sich, daß im Durchschnitt ein Drittel derer, die die Probe erhalten hatten, als Verwender gewonnen wurde und fast 40 Prozent derer, die die Probe auch verwendet hatten. Freilich schwankten die Prozentsätze je nach Warengruppe zwischen 7,1 und 64 beziehungsweise 8,4 und 68 Prozent.

Mittel zur Marktpflege

Nach vier weiteren Monaten stellte sich für die Interviewer heraus, daß 48 Prozent der an der Aktion Beteiligten das Produkt aus dem Sampling nachgekauft haben. Die bisherige Arbeit scheint zu beweisen, daß Sesam mindestens jede dritte Hausfrau zu „bekehren" vermag.

Wichtig ist, daß die Sesam-Produkte eingeführt und bekannt sein müssen, daß sie verfügbar sind. Und: Imageverlust einer Marke oder eines Produkts läßt sich nicht durch Proben verbessern. Sesam ist ein Mittel für Marktpflege und Produktkorrektur, nicht geeignet für die Marktforschung. Und tatsächlich gab es einen Fall, in dem ein Hersteller nach Sesam die Produktgestaltung änderte; in einem anderen Fall wurde das Produkt sogar vom Markt genommen.

Und die Sesam-Kosten? Esser rechnet vor, daß bei Probenkosten von 50 Pfennig und Sesam-Kosten von 930 000 DM die ganze Aktion 1,79 Mill. DM kostet, also jeder hinzugewonnene Haushalt im ganzen Jahr 3,47 DM an Kosten hereinspielen muß. Dagegen: Würden auf herkömmliche Weise 3,44 Mill. Proben gestreut, kosteten die Proben allein 1,72 Mill. DM. Und niemand wüßte mangels Nachbearbeitung etwas Genaues über die Kunden und die Wirkung der Probe.

Ausstieg aus Audiofertigung

Sanyo übernimmt zum Jahresende SEL-Werk in Malaysia

nl. Penang

Die (noch) mehrheitlich zum ITT-Konzern gehörende Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, steigt gewissermaßen aus der Eigenfertigung von Audiogeräten, also Radios, Radioweckern, Cassetten-Recorder usw., aus. Wie H. D. Luthardt, General Manager der ITT Transelectronics (M) Sdn. Bhd., Penang/Malaysia, einer Tochtergesellschaft *der SEL, vor Ort bestätigte*, werde bis zum Ende dieses Jahres die Kapitalmehrheit, nämlich 81 Prozent der ausgegebenen Aktien von 8,2 Mill. Mal. Dollar, in den Besitz des japanischen Elektronik-Konzerns Sanyo übergeben.

Bei SEL soll ein Minderheitsanteil von 19 Prozent des Kapitals verbleiben. Diese Transaktion soll dazu beitragen, das mit Auslastungsproblemen konfrontierte Werk auf eine größere Produktionsbasis zu stellen. Überdies will sich SEL so den Freiraum verschaffen, Audiogeräte künftig verstärkt auch bei anderen Herstellern einkaufen zu können.

Die 1964 gegründete malaysische Gesellschaft war in 1984 von der International Standard Electric Corporation (USA), einer Holding innerhalb des ITT-Konzerns an die SEL übergegangen. Unter dem Management der SEL sei das Penanger Werk – so Luthardt – wieder in den Bereich schwarzer Zahlen gekommen, nachdem man in den Jahren davor in die Verlustzone geraten sei. Wenngleich die jährlich produzierten Stückzahlen (400 000 bis 500 000 Geräte) ständig gesteigert werden konnten, stagnierte der Wertumsatz in der letzten Zeit bei 35 Mill. Mal. Dollar. Der harte Wettbewerb am Audiomarkt führt dazu, daß sich höhere Stückzahlen nur über Verdrängung erzielen lassen. Hier sind der SEL enge Grenzen gesetzt.

Das Penanger Werk beschäftigt rund 700 Mitarbeiter. Mit jährlichen Investitionen von durchschnittlich 2 Mill. Mal. Dollar wurde im Werk, das eine hohe Fertigungstiefe vorweist und auch eine eigene Entwicklungsabteilung unterhält, eine Reihe von Rationalisierungs- und Automatisierungsmaßnahmen durchgezogen. Die Produktpalette umfaßt ein Programm von etwa einem Dutzend verschiedener Gerätetypen in einer Preisbandbreite von umgerechnet 80 bis 90 DM am unteren Ende bis hinauf zu einer Preiskategorie von 600 DM. 95 Prozent der Geräte werden in Europa abgsetzt.

Baunachfrage steigt langsam

WTB hat vor der Krise rechtzeitig rationalisiert

dpa/VWD, Augsburg

Der Baumarkt wird sich nach den Erwartungen der WTB Walter Thosti Boswau Bau-AG, Augsburg, nicht weiter verschlechtern. Ignaz Walter, Vorstandsvorsitzender und Großaktionär dieses Baukonzerns, geht von einer „ganz langsam" steigenden Baunachfrage aus. Unternehmerisches Denken bei den Baufirmen könne wieder zur soliden klassischen Angebotskalkulation führen. Vollkostendeckung bedeute aus heutiger Sicht jedoch, je nach Sparte, eine Baupreiserhöhung von zehn bis 20 Prozent.

Im laufenden Jahr werde die Bauleistung bei der WTB im Inland leicht *steigen, sich im Ausland dagegen* kaum verändern. Für 1987 rechnet Walter mit einem stark rückläufigen Auslandsbau. Der Bilanzierung für 1986 sehe der Vorstand bereits heute „mit Ruhe" entgegen, da sich das Unternehmen bereits seit Ende 1983 durch Rationalisierungs- und Optimierungsmaßnahmen auf schechtere Zeiten eingestellt habe und im Gegensatz zu einigen anderen Unternehmen keine „Leichen" im Keller habe.

Im 1. Halbjahr 1986 nahm der Auftragszugang bei WTB im Inland auf 470 (Vorjahr: 360) Mill. DM zu, im Ausland dagegen auf 9,5 (25) Mill. DM ab. Die Bauleistung konnte im Inland wieder leicht auf 350 (330) Mill. DM gesteigert werden. Die Leistung im Auslandsbau belief sich auf 138 (90) Mill. DM. Aufgrund der eingeleiteten Maßnahmen habe sich WTB 1985, im bisher schlechtesten Baujahr, eine Rücknahme der Gesamtleistung um 17 Prozent auf 1,01 (1,22) Mrd. DM *laut Walter „leisten" können.* Davon entfielen knapp 81 Prozent auf das Inland. Aus dem Bilanzgewinn von 2,4 Mill. DM wird eine unveränderte Dividende von sechs Prozent auf das Grundkapital von 40 Mill. DM ausgeschüttet.

Schwäbische Zellstoff wieder auf Talfahrt

nl. Stuttgart

Ein relativ düsteres Bild über die weiteren geschäftlichen Perspektiven zeichnet die Schwäbische Zellstoff AG, Ehingen/Donau, in ihrem Geschäftsbericht 1985. Die im Berichtsjahr eingetretene Aufhellung in der Ertragsentwicklung ist wieder verflogen. Wie es heißt, könne nicht damit gerechnet werden, daß im laufenden Geschäftsjahr 1986 ein positives Betriebsergebnis erzielt werden könne. Die Ursachen sind das Überangebot am Zellstoffmarkt und der Dollarkursrückgang. Beides habe zu einem fortschreitenden Erlösverfall auf breiter Front geführt.

1985 war es gelungen, einen auf 1,2 (1984: 0,5) Mill. DM gestiegenen Jahresüberschuß auszuweisen. Nach dreijähriger dividendenloser Zeit werden für 1985 erstmals wieder vier Prozent auf 12,5 Mill. DM Aktienkapital ausgeschüttet. Schachtelaktionäre sind die Colonia Versicherung AG, Köln, und die Victoria Feuer-Versi*cherung-AG, Berlin.*

Der Umsatz des Unternehmens ist im Berichtsjahr um 15 Prozent auf 112 Mill. DM geschrumpft. Dabei verringerte sich der Auslandsanteil auf 47,2 (49,5) Prozent. Allein der Zellstoff-Umsatz ging um 16 Prozent auf 103 Mill. DM zurück. Der vergleichsweise stärkere Rückgang des Absatzes um 18 Prozent auf 76 000 Tonnen zeigt auf, daß mehr höherwertiger Zellstoff verkauft wurde. Infolge des geringeren Absatzes wuchs der Lagerbestand auf 11 800 (4900) Tonnen. Investiert wurden im Berichtsjahr 9,5 (7,5) Mill. DM und abgeschrieben unverändert 6,7 Mill. DM. Das Unternehmen (knapp 500 Beschäftigte) arbeitet mit der ansehnlichen Eigenkapitalquote von 36 Prozent.

Hoyer: Rekord bei den Investitionen

JB. Hamburg

Die bislang höchste Summe von 50 Mill. DM wird die im Familienbesitz befindliche Speditions-Gruppe Hoyer, Hamburg, in diesem Jahr investieren. Das Schwergewicht liegt bei Tankcontainern, Depots und Reinigungsanlagen, die den hohen Umweltschutzauflagen Rechnung tragen. Die überdurchschnittliche Investitionsbereitschaft spiegele das Vertrauen wider, trotz starken Wettbewerbs auf allen Märkten weiter wachsen zu können, heißt es bei Hoyer.

Die Hoyer-Organisation, die sich von einem klassischen Straßentransport-Unternehmen zur internationalen Transportorganisation entwickelt hat, ist auf den Transport von Flüssigstoffen spezialisiert und nach eigenen Angaben Markführer in Europa. Sie ist in allen westeuropäischen Ländern und den USA vertreten und beschäftigt 900 Mitarbeiter.

Das vergangene Jahr sei erfolgreich verlaufen, erklärt die Geschäfts*führung. Der Gruppenumsatz* erreichte 466 Mill. DM. In den ersten Monaten dieses Jahres habe der Aufwärtstrend bei den Auslandsgesellschaften angehalten, während die deutsche Organisation Schwächen zeige. Hoyer will jetzt verstärkt den nationalen US-Markt und die fernöstlichen Märkte erschließen.

Mit Skepsis für die deutsche Organisation wird die Liberalisierung der europäischen Verkehrsmärkte gesehen. Neben den erkennbaren Risiken gebe es für das internationale Geschäft aber auch Chancen, heißt es. So sei Hoyer bereits jetzt mit der 100-Prozent-Tochtergesellschaft RTT Rotterdams Tank Transport B. V. in Holland Marktführer im Bulktransport Straße/Schiene/Schiff.

PERSONALIEN

Horst Beiske übernimmt am 1. September 1986 die Leitung der Marketing-Abteilung der Dortmunder Actien-Brauerei, Dortmund.

Detlef Rohwedder, Düsseldorf, **Gordon Cunningham**, *Toronto*, ***Otto Gellert***, Hamburg und **Günther Schmidt-Weyland**, Maintal, wurden zu Aufsichtsräten des Immobilien- und Beteiligungsunternehmens Harpener AG, Dortmund, bestellt, dessen Aktienmehrheit von 51 Prozent die Schweizer York Hannover Holding AG im Juni erworben hatte.

Dr. Heini Nägeli, stellvertretender Vorstandvorsitzender der Schiesser AG, Radolfzell, und Leiter der gesamten Produktion, trat am 31. Juli 1986 in den Ruhestand. Zu seinem Nachfolger wurde **Hans Bläser**, zuletzt Geschäftsführer bei der Schulte + Dieckhoff GmbH, Horstmar, bestellt. Ab Mitte 1986 wird auch der Bereich Logistik als Vorstandsressort unter der Leitung von **Hans Stiefler** geführt.

Axel Gropp (49), Vorstandsmitglied der Isola Werke AG, Düren, wurde in die Gesellschafterausschüsse der Lignotock Fasertechnik GmbH und der Produktions-KG in Scheuerfeld berufen.

Industrie kritisiert die Musikerziehung

Instrumentenbauer sichern sich künftiges Freizeitpotential – Produktionsplus erwartet

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die Musikinstrumenten-Hersteller sehen es langfristig: Wenn das geänderte Freizeitverhalten – „die Leute wollen ihre Zeit nicht mehr totschlagen, sondern sinnvoll und möglichst in der Gruppe gestalten" (Branchenverbandsgeschäftsführer Notker M. Anton) – auch ihnen zugute kommen soll, dann bedarf es der entsprechenden Vorbereitung. „Wer Musik machen möchte, muß eine Chance bekommen, sich das nötige Know-how anzueignen", so Anton.

Daran aber hapere es in der Bundesrepublik – mit entsprechender Wirkung auf das aktive Musikleben. In den Kindergärten gebe es praktisch gar keine Musikerziehung mehr, und der Schulunterricht in diesem Fach sei zur „reinen Schallplatten-Didaktik" heruntergekommen. Gemeinsam mit dem Handel wollen die Instrumentenbauer das Übel nun selbst bei der Wurzel packen. Ein Seminar-Programm für Kindergärtner läuft schon auf vollen Touren, und ein eigenes Institut für die Musikdidaktik an Schulen wird gerade in Mainz gegründet.

Damit liegt die Branche voll im Trend. Denn was sich bei einer Reihe Kleininstrumente schon seit eineinhalb *bis zwei Jahren abgezeichnet* hat, wird nun auch bei den Pianos und Flügeln spürbar, und keineswegs nur im Export: die Freude an der selbstgemachten Musik, vielleicht auch am Prestige. „Da haben wir die Durststrecke jetzt wohl überwunden", freut sich Anton auch mit dem Hinweis darauf, daß das Klavier das meistunterrichtete Instrument an deutschen Musikschulen (noch vor der Blockflöte) sei.

So erwarten die Instrumentenbauer nach Jahren des Dahindümpelns rund um die Nullinie – 1985 nahm die Produktion nur um knapp ein Prozent auf 607 (602) Mill. DM zu – 1986 erstmals wieder ein wirklich spürbares Produktionsplus zwischen fünf und acht Prozent. Wesentlich getragen wird es wiederum vom Exportgeschäft, dessen Zuwachsraten (1985: 9,2 nach 6,6 Prozent) die Branche den vergangenen Jahren sinkender Inlandsabsätze noch über Wasser gehalten und die Exportquote auf zuletzt 70 (65) Prozent hochgetrieben haben.

Die Hoffnung auf ein Auslandsplus von zehn Prozent wird vor allem von Messeerfolgen in Frankfurt und Chi*cago (allein die USA* nehmen 17,5 Prozent der deutschen Exporte auf) genährt. Im ersten Quartal herrschte bei einem Gesamtplus von 0,1 Prozent – allerdings von 8,5 Prozent bei den Großinstrumenten, die 47 Prozent der Gesamtausfuhr bestreiten – noch relative Funkstille.

Aber auch der Inlandsmarkt, auf dem die rund 100 Industriebetriebe der Branche mit ihren knapp 8000 Beschäftigten 1985 nur noch Instrumente für rund 214 Mill. DM und damit elf Prozent weniger als die 241 Mill. DM von 1984 absetzen konnten, soll wieder *anspringen.*

Daß fernöstliche Billiginstrumente den Löwenanteil der neu gewonnenen Musikfreunde bedienen könnten, fürchtet die Branche nicht. Wie in anderen Bereiche zeige sich auch hier ein klarer Trend zum Hochwertigen, der vor allem den deutschen und den *japanischen Anbietern zugute kom*me. Zudem sei nach der Elektronik-Euphorie die Rückkehr zum akustischen Instrument unübersehbar.

Götz Modelle: Einstieg in Italien

nl. Stuttgart

Gute Erfolge auf den Auslandsmärkten verbucht die Damenoberbekleidungs-Firma Götz Modelle GmbH, Bad Urach. Nachdem man in der Bearbeitung des britischen Marktes vorangekommen sei, steige man nunmehr auch in den italienischen Markt ein. Mit seinem auf das mittlere bis gehobene Genre ausgerichteten Programm erzielte das Familienunternehmen im Geschäftsjahr 1985/86 (30. 6.) einen Umsatz von 26 Mill. DM (plus 13 Prozent).

Die Tochterfirma Gebrüder Götz Ges. mbH, Krems/Österreich, steigerte 1985 den Umsatz um gut 20 Prozent auf 8,5 Mill. DM. Konsolidiert liegt der Gruppenumsatz bei 37 Mill. DM (rund 40 Prozent Export), eine Größenordnung, die man auch für das laufende Jahr erwartet. Dabei sei zu berücksichtigen, daß in den vergangenen Jahren abgewickelte Exportaufträge für die Sowjetunion (1,5 Mill. DM Umsatz pro Jahr) in diesem Jahr ausfielen. Die Vororders für die kommende Herbst/Winter-Saison lägen um 20 Prozent über dem Vorjahr. Insgesamt beschäftigt die Firmengruppe *über 300 Mitarbeiter. 40 Prozent des* Umsatzes stammt aus Lohnfertigung (Griechenland).

Oerlikon schweißt wieder mit Gewinn

J. G. Düsseldorf

Wieder Freude hat der Schweizer Oerlikon-Bührle-Konzern (1985er Umsatz 4,86 Mrd. sfr mit rund 31 800 Leuten) an seinem seit 1950 vor allem bei der deutschen Tochter Oerlikon Schweißtechnik GmbH, Eisenberg/Pfalz, konzentrierten Geschäft mit Schweißanlagen und Zusatzwerkstoffen. Fiel da 1984 in branchentypischer Baisse erstmals die gewohnte (stets zweistellige) Dividende aus, so meldet nun die Tochter für 1985 aus einem bei 650 Beschäftigten um zehn Prozent auf 175 Mill. DM gesteigerten Umsatz (zu etwa vier Fünfteln aus Eigenproduktion) die Rückkehr zu zehn Prozent Dividende auf 10 Mill. DM Stammkapital.

Besser noch soll 1986 werden, nachdem das erste Halbjahr mit reichlich zwölf Prozent Umsatzplus sogar über dem Plan lag. Geschäftsführer Hans H. Grube kommentiert das nicht nur mit dem Aufschwung in den meisten metallverarbeitenden Branchen. Man ernte auch den Lohn für Produktinnovation. Da hat sich die Firma dem Trend zum Schweiß-Roboter 1985 durch Kooperationsver*trag mit der Deutschland-Vertretung* des japanischen Hitachi-Konzerns angeschlossen.

Daimler-Benz baut Werk in Rastatt

nl, Stuttgart

Die Daimler-Benz AG hat sich nach eingehenden Verhandlungen mit der baden-württembergischen Landesregierung und dem Gemeinderat von Rastatt grundsätzlich dafür entschieden, in dieser mittelbadischen Stadt ein weiteres Pkw-Werk zu bauen. Wie das Unternehmen und das Stuttgarter Staatsministerium in einer gemeinsamen Pressemitteilung feststellen, werde das Investitionsvolumen für dieses Werk auf 1,8 Mrd. DM veranschlagt. Bei vollem Ausbau würde dieses Werk 7 000 Mitarbeiter beschäftigen. Wie es in der Mitteilung weiter heißt, habe die Landesregierung, um diese Ansiedlung zu ermöglichen, eine Reihe von unterstützten den Leistungen im Rahmen der infrastrukturellen Erschließung zugesagt. Insbesondere geht es dabei um Bodenaustauschmaßnahmen zur Aufbereitung des Geländes. Das dafür vom Land vorgesehene Fördervolumen beläuft sich auf 120 bis 140 Mill. DM. Betont wird in diesem Zusammehang, daß nicht Daimler-Benz, wohl aber die Region dieser Förderung bedürfe. Außerdem kam das Land mit *Daimler-Benz und der Stadt Ulm* überein, in der Donaustadt ein Forschungsinstitut zu errichten.

Den „idealen Partner" gefunden

Küppersbusch und Vaillant bringen eine Milliarde Mark Umsatz zusammen

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die ehemalige AEG-Tochter Küppersbusch AG, Gelsenkirchen, und die Joh. Vaillant GmbH & Co. KG, Remscheid, haben für „gewisse Bereiche des Vertriebs und der Produktion" eine langfristige Zusammenarbeit vereinbart und betonen dazu wechselseitig, „einen idealen Partner" gefunden zu haben. Gleichzeitig haben Mitglieder der Familie Vaillant, die zum Teil auch Kommanditisten der Familienfirma sind, jene 97 Prozent von 15 Mill. DM Küppersbusch-Aktienkapital übernommen, die bisher noch bei der AEG (45 Prozent) und treuhänderisch beim Essener Rechtsanwalt Karlheinz Hütsch (52 Prozent) lagen.

Küppersbusch, 1982 mit in den AEG-Vergleichsstrudel geraten (der Vergleich wurde hier schon Ende *1983 vorzeitig erfüllt)*, verspricht sich von dieser Kooperation „bei Aufrechterhaltung der Selbständigkeit" die Chance zum verstärkten Ausbau der eigenen Produktbereiche Hausgeräte, Haustechnik, Großküchentechnik und Industriewärme. Mit diesen Produkten wurde 1985 nach Jahren der Schrumpfung auf immer noch schwierigem Markt ein konstanter Umsatz von 212 Mill. DM erzielt. Daß die Firma sich nun wieder gefangen habe, unterstreicht der Vorstand mit folgenden Daten: Nur noch 3,3 (6,6) Prozent weitere Personalminderung auf 1262 Mitarbeiter; seit Herbst 1985 dank Auftragsbelebung „erste befristete Neueinstellungen" von Produktionsarbeitern; in den ersten Monaten von 1986 zweistellige Umsatzwachstumsrate und für das volle Jahr die Aussicht, „auf dem Weg zur Gewinnschwelle erfolgreich voranzukommen".

Der im Geschäftsvolumen gut drei*mal so große* Partner Vaillant, 1874 gegründet und offenbar ertragsstark, beschränkt seine Publizität auf das gesetzliche Minimum und zeigt für 1985 rund 731 Mill. DM Konzernumsatz – immerhin 45 Prozent mehr als drei Jahre zuvor. In den drei Hauptproduktgruppen Hausgeräte, Warmwassergeräte und Regeltechnik werden rund 4000 Leute beschäftigt.

Juniorpartner Küppersbusch zeigt für 1985 mit einem vorzutragenden Jahresverlust von 15,9 Mill. DM letztmals tiefe Spuren aus Krisenzeit und Sanierung, die insgesamt reichlich 60 Mill. DM ausmachten. Der Vorjahresverlust von 18,5 Mill. DM wurde aus den jetzt noch mit 9,7 (9,6) Mill. DM ausgewiesenen 6b-Rücklagen getilgt. Neben den Kosten der restlichen Strukturbereinigung führt der Vorstand den 1985er Verlust auch darauf zurück, daß das laufende Geschäft „aufgrund der ungünstigen Marktpreisentwicklung" unerwartet große Verluste erbrachte. Seit Ende 1985 scheint sich mit „leichter" Preiserholung das Blatt zu wenden.

Schweizer vom Rhein auf Erfolgskurs

Agrippina Versicherungen erwarten in diesem Jahr langsameres Prämienwachstum

HARALD POSNY, Köln

Die bis auf einen geringen Anteil in Streubesitz zur schweizerischen Zürich-Versicherungsgruppe gehörenden Kölner Agrippina-Versicherungen haben wie bereits in den vergangenen Jahren ihre Ertragslage 1985 nochmals verbessert. Das Prämienaufkommen der insgesamt vier Erstversicherer (Allgemeine, Leben, Patria Sach und Rechtsschutz) erhöhte sich um 6,3 Prozent auf über 1 Mrd. DM, einschließlich der Rückversicherung auf über 1,25 Mrd. DM.

Auf der Hauptversammlung betonte Vorstandsvorsitzender Wilhelm Fritz, daß die Basis des Erfolgs im letzten Jahr nicht nur die stärker gestiegenen Prämieneinnahmen, sonder auch ein verbesserter Schadenverlauf gewesen ist. Außerdem seien die Kostensätze entweder stabil geblieben oder gesunken. Stärkste Ergebnisquelle waren jedoch die Erträge aus den auf über 3,3 (3) Mrd. DM gestiegenen Kapitalanlagen. Langfristig will die Gruppe an der ertragsorientierten Geschäftspolitik festhalten, die sich durch eine „konservative Annahmepolitik" auszeichne.

Wie bereits im Vorjahr ist Fritz 1985 seinem Ziel, das technische Ergebnis auch nach Schwankungsrückstellung positiv zu gestalten, einen großen Schritt näher gekommen (siehe Tabelle). Im selbst abgeschlossenen Bruttogeschäft ist ihm das mit einem Gewinn von 8,1 Mill. DM (Vorjahr 8,8 Mill. DM Verlust) bereits gelungen. Netto blieb das technische Ergebnis noch mit 9,1 (11,4) Mill. DM im Minus. Grundlage des Prämienwachstums waren 1985 neben den Tariferhöhungen in der Kfz-Versicherung (mit 46 Prozent Prämienanteil die größte Sparte) die Sachversicherungen. In der industriellen Feuerversicherung wurde trotz eines Beitragswachstums von über 10 Prozent im direkten Geschäft ein geringerer Schadenaufwand notwendig, so daß ein positives Bruttoergebnis erzielt wurde. Auch das Ergebnis des in Rückdeckung genommenen Geschäfts wurde verbessert. Nach Dotierung der Schwankungsrückstellung blieb noch ein Fehlbetrag von 1 (3,1) Mill. DM.

Mehr als ausgeglichen durch die Kapitalerträge blieb ein Jahresüberschuß von 17,2 (15,4) Mill. DM, an dem die Zürich vor allem mit einer Dividende von erneut 12 Prozent (6,4 Mill. DM) und einem erneuten Bonus von 17 Prozent (9 Mill. DM) teilhaben. Rund 3,2 (2,9) Mill. DM werden auf neue Rechnung vorgetragen. Bei etwas geringerer Steigerungsrate der Prämien entspricht der bisherige Jahresverlauf dem des Vorjahres.

Die Agrippina Lebensversicherung AG steigerte 1983 ihr Neugeschäft wie im Vorjahr um 4 Prozent auf 684 Mill. DM. Der Bestand wuchs um 6,4 Prozent auf 5,7 Mrd. DM Versicherungssumme. Die Stornoquote liegt mit 5 Prozent etwas über dem Branchenschnitt. Die Verwaltungskostenquote (4,6 nach 4,7 Prozent des 208 Mill. DM Prämienvolumens) und die Abschlußkostenquote (47,8 nach 49,4 Promille des Neugeschäfts) sind noch verbesserungsfähig.

Der Bruttoüberschuß stieg auf 107 (98) Mill. DM, nach Abzug der Direktgutschrift auf 82 Mill. DM, von denen 97,1 Prozent mit Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung unmittelbar den Versicherten zugute kommen. Vom Jahresüberschuß von 2,4 (1,9) Mill. DM wird eine unveränderte Dividende von 14 Prozent gezahlt.

Die Agrippina Rechtsschutzversicherung AG hat ihr Prämienvolumen um 7,9 Prozent auf 17,4 Mill. DM gesteigert. Die Schadenquote verringerte sich auf 87 (88,2) Prozent. Der geringe technische Verlust wurde durch Gewinne aus dem allgemeinen Geschäft von 1,15 Mill. DM überkompensiert. Er verkehrte auch den Jahresfehlbetrag von 0,3 Mill. DM aus *1984 in einen Gewinn von 1,1 Mill.* DM für 1985.

Agrippina Versicherung	1985	± %
Bruttoprämie (Mill. DM)	735	+ 6,7
Nettoprämie [1])	554	+ 10,4
Aufw.f. Vers. Fälle	399	+ 8,4
Vers. techn. Ergebn.[2])	- 10,1	(-14,5)
Kapitalanlagen [3])	1 136	+ 8,0
Kapitalerträge [4])	91	+ 7,1

in % d.verd.Beitr.	1985	1984	1983
Selbstbeh.-Qu.(%)	75,4	72,9	72,5
Schadenquote	73,1	73,7	74,5
Verw.-Kostenqu.	25,4	26,8	26,3
Rückstellg.-Qu.[5])	164,3	170,1	171,3
Eigenkapitalqu.	25,7	26,2	27,1

[1]) Brutto- minus Rückversicherungsbetr.; [2]) nach Zuführung von 3,0 (11,6) Mill.DM zur Schwankungsrückstellung; [3]) oh. Depotford.; [4]) netto; Durchschnittsrendite: 8,3 (8,5) Prozent; [5]) vers. techn. Rückstellg.

Aktien unerwartet widerstandsfähig

Hoffnung auf sinkende Zinsen beflügelte

DW. – Da sich die Sorge vor einem weiteren Kursverfall des Dollar vorerst als grundlos erwies, wurde auf dem Aktienmarkt die vorbörslich und die auch noch zu Beginn der Börsenzeit anhaltende Schwäche rasch überwunden. Das geringe Angebot war Ausgangspunkt für einige Sonderbewegungen. Auch Ausländer sollen in Erwartung einer DM-Aufwertung wieder auf der Käuferseite gelegen haben. Die meisten Standardwerte des Aktienmarktes erwiesen sich als widerstandsfähig, wenngleich manche Kurse nur knapp behauptet waren.

In Erwartung einer sich weiter belebenden Binnenkonjunktur, wofür der gegenwärtige Sommerschlußverkauf Anhaltspunkte bietet, steigerte sich die Nachfrage nach Karstadt und Kaufhof. Bei Conti Gummi hielten die schon in der Vorwoche zu beobachtenden gezielten Käufe auch oberhalb von 300 DM an. Vorsichtig wird nach wie vor bei den Fahrzeugwerten disponiert. Das BMW-Bezugsrecht erreichte einen neuen Tiefstand, lag aber immer noch über der rechnerischen Parität. Zu einer neuen Hausse-Bewegung setzten die Puma-Aktien an, die zeitweise um 250 DM über ihrem Zeichnungskurs gehandelt wurden. Andere Börsenneulinge wie Feldmühle oder Viag waren dagegen leicht rückläufig.

Frankfurt: Puma zogen nach Plusankündigung um 65 DM an. Hochtief verteuerten sich um 20 DM und Holzmann um 5 DM. Schwächer notierten Agiv um 15 DM, Deckel und Varta um je 10 DM, sowie Rheinmetall um 13 DM.

Düsseldorf: AEG-Kabel verminderten um 10 DM, Heinrich um 30 DM und Hochtief um 20 DM. Dyckerhoff VA verbesserten sich um 4 DM und Verseidag um 4 DM. Allianz Leben gaben um 100 DM und Nordstern um 30 DM nach.

Hamburg: Beiersdorf verbesserten sich um 4 DM. Phoenix Gummi legten 1 DM zu. Bremer Vulkan verteuerten sich um 3 DM. Je 3 DM schwächer tendierten Haller und Meurer, sowie Hapag. Doag wurden mit 352 DM in der Kasse notiert.

Berlin: Dt. Hypobank Berlin zogen um 16 DM, Berliner Kindl um 6 DM und Springer um 5 DM an. Kempinski verbesserten sich um 2 DM und Berthold um 1 DM. Berliner Elektro gaben um 5 DM und Schering um 3 DM nach.

München: Aigner stockten um 3 DM, AKS um 3,20 DM und Escada um 18 DM auf. Leoniche Draht verbesserten sich um 15 DM und Tucher um 13 DM. Nachgegeben haben Audi AG um 30 DM Deckel AG um 14,50 DM und Patrizier um 9 DM.

Stuttgart: Salamander zogen um 11 DM an. DLW lagen zur Kasse 19 DM fester. WMF St. erhöhten um 10 DM und die Vorzugsaktien um 6 DM. Aesculap stockten um 15 DM auf. Schwaben Zell. verminderten um 8,50 DM.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 249,48 (250,49)
WELT-Umsatzindex: 2490 (1869)
Advance-decline-Zahl: 110 (97)
38-Tage-Linie: 262,32 (263,02)
200-Tage-Linie: 272,06 (271,95)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ausland

Optionshandel

Auslandszertifikate

Inlandszertifikate

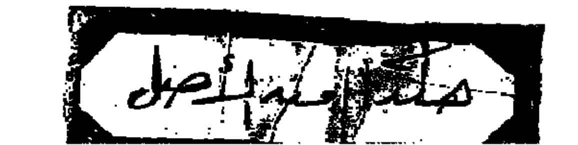
Rentenoptionen

Devisenmärkte

Am Markt hielt sich am 4. August weiterhin die Meinung, daß sowohl für den Yen als auch für die D-Mark noch weiteres Aufwertungspotential vorhanden sei. Der Dollar startete gut behauptet etwas über 2,09. Am Nachmittag wurden jedoch nur noch 2,072 bewilligt. Die Notiz war zuvor mit 2,0801 festgestellt worden. Ein Teil des Tagesverlustes dürfte auf Pfundverkäufe gegen D-Mark zurückzuführen sein. Die Unfähigkeit der Opec, ein gemeinsames Vorgehen der Ölförderung zu beschließen, führte zu erneutem Druck auf die britische Währung. Die Notiz lag um 1,35 Prozent niedriger als am Freitag. Die Abwertung des Irischen Pfundes bescherte der Währung einen Rückgang von 5,8 Prozent. Auch der Schweizer Franken und der Yen gaben gegen D-Mark nach. US-Dollar in: Amsterdam 2,3435; Brüssel 43,07; Paris 6,758; Mailand 1429,65; Wien 14,63; Zürich 1,6694; Ir. Pfund/DM 2,785; Pfund/Dollar 1,4735; Pfund/DM 3,065.

Devisen und Sorten

Junge Aktien



Renten weiter gesucht

Spekulationen auf eine DM-Aufwertung und sinkende Zinsen in der Bundesrepublik sorgten bei den öffentlichen Langläufern für weitere Renditerückgänge. Ausländer engagierten sich vornehmlich in den länger laufenden öffentlichen Emissionen, deren Kurse bis zu 0,38 Prozentpunkte heraufgesetzt wurden. Besonderer Beliebtheit erfreute sich weiterhin die letzte 6prozentige Bundesanleihe mit einer Laufzeit von 30 Jahren. Am Pfandbriefmarkt zeichnete sich keine Renditeänderung ab, freundlich war der Markt für DM-Auslandsanleihen, auf dem die Kurse bis zu ½Prozent höher lagen.

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

	4.8.	1.8.
8 Afr. Entwickl. 79/87	101G	101,2
10 dgl. 82/89	109,5G	109,5G
8 dgl. 84/91	106bG	106,65T
9 Air Canada 82/92	111	110,5
7½ dgl. 83/93	105,25	105,35G
9¾ Alcoa 82/89	106T	105,5T
7¾ Allied Chem. 84/94	105,25G	105,25
8¾ AMCA Ltd. 83/91	104,1G	104,1G

	4.8.	1.8.
8¾ E.D.F. 82/92	107,8G	107,8G
8¾ dgl. 85/95	108	108
7 Eletrobras 77/87	100,75T	100,6T
7 dgl. 79/87	100,75T	100,5T
5¾ ELF Aquit. 78/88	99,75T	99,65G
6¾ Enhart Corp. 85/95	101,5	101,75T
6¾ Ericsson LM 72/87	100,75G	100,75G
6¾ Escom 72/87	98,5T	99,5T
7 dgl. 73/88	97T	98T
9¼ dgl. 80/87	102T	101T
9½ dgl. 82/90	101	101bG
8½ dgl. 83/90	97	96,75
8 dgl. 84/92	92,9	92,4
8¼ dgl. 84/92	93,5T	94,9

6¾ Expon Dev. 84/90	105G	105
7¾ Exp.Bk.Korea 85/90	104,75T	104,5T
10½ Ferrovie 82/87	103,3G	103,3
8¾ dgl. 83/88	105	105T
8 dgl. 84/91	106,8G	106,8G
8 Fin. I. Bk. 71/86	100G	100G
7 dgl. 72/87	103,75	103,4T
8½ dgl. 80/90	102,1T	102,1T
10 Finn. Komm. 82/92	–	–
7 Finnland 72/87	103,75G	103,25
10½ dgl. 81/86	100,75	100,75T
9¾ dgl. 82/89	110,05G	110G
7½ dgl. 83/88	103,3G	103,25G

7½ dgl. 83/93	104,25	104,35G
7½ dgl. 83/93	105,25	105,35T
8 dgl. 83/90	108,25T	108,25G
7 dgl. 84/92	102,85	102,85
7 dgl. 85/95	104,1	104,35G
7 Montreal 69/89	101,5T	101,5
6 dgl. 72/92	100,9G	100,9G
6¾ dgl. 73/93	104,4G	104,4G
7 dgl. 77/87	101,65T	101,75
7¾ Mount Isa 83/90	104,25T	104,25
7¾ dgl. 84/92	104G	104
11 Nac.Financ 82/90	108	107
8 Nederl. Gas 79/86	100,25T	100,75T

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei; PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Warenpreise – Termine

Mit leichten Einbußen schlossen die Goldnotierungen am Freitag an der New Yorker Comex. Silber zog dagegen an. Fester gingen die Kupfernotierungen aus dem Markt. Kakao und Kaffee mußten Verluste hinnehmen.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	1.8.	31.7.
Sept.	263,50	257,25
Dez.	266,00	260,50
März	263,50	260,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.

St.L. 1 CW	235,88	257,83
Am. Durum	233,66	235,61

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

Okt.	96,00	96,10
Dez.	96,80	97,60
März	98,90	–

HAFER Winnipeg (can. $/t)

Okt.	76,00	76,10
Dez.	75,90	76,00
–	–	–

HAFER Chicago (c/bush)

Sept.	104,00	100,50
Dez.	111,75	108,75
März	113,50	111,25

MAIS Chicago (c/bush)

Sept.	168,25	165,25
Dez.	174,50	170,00
März	184,50	180,75

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

Okt.	83,30	83,00
Dez.	83,90	83,50
März	84,80	–

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	1.8.	31.7.
Sept.	164,95	169,25

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

	1.8.	31.7.
	30,00	30,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk

	17,50	17,50

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Aug.	15,78	15,85
Sept.	15,96	16,03
Okt.	16,09	16,15
Dez.	16,58	16,65
Jan.	16,70	16,70
März	17,00	16,95
Mai	17,25	17,15

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk

	16,50	16,50

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	16,50	16,50
Choise white hog 4 % fr. F.	9,50	9,37

TALG New York (c/lb)

top white	10,25	10,25
fancy	9,75	9,75
bleichf.	9,50	9,50
yellow max. 10% fr.F	8,50	8,50

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Aug.	61,10	54,60
Okt.	55,50	52,90
Dez.	53,45	–

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Aug.	83,57	81,45
Febr.	79,00	77,80
März	77,90	76,85

Devisenterminmarkt

Am Terminmarkt zeigte sich am 4.8. keine Tendenz, die Abschläge notierten kaum verändert auf Vorwochenniveau.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,38-0,28	0,97-0,87	1,80-1,60
Pfund/Dollar	0,49-0,48	1,30-1,27	2,53-2,48
Pfund/DM	2,10-0,70	4,70-3,30	8,40-7,00
FF/DM	-15+1	28-12	47-51

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 4.8.: Tagesgeld 4,50-4,60 Prozent; Monatsgeld 4,60-4,70 Prozent; Dreimonatsgeld 4,55-4,65 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,70 Prozent, 6 Mon. 4,70 Prozent.

Privatdiskontsätze am 4.8.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 4.8.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 4.8.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6¼-6½	4½-4¾	4½-4¾
3 Monate	6¼-6½	4½-4¾	4½-4¾
6 Monate	6¼-6½	4½-4¾	4½-4¾
12 Monate	6⅜-6⅝	4½-4¾	4½-4¾

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 4.8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,50; Verkauf 19,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,00; Verkauf 19,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 4.8. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar (Kopf)	925,00	1282,50
5 US-Dollar (Indian)**	590,00	738,30
5 US-Dollar (Liberty)**	345,00	507,30
1 £ Sovereign alt	181,25	229,43
1 £ Sovereign Elizabeth II.	171,75	218,60
20 belgische Franken	132,25	176,99
10 Rubel Tscherwonez	174,00	225,72
2 südafrikanische Rand	164,75	209,48
Krüger Rand, neu	731,50	873,81
Maple Leaf	755,50	901,17
Platin Noble Man	991,50	1170,21
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	203,50	260,49
20 schweiz. Franken „Vreneli"	147,75	196,94
20 franz. Franken „Napoléon"	141,00	189,24
100 österr. Kronen (Neuprägung)	704,25	858,71
20 österr. Kronen (Neuprägung)	140,25	182,69
10 österr. Kronen (Neuprägung)	72,00	99,18
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	326,50	406,41
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	74,75	108,02

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. August 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/7 (Typ A) 3,50 (3,50) – 4,50 (3,99) – 5,00 (4,31) – 6,00 (4,70) – 7,00 (5,12) – 8,00 (5,53). Ausgabe 1986/8 (Typ B) 3,50 (3,50) – 4,50 (4,00) – 5,00 (4,33) – 6,00 (4,75) – 7,00 (5,19) – 8,00 (5,66) – 8,00 (5,99) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,90, 2 Jahre 4,75. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,50, Kurs 100,00, Rendite 5,50.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 4.8.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	57,304	6,45
Commerzbank	100,00	22.5.95	60,10	5,96
Commerzbank	100,00	4.8.00	42,50	6,30
Deutsche Bk. $	287,00	23.1.95	139,00	8,93
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	111,96	5,30
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	81,71	5,30
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	57,26	6,40
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	–	–
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	53,50	6,44
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	59,30	6,10
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	41,06	6,65
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	58,80	6,20
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	29,08	6,75
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	28,96	6,65
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	27,57	6,77
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	15,69	6,44
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	57,75	6,40
WestLB 600	100,00	2.5.95	57,65	6,30
WestLB 603	100,00	1.6.01	38,70	6,62
WestLB 606	100,00	1.8.06	27,20	6,73
WestLB 500	126,86	16.2.89	113,55	4,48
WestLB 501	137,01	16.2.90	115,60	4,95
WestLB 503	115,76	3.10.88	105,75	4,28
WestLB 504	141,85	1.10.91	108,80	5,28
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	–	–
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	64,375	8,12
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	58,00	10,30
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	63,125	8,63
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	63,125	8,53
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	60,125	8,04
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	52,875	8,79
Penney (A+)	100,00	17.2.94	52,875	8,77
Sears (AA)	100,00	27.5.94	52,75	8,48
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	51,125	8,61
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	50,125	8,31

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%(Vortag)		Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,65	(4,65)	100,4	101,2	102,2	103,1	104,1	105,0
2	4,83	(4,90)	100,3	102,0	103,9	105,7	107,6	109,5
3	5,20	(5,18)	99,45	101,9	104,6	107,3	110,0	112,8
4	5,45	(5,44)	98,15	101,7	105,2	108,7	112,2	115,7
5	5,65	(5,66)	96,90	101,2	105,4	109,7	113,9	118,1
6	5,88	(5,88)	95,20	100,6	105,0	110,0	114,9	119,8
7	6,18	(6,18)	92,95	99,00	104,0	109,5	115,1	120,6
8	6,36	(6,37)	91,10	97,20	103,5	109,4	115,5	121,6
9	6,50	(6,50)	89,40	96,00	102,7	109,3	115,9	122,6
10	6,53	(6,53)	88,35	95,50	102,7	109,8	117,0	124,1
15	6,85	(6,95)	82,20	91,30	101,4	109,6	118,8	127,9

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 113,302 (113,271)
Performance-Rentenindex: 246,020 (245,814)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	1. Aug.	6,313-6,438
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	6,25
	60–270 Tage	6,00
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	6,25
	60 Tage	6,275
	90 Tage	6,225
Certificates of Deposit	1 Monat	6,15
	2 Monate	6,10
	3 Monate	6,10
	6 Monate	6,10
	12 Monate	6,15
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,77
	26 Wochen	5,78
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,32
	30 Jahre	7,45
US-Diskontsatz		6,00
US-Primerate		8,00
Geldmenge M1	21. Juli	677,7 Mrd.-$ (+4,4 Mrd. $)
NYSE-Aktienindex (New York)		
Sept.	133,95	135,85
Dez.	134,75	136,65

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	1.8.	31.7.
9¾ EEC 90	105,5	105,5
11¼ dgl. 90	111	110,75
10¾ EIB 93	109,5	109,25
11 dgl. 91	113,125	112,875
11½ dgl. 90	113,75	113,375
11¾ dgl. 95	119,75	119,575
12 dgl. 95	122,125	121,875
12½ dgl. 90	115,5	115,375
12¾ dgl. 93	126,625	126,375
13 dgl. 96	121,375	120,75

6¾ Sears 91	105	104,875
6¾ Swed.Ex.91	103,375	103,125
7 TRW 94	103,875	103,625
6½ Un.Tech.92	103,875	103,75
6¾ W.Disn.96	104,875	104,625
6½ World Bk96	106,125	105
6¾ dgl. 90	104,5	104,625
6¾ dgl. 94	105,875	105,875
7 dgl. 94	108,125	108

8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	100	100
8½ dgl. 87	100	100
9 Paribas 92	103	103
10¼ Paribas89	101	101
8 Philips 89	100,5	100,5
7¾ Renault 88	100	100
7¾ Sogenal 91	100	100
9¾ dgl. 92	106	106
10¾ Solvay 87	100,25	100,25
8 Sverige 88	99,5	99,5
9¾ Volvo 87	100	100
8 WorldBk. 96	104	104

11¾ CrdFonc90	107,125	106,625
11¾ dgl. 90	109,125	109
6¾ CrdLyon 92	94,75	94,625
8¾ CrdNat 96	108,875	108,75
10¾ dgl. 94	114,375	114,25
8¾ Crdanst.94	106,625	106,625
9¾ Credito 92	107,25	107,125
7¾ Denmark 96	99,5	99,5
9 EDF 97	106,125	106,375
8¾ EEC 93	106,75	106,125
8¾ BFAqu. 88	102,125	102,125
9 Enso Gut 91	104,125	104
9¾ dgl. 93	104,25	104,125
10 Euratom 97	111	111

8¾ Phibro 96	103,375	103,25
9 Philips 95	105,625	105,5
9¾ Pibo 92	108,125	108,125
10 Prvbk. 92	106	106,125
10¾ RATP 92	106,25	106,125
7¾ Rabobk. 96	100,25	100,25
9¾ dgl. 95	–	–
8¾ Reynolds91	104,625	104,625
9 SAS 95	105,75	105,75
9 Sanwa 95	105,5	105,5
8¾ Secpac 90	104	103,875
9 SNCF 95	103,875	103,875
8¾ Sumitomo92	105,375	105,375
9¾ dgl. 93	108,75	108,75

Lux. Franc Bonds

	1.8.	31.7.
9¾ Akzo 87	100	100

Henryk Broder über den „ehrbaren" Antisemitismus

Solange er Hilfe braucht

Jetzt ist also das „einstweilig" verbotene Fischer-Taschenbuch „Der ewige Antisemit" von Henryk M. Broder wieder zu haben, nachdem, wie *das Gericht glaubt*, der Frankfurter Intendant „das Ende der Schonzeit" nicht verkündet hat und das Zitat auf Seite 1 darum mit Druckerschwärze überdeckt ist. Aber um den Mann geht es in dem aufregenden Buch gar nicht, es geht um uns alle, die wir uns immer wieder einbilden, zur Lösung des jüdischen und des israelischen „Problems" unseren moralisch-objektiv-neutralen Beitrag – oder besser Senf beitragen zu müssen. Wir? Wir Deutsche? Ja, wir.

Es geht dabei nicht nur um namentlich Genannte wie zum Beispiel Rudolf Augstein, der nach der Beleidigung Helmut Schmidts durch Menachem Begin über die Nazigreuel salomonisch nachdachte: „Was hätte ein Nicht-Nazi denn tun können? Er hätte als ein Held und Heiliger das tun können, was die Opfer selbst auch nicht getan haben ... Er hätte sich für seinen biblisch Nächsten opfern können, mit seinem Leben. Das haben die Deutschen, das haben die Juden nicht getan. Kein moralischer Unterschied also zwischen der schweigenden Mehrheit der Deutschen und der schweigenden Mehrheit der Juden." Das schrieb Augstein damals, und wir haben es gelesen, damals. Und was sagt Broder dazu? „Und keiner stand auf und haute dem Rudi eine runter."



Oder erinnern Sie sich an Entebbe, wo die Israelis nachts einflogen und hundert schon „selektionierte" Juden aus einem gekidnappten Verkehrsflugzeug befreiten? Erinnern Sie sich auch noch daran, daß die deutsche linke Szene „Seiner Exzellenz Idi Amin unsere uneingeschränkte Solidarität" ausdrückte? Denn das war ja „flagrante Verletzung der Souveränität eines Mitgliedstaates der Vereinten Nationen". Als ich das jetzt las, traute ich meinen Augen und meinem Gedächtnis nicht.

Das ist der „ehrbare" Antisemitismus, der jetzt unter der Marke Antizionismus umgeht. „Je mehr die Israelis gegenüber den Palästinensern schuldig wurden, umso weniger schuldig wurden die Deutschen gegenüber den Juden. Die Begeisterung über die Greuel der Israelis, die tatsächlichen und die erfundenen, war grenzenlos und entsprach einem authentischen Bedürfnis. Die Palästinenser wurden kollektiv an Opfers statt vom deutschen Volk adoptiert." Und es folgen Namen und Zitate, daß einem die Augen übergehen.

Nicht Kritik an Israel ist antisemitisch, sondern die Kritik *ausschließlich* an Israel. Als nach dem Libanon-Krieg die Amal-Miliz dieselben Lager noch einmal überfiel und Massaker veranstaltete, regte sich kein Mensch auf, auch Jean Genet nicht, der vorher „fasziniert" war darüber, *daß* „ein *Volk*, das sich als *Volk* der Märtyrer begreift, ein anderes schwächeres Volk niedermetzelt". Als Märtyrer wären ihm die Juden also recht. Kennen wir das nicht alle? Solange ein Jude Hilfe braucht, hat er unsere Sympathie, aber wehe, wenn er kräftige Ellbogen hat! Dann gehört er zum „jüdischen" Kapital.

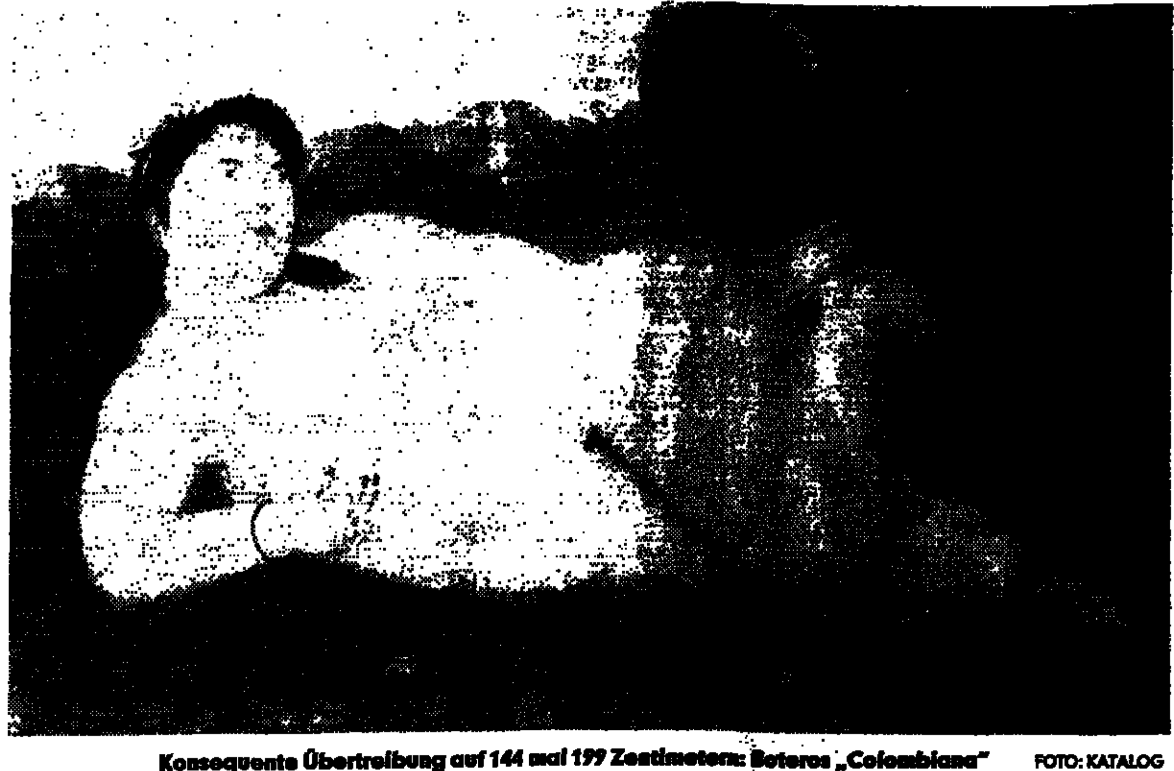
Wir sind Zeugen und oft auch Mitarbeiter der „großen vaterländischen Entlastungsoffensive". Oder wie ein Spötter sagt, den Broder zitiert: „Der Massenmord an Millionen Juden verpflichtet Deutschland dazu, Israel mit Lob und Tadel als Bewährungshelfer beizustehen, damit das Opfer nicht rückfällig wird." Wenn Sie zu lesen anfangen, können Sie nicht mehr aufhören, es sei denn, Sie sind ein „altertümlicher" Antisemit. Aber auch dann sollten Sie's als eine Art Test probieren. Wie dieser Broder formuliert! Beneidenswert.

Übrigens ist auch die Dokumentation „Die Fassbinder-Kontroverse oder das Ende der Schonzeit" wegen des inkriminierten Zitats „einstweilig" verboten. Der Verlag läßt die Auflage liegen, weil er den Prozeß fortsetzt und ihn zu gewinnen hofft. Wer es dennoch haben will, muß sich schriftlich an den Verlag wenden. Dann wird für ihn ein Exemplar „geschwärzt".

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Henryk M. Broder: „Der ewige Antisemit", Fischerbücherei, Frankfurt/M. 9,80 Mark

Heiner Lichtenstein (Hrsg.): „Die Fassbinder-Kontroverse oder Das Ende der Schonzeit", Athenaeum Verlag, Frankfurt/M. 254 S., 24,80 Mark.



Konsequente Übertreibung auf 144 mal 199 Zentimetern: Boteros „Colombiana" FOTO: KATALOG

Akkurate Disproportionen: München zeigt Gemälde und Skulpturen Boteros

Im Reich der kolossalen Leibesfracht

Das irrigste Argument zugunsten Fernando Boteros heißt Giacometti. Leider bemüht auch Werner Spies diesen Vergleich zwischen der dicklich steifen Leiblichkeit der Botero-Figuren und der auf ein Minimum reduzierten Körperlichkeit Giacomettis: „Beide suchen kraft der Wiederholung eine Abweichung von der Norm in Normalität umzusetzen." Botero bewundere Giacomettis „Radikalität".

Spies, der sich in früheren Jahren bereits für Max Ernst und für Picasso zuständig machte, konzipierte eine Ausstellung von 90 Gemälden, Zeichnungen, Aquarellen und Skulpturen Boteros, die in der Münchner Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung gezeigt wird. Was Spies im Katalogbuch zur künstlerischen Herkunft dieses aus den kolumbianischen Anden stammenden, heute vorwiegend in Paris lebenden Meisters „grandioser Fülle" mitzuteilen hat, ist aufschlußreich und plausibel.

Botero kommt aus dem Museum. Seine Vorbilder fand er in den dicken Hofzwergen und feisten Spielgefährten der eingeschnürten Infantinnen, die Velázquez malte, in Uccellos properen, keineswegs naturalistischen Schlachtrössern, in mittelamerikanischer Keramik, im Kolonialbarock, bei den mexikanischen Muralisten Rivera, Orozco und Siqueiros, beim Picasso der neoklassizistischen Phase um 1920 und beim noch etwas späteren de Chirico.

Als Student der Madrider Akademie San Fernando verdiente Botero sich 1952 sein Geld durch Kopien nach Prado-Bildern von Velázquez und Goya. In Florenz hörte er Roberto Longhis Vorlesungen über die Kunst des Quattrocento, las er Bernhard Berensons Aufsätze über das Tastbare bei Giotto, Masaccio und Piero della Francesca. Er visitierte die Originale, erlernte die Technik der Freskanten und hielt sich, um keine Fehlhandlungen zu begehen, an Max Doerners „Malmaterial und seine Verwendung im Bilde".

Die eigentliche Lehrzeit waren die mehr als zwei Jahre in Florenz, wo es im Frühjahr 1954 eine Frührenaissance-Ausstellung gab. „Die Faszination durch das Kompakte" und die Konstanz der konsequenten Übertreibung stellte sich jedoch erst 1955 ein: nach der Rückkehr aus Europa in die eigene mittelamerikanische Herkunft. Schlüsselerlebnisse waren grotesk gefährlich wirkende Auftritte zwergenhafter Toreros in Bogotá und die mexikanische Wandmalerei, Eindrücke „unerhörter Plastizität" und des Mestizenhaften.

Bei Lichte und aus der Nähe gewahrt man die Akkuratesse der Routine (für ein großformatiges Ölbild oder Pastell braucht Botero nur drei bis vier Tage) sowie mancherlei disproportionierte Details: Schamhaar-Zwickelchen, Muttermale, ein Schleifchen im Haar, lackierte Fuß- und Fingernägel, einen kirschenartigen Ohranhänger, und einen winzigen Schönheitsfleck an wenig entscheidender Stelle.

Weibliche Akte, eitle Matadore, stolze Honoratioren und anonyme Spießer, ganze Gruppen verharren unter der Last ihrer Würde und kolossalen Leibesfracht schier regungslos wie klobige Spielzeugfiguren. Ein Dorffotograf mit langer Belichtungszeit stellte einst solche Gruppen. Die sogenannten Naiven (Rousseau, Bombois, Peyronnet, Hirshfield) schufen die Vorbilder und ebneten das Terrain. Warum erwähnt Werner Spies gerade diesen Zusammenhang mit keinem Wort?

ALEXANDER ERXLEBEN

Bis 7. Sept.; Bremen: 11. Jan. bis 1. März 1987; Frankfurt: 12. März bis 10. Mai; Katalog 38 Mark, im Buchhandel (Prestel-Verlag) 68 Mark

Neue Platte: Grenzgänger zwischen Jazz und Klassik

Erlesener Sternenstaub

Ein zarter Gitarrenaufgang, dann eine Flöte, die unisono einstimmt. Ein Klavier gesellt sich allmählich hinzu, verweist die Gitarre in die Stille, „spricht" dann mit ihr statt der Flöte. Immer filigraner wird's, bis alle drei sich sammeln, mal gefühlig wie Schumann oder auch Debussy, dann raffiniert wie Ubieta oder Robert Scott oder beides zugleich wie Gnattali oder de Falla.

Dann ein zweites Klavier, Ablösung, und ein angenähert jazzender Dialog mit gezupftem Kontrabaß – so beginnt „Security", der erste Satz der „New Earth Sonata for Flute, Guitar, Piano & Rhythm" des amerikanischen Komponisten Harold Blanchard. Der sitzt selber am „klassischen" Flügel, während der Jazzpianist Chick Corea, der ja schon immer ein illustrer Grenzgänger war, Solist der swingenden Parts ist.

Star dieser Sonate ist der Flötist Hubert Laws (47), ein Mann, der sich – ähnlich wie der Trompeter Wynton Marsalis – im Jazz ebenso zu Hause fühlt wie in den Gefilden der Klassik. Mit George Benson und Quincy Jones etwa hat er handfesten Jazz gespielt, hat Sängern wie Paul Simon oder Paul McCartney seine Instrumentalstimme geliehen ebenso wie er mit dem New York Philharmonic, dem Cleveland Orchestra und dem Kollegen Jean-Pierre Rampal zu hören war.

Aber diese Sonate, deren zweiter, recht klavierstarker Satz „Peace" und deren dritter, tänzerisch anhebender Satz „Joy" heißen, ist doch nicht zu vergleichen mit den Vereinigungsversuchen solcher Fusionisten wie Leonard Bernstein, Friedrich Gulda, Dave Brubeck oder „Third Stream"-Begründer Prof. Gunther Schuller: Gelungener in der beinah fließend übergangslosen Harmonisierung amerikanischer, europäischer und spanisch-lateinamerikanischer Idiome ist bislang wohl nichts gewesen, gekonnter kam bis zu diesem Zeitpunkt noch keine Verflechtung von Klassik und Jazz daher.

Jedenfalls nicht in solcher Besetzung, in der solch „unterschiedliche" musikalische Charaktere sitzen wie der junge Gitarrist Bill Kanengiser, Anfang der achtziger Jahre Gewinner des Nachwuchswettbewerbs im Rahmen des erlauchten klassischen Zupf-Festivals in Toronto und wie der Erzjazzer und Bassist Bob Magnussen oder eben hier Blanchard und dort Corea.

„Die Grenzen öffnen sich", sagt Quincy Jones (63), ein Mann, der ebenso souverän Jazz-Bigbands wie ein anderes Mal klassische Orchester leiten kann: „Mehr und mehr Musiker nehmen von den Gebieten anderer Musiker Notiz", und er nennt Hubert Laws denn auch „einen Wegbereiter". Doch nicht um jeden Preis wird – auch Komponist Blanchard arbeitet da sehr behutsam und mit erlesener Geschmackssicherheit – das eine mit allem anderen in einen Topf geworfen, sondern immer mal wieder „reiner" Jazz oder „reine" Klassik gemacht.

Und weil Laws noch etwas für die Rückseite der Blanchard-Sonate benötigte, fragte er Quincy Jones nach Ideen, und beide einigten sich auf drei Sätze aus Telemanns Flöten-Suite a-Moll, deren Ouvertüre fast mit der andächtigen Feierlichkeit amerikanischer High-School-Pageants daherkommt.

Laws brilliert, ganz der gereifte Juilliard-School-Absolvent von 1960, nimmt die Air äußerst delikat, fein und glasklar und gestaltet die Réjouissance zu einem überraschenden Parade-Stück, das die letzte Skepsis gegenüber amerikanischen Grenzgängereien im Nu fortzaubert.

Daß sich da die abschließende Neu-Interpretation des schönen, alten Spirituals „Amazing Grace" ein bißchen wie ein überflüssiger Füller ausnimmt, tut alledem keinen Tort an.

Laws Flöte, die (Jazz-)Harfenistin Dorothy Ashby, ein bißchen Synthesizer-Keyboards von John Beasley und ein ausgewachsenes Streichorchester streuen zwar da *solchen* Sternenstaub aus, wie er auch gerne auf Hollywood-Leinwänden funkelt, aber Laws rettet auch hier jeden Anflug von Konfektion. Schwermütig stimmende Vorhalte und Auflösungen und ans Herz gehende Bässe gleichen da ebenso viel aus, aber vor allem die Verzierungen und *blue notes* der Flöte bewahren die Stücke vor jeder Verkleisterung.

Allein, Blanchards Sonate als treffliches Exempel amerikanischer Freude am Assimilieren und Quincy Jones'/Humert Laws' Telemann-Kostprobe sind ein allemal lohnender Fund – beinahe so wie vor Jahr und Tag Joshua Rifkins mit großem Aufwand „verklassischten" Beatles. (Humert Laws, Quincy Jones, Chick Corea – Blanchard, Telemann CBS M 39858) ALEXANDER SCHMITZ

Feurige Schlangen fürs Volk



Heinz Sielmann zeigt heute Drachen und Schlangen. Auf unserem Foto: ein Komodo-Waran. Furcht davor ist übrigens angeboren. FOTO: DEFD

Nachdem die jungen Rhesusaffen eine komplizierte Tastatur von Hebeln in einer bestimmten Reihenfolge zu bedienen gelernt hatten, öffnete sich ein Vorhang und es gab Futter. Soweit war das ein alltägliches Experiment, das aber dramatische Züge annahm, als anstelle des Futters der Kopf einer Spielzeugschlange zum Vorschein kam.

Nach zwei oder maximal fünf solcher Überraschungen war kein Versuchstier mehr bereit, Futter anzunehmen oder auch nur die Hebel in der bereits gelernten Sequenz zu drücken. Auch das sonstige Verhalten der Äffchen zeigte weitgehende Veränderungen, die man als „experimentelle Neurose" bezeichnen kann. Legitimiert werden derartige Experimente durch die nun einsetzende Möglichkeit zur Erprobung von Verfahren, von denen man sich einen Hinweis für die Therapie vom Menschen erwartet.

In den ersten Versuchen von Masserman und Pechtel war noch nicht klar, ob es sich bei der intensiven Schreckreaktion um die Wirkung eines angeborenen Auslöserschemas im Sinne der Verhaltensbiologie von Konrad Lorenz handelt. Mittlerweile besteht dafür kaum mehr eine andere Erklärung, da auch im Laboratorium geborene Versuchstiere, die keine Erfahrung mit Schlangen haben konnten, den Effekt deutlich zeigten. Wahrscheinlich gibt es diese angeborene Schlangenfurcht auch beim Menschen, von dem es ja in der Genesis nach dem Sündenfall heißt, er werde der Schlange den Kopf zertreten, sie aber werde ihn in die Ferse beißen.

Die Mythologie ist vom alten Orient über Griechen und Römer bis hin zu den Germanen der Edda – vom Leviathan bis zur Midgardschlange – bevölkert mit furchterregenden, gefährlichen und hinterlistigen Schlangen und Drachen, gegen die sich der Held – sei es nun Perseus, der die Jungfrau Andromeda rettet, oder Siegfried, Dietrich von Bern oder Beowulf – als Drachentöter bewähren muß. Es kommt dabei zunächst darauf an, daß er den Anblick bzw. den Blick des Fabelwesens aushält, dessen Bezeichnung als „Drakon" sich im Griechischen von dem Verbum für „scharf anblicken" herleitet. Auch vom Basilisken heißt es noch zu Beginn der Neuzeit, daß er eine furchtbare Schlange sei, deren Blick allein Menschen zu töten vermöge.

Genau an dieser Stelle erweist sich aber Homo Sapiens als ein Lebewesen, das den angeborenen Auslösern nicht wehrlos unterworfen ist. Er kann seine Angst besiegen! Symbolisch dargestellt wird dieser Akt im 4. Buch Mose, Kapitel 21: als die Israeliten ihrer langen Wanderung überdrüssig wurden und sich auflehnten, „sandte der Herr feurige Schlangen unter das Volk; die bissen das Volk, und viele aus Israel starben." Nachdem sich Moses fürbittend für das Volk eingesetzt hatte, befahl ihm der Herr: „Mache Dir eine eherne Schlange und richte sie zum Zeichen auf; wer gebissen ist und sieht sie an, der soll leben." Im Johannes-Evangelium (3,14) ist die eherne Schlange der am Kreuz erhöhte Christus.

Expeditionen ins Tierreich – ARD, 20.15 Uhr

Schlangen und auch Drachen kommt daher in den Mythen ein außerordentlich ambivalenter Stellenwert zu: Sie repräsentieren die Gefahr und das Gift, aber auch – wie der Stab des Äskulap – die Heilung; sie verkörpern die blinde Sinnenlust aber auch die kluge Selbstbeherrschung, den Untergang ebenso wie die in sich kreisende Ewigkeit. Sie können sogar – wie in China – als Glücksbringer angesehen werden.

Im süddeutschen Raum gibt es die Sagen von der Hausotter, die man als glückbringenden Hausgeist mit Milch füttert und nicht töten darf. Hier – so scheint es – wird die vernünftige Kontrolle über eine Schreckreaktion selbst zu einer Gefahr, vor der die Redewendung warnt, jemand habe „eine Schlange an seinem Busen genährt". Sie klingt bereits in den Fabeln des Aesop an, der um 550 v. Chr. Geburt in Sardes lebte. „Damit dem Bösen niemand zu nützen lerne", lautet die Moral, mit der uns der römische Sklave Phaedrus dies weitergegeben hat. Nicht Angst also – aber Vorsicht, lautet die Maxime. PETER R. HOFSTÄTTER

KRITIK

Apfelbäumchen-Pflanz-Theorien

Ob man nun – hochgestochen artikuliert – im Kielwasser der Quantentheorie segelt, oder das ontogenetische Restrauschen als Ausweg sieht: Autor Gerhard Bott hat den Versuch gewagt zu beschreiben, daß es neben miesepetrigen Schwarz-Weiß-Malern auch Naturwissenschaftler gibt, die sich am Leben erfreuen. In seiner **Absage an den Weltuntergang** (ARD) schliff er Wissenschaftler durch sonnige Straßen und über Kaliforniens Strände. Biologen, Chemiker und Ingenieure verkündeten ihre Apfelbäumchen-Pflanz-Theorie. Schön zu wissen, daß man so etwas Optimismus nennt. Wäre der Autor nicht gewesen, hätte man sie glatt für Normal-Denkende gehalten.

Was berechtigt die Gehirnakrobaten, uns 45 Minuten lang solche Ideen zu verkaufen? Doch wohl nicht die Maxime, daß wir unseren Grips anstrengen müssen, um zu überleben. Fazit: So neu war der Hoffnungsschimmer auf den „neuen Optimismus" nicht. Zeitgenossen, die ebenfalls mit beiden Beinen im Leben stehen, gibt es nicht nur in Kalifornien.

DIETER THIERBACH

Klaphek über Klaphek: Orakel aus Düsseldorf

In der Sendung **Hundert Meisterwerke** (ARD) sonntags abends geben Kunstkritiker und -historiker Auskunft. Das Fernsehen verlangt eine andere Darstellung als die geschriebene Kritik: Da man sieht, was anderswo beschrieben werden muß, bedarf es eines nüchterneren und genaueren Stils. Die Hinweise zielen auf historische, biographische, ikonographische Zusammenhänge.

Das vorgestern vorgestellte Bild „Der Krieg" von Konrad Klaphek stammt aus der Kunstsammlung NRW in Düsseldorf. Der 51jährige Maler aus Düsseldorf, dessen Bilder man in bedeutenden Museen der Welt findet, sollte selbst sein Bild kommentieren – ein bisher einmaliger Versuch, der nur kurz im Vorspann angekündigt wurde. Klapheks Text, von einem Sprecher verlesen, sprach über Klaphek in dritter Person. Und dies hat seinen Grund nicht nur in der Schüchternheit des Malers, sondern in seiner Überzeugung, daß der Maler über sein Werk nicht mehr wisse als der Beschauer.

Klaphek malte 1957 sein erstes Bild als Kunststudent in Paris: die Nähmaschine seiner Wirtin. Die damals herrschende informelle Malerei vermied die durchdachte Konstruktion; der spontane Akt des Malens, nicht das „Endprodukt" zählte. „Unser Kunststudent wollte anderes", ließ Klaphek erzählen. Er war mit Büchern über die Kunst aufgewachsen und begeisterte sich an der „unendlichen Feinheit der Bildnisse Dürers und Cranachs". Klaphek liebte die Genauigkeit, doch die Epoche der Porträts war im Zeitalter der Fotografie vorbei. „So boten sich ihm die Maschinen an, an denen er seine Lust an Präzision und Glanz und täuschend nachgemachter Rundung befriedigen konnte." Er malte Maschinen und er machte die Entdeckung, daß sie menschliche Züge annahmen. Öffnungen wurden zu Mund und Augen, der schwellende Rumpf wurde zur weiblichen Form. Die Maschine wurde zum Paradigma seiner Zeit. Der weltweite Erfolg seiner Bilder setzte ein Jahrzehnt später ein.

Klaphek machte auf die Stilisierungen aufmerksam; er nannte die Zusammenhänge zwischen Mensch und Maschine und stellte die Frage, wo der Künstler stehe: Vor den uns bedrohenden Maschinen, oder sitze er, „der sich an Rittersagen ergötzt hat", in einer Maschine und bedroht uns? Klapheks Antwort: „Der Künstler *selbst dürfte* es auch nicht wissen. Denn der Wert eines Kunstwerks liegt häufig darin, daß es, wie einst das Orakel zu Delphi, verschieden zu deutende Antworten gibt." schw.

ARD / ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Info Gesundheit
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Und das Leben geht weiter (7)
11.25 Kilimandscharo, bitte umsteigen
12.10 Umschau
12.25 Britische Nachbarn
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

14.50 Klamottenkiste
Hedda, die Kleinstadtprinzessin
15.05 Unsere kleine Farm
Mit 16 fängt das Leben an
15.50 Tagesschau
16.00 Lebenswege
Geschwister: Liebe zwischen Rivalität und Solidarität
16.45 Spaß am Dienstag
Spielshow mit Claus Kruesken
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Expeditionen ins Tierreich
Von Heinz Sielmann
Drachen und Riesenschlangen
21.00 Kontraste
Themen: Arbeitskraft-Geschäfte mit Asylbewerbern. PanAm vor der Pleite? SPD: Entspannung um jeden Preis?
21.45 Dallas
Wo ist Jack?
22.30 Tagesthemen
23.00 Der Schlafwandler von Saint Idesbald: Paul Delvaux
Film von Adrian Maben
Paul Delvaux, neben René Magritte wohl der bedeutendste belgische Surrealist, lebt in Furnes an der Küste. *Dem Fernsehen hat sich* der Einzelgänger bisher verweigert. Dieser Film und seine Gespräche mit dem 88jährigen Künstler sind darum die erste ausführliche Dokumentation über Delvaux.
0.00 Tagesschau
0.05 Nachtgedanken

ZDF

15.00 heute
15.05 Kiwi – Abenteuer in Neuseeland
Die Drachenflieger
15.30 Ferienkalender
16.15 Sammeln schafft Leiden
Zum Mäusemelken
16.30 Patrik Pacard
Entscheidung im Fjord
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Ein himmlisches Vergnügen
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Gästebuch
Siegfried Wischnewski zu Gast bei Guido Baumann
19.00 heute
19.30 Die Reportage
Alltag von Fernfahrern
20.15 Edgar Wallace: Das indische Tuch
Deutscher Spielfilm (1963)
Mit Heinz Drache, Klaus Kinski, Gisela Uhlen, Hans Clarin, Elisabeth Flickenschildt, Eddi Arent
Regie: Alfred Vohrer
Lord Lebanon ist erdrosselt worden. Nun kommt die Familie zusammen, um eine Erbbedingung zu erfüllen: Sechs Tage muß sie auf dem Familiensitz verbringen – für viele eine tödliche Sache.
21.35 Ratschlag für Kinogänger
„Ab heute erwachsen"
Von Gunther Scholz
21.45 heute-journal
22.10 Kaiser und eine Nacht
Filmkomödie von Markus Fischer
23.40 Polizeirevier Hill Street
0.25 heute

III.

WEST
18.30 Lord Schmetterhemd
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Die glücklichen Kühe von Greyere
Almauftrieb in der Schweiz
20.45 Rückblende
Vor 170 Jahren geboren: Carl Zeiss
21.00 Der Forellenhof
22.00 Wanderungen durch die DDR
Rund um Schwerin
22.45 Dresdner Kostbarkeiten
Jan Vermeer van Delft: „Bei der Kupplerin"
23.00 Rock-Rock
Mit dem Ballett der ungarischen Staatsoper
0.00 Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Rockpalast
19.15 Ein Paar wird Eltern
19.45 Taschenbuch-Telegramme
20.00 Tagesschau
20.15 Treffpunkt
21.00 Tatort
Freund Gregor
Mit G. Ungeheuer, C. Trantow, K. Wussow. Regie: Jürgen Roland
22.25 Dialog
Fritz J. Raddatz im Gespräch mit Leo Löwenthal
23.25 Joaquin Rodrigo: Concierto de Aranjuez
23.50 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.32 Beat, Beat, Beat
19.20 Hessenschau
Ab 20 Uhr wie NORD

SÜDWEST
16.00 Der Millionär
Deutscher Spielfilm (1944)
Mit Hans Moser, Annie Rosar, Hans Holt, Oskar Sima
Regie: Robert A. Stemmle
18.00 Sesamstraße
18.30 Schwarzes Theater
18.32 Zoos der Welt
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Nr. 10 Downing Street
20.15 Reisewege zur Kunst
21.00 9 aktuell/Neues um Neun
21.15 Moby Dick
Amerikanischer Spielfilm (1956)
Mit Gregory Peck, Orson Welles
Regie: John Huston
23.00 Architektur heute
23.30 Nachrichten

BAYERN
19.00 Heimatland Europa
Portugiesen am Untermain
19.55 Z. E. N.
20.00 Reisewege zur Kunst
Von Glasgow nach Aberdeen
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Kreutzer
Deutscher Spielfilm (1977)
Mit Rüdiger Vogler, Axel Wagner, Edith Volkmann
23.15 Rundschau

SAT 1

15.00 Perrine
Anschl.: Secret Squirrel
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Tarzan
Die Mondberge
Anschl.: Die kleinen Strolche
18.00 Verliebt in eine Hexe
Der Clown Hoho
Anschl.: Dies war Aubrey
18.30 APF-blick
18.45 Mit Schirm, Charme und Melone
Das 13. Loch
Anschließend: Agapytsch
19.45 Love Boat
Wer wird Miss Paris?
Der Captain und das Top-Modell
Modespionage
20.40 Airwolf
Falsch programmierter Computer
21.30 APF-blick
22.15 F. A. Z. etten
22.45 Starsky & Hutch
Gegengift für Starsky
Anschließend: APF-blick



19.00 Anadolu 77
Ein türkischer Fußballklub in Gelsenkirchen
19.45 Fall auf Fall – Recht für jeden
20.00 Tagesschau
20.15 Graf Yoster gibt sich die Ehre
21.05 Rebellion der Verlorenen (1)
Von Wolfgang Menge nach dem Roman von Henry Jaeger
Mit J. Teege, M. Lüttge, E. Heerdegen. Regie: Fritz Umgelter
22.40 Fanny
Amerikanischer Spielfilm (1960)
Mit Charles Boyer, Horst Buchholz, Leslie Caron, Maurice Chevalier
Regie: Joshua Logan
0.50 Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Okay
TV-Illustrierte für junge Leute
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 Familie Merian
Die Zukunft kennt ja keiner
20.15 Auslandsjournal
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
Anschließend: Nachrichten



18.15 Deutsche Szene
18.35 Hans-Werner kauft alles
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Das Tal der Pappeln
Die Hochzeit
19.55 Mini-Max
20.25 Filmvorschau
20.30 Diamond Hunters
Südafrikanischer Spielfilm (1[illegible])
Regie: Dirk de Villiers
22.02 RTL-Spiel
22.05 Popeye
22.15 Blick in die Welt
Heute vor 30 Jahren
22.25 Die großen Katastrophen
Die vier Elemente und ihre Kraft
22.40 Geheimauftrag für John Drake
Rätsel um Tony Costello
23.00 Wetter/Horoskop/Betthupferl

Oma geht in die Knie

no – „Jeder Mensch ist ein Künstler", sagte Joseph Beuys. Aber welches künstlerisches Potential im Menschen steckt, das wird so recht deutlich, wenn man mehrere Stunden in der Ankunfthalle des Frankfurter Flughafens verbringt und miterleben kann, wie Reisende und Abholer miteinander kommunizieren wollen, ohne es mit Worten zu können. Denn vor die Umarmung und den Begrüßungskuß hat der Zoll nicht nur metallene Barrieren, sondern auch dicke Glasscheiben gestellt.

Die werden, sobald zwei Bekannte einander ansichtig geworden sind, beidseitig angebrüllt, bis die Parteien merken, daß es vergebliche Liebesmüh' ist. Bleibt also nur das Vertrauen auf die pantomimischen Künste. Wie macht man dem Urlauber, der das ja ohnehin weiß, klar, daß er hübsch braungebrannt ist? Das geht zum Beispiel so: Die Backen werden aufgeblasen, man fährt sich mit den Händen über die Arme, grinst bis zu den Ohren und vollführt mit dem Kopf heftige Nickbewegungen. Wenn von jenseits des Glases ebenfalls ein strahlendes Kopfnicken kommt, dann weiß der Sendende: Botschaft verstanden.

Komplizierter lag der Fall bei einer Großmutter, die ihrer rund siebenjährigen Enkelin klarzumachen versuchte, daß man sich auf einer anderer Etage des Gebäudes treffen wollte. Nach dem obligaten Gesprächsversuch mit Stentorstimme sank die alte Dame in die Knie, deutete mit der flachen Hand nach unten; daraufhin erhob sie sich wieder, fuchtelte mit dem Zeigefinger in der Luft umher und machte einen kleinen Hüpfer. Das Mädchen drückte seinen Teddy in den Arm und blickte mißtrauisch. Dann habe ich beide aus den Augen verloren.

Ob Chaplin sich wohl hätte träumen lassen, welche Blüten seine Kunst noch treiben würde? Ob Molcho und Marceau nicht erblassen müßten vor Neid ob des weitgestreuten Talents, das sie am besten zu beherrschen glaubten?

„Jeder Mensch ist ein Künstler" – mit welch einfachen Mitteln wie einer Trennscheibe lassen sich doch verborgene Talente ans Licht bringen!

Das Staatsschauspiel darf kein Gefälligkeitstheater sein: WELT-Gespräch mit dem neuen Münchner Intendanten Günther Beelitz

„Unsere Nabelschnur führt zur Geschichte"

Günther Beelitz gilt als einer der versierten Manager des Theaters. Ihn plagt nicht der Ehrgeiz, selbst inszenieren zu wollen. Seine Tugend ist ein Theater, das funktioniert und dem Publikum gefällt. Das hat er nach Lehr- und Wanderjahren zwischen Wien, Stuttgart, Frankfurt und mit seiner ersten Intendanz 1971 bis 1976 in Darmstadt bewiesen. Wenn ein Haus in Schwierigkeiten war (z.B. Hamburg), dann fiel darum den Verantwortlichen immer zuerst Beelitz ein. Bisher hatte er stets „nein" gesagt, nun aber wechselt er nach München. Die WELT sprach mit Beelitz über seine Pläne.

WELT: Nach zehn Jahren an der Spitze des Düsseldorfer Schauspielhauses übernehmen Sie mit Beginn der kommenden Spielzeit die Leitung des Münchner Residenz-Theaters. Was hat Sie dazu veranlaßt? Welche Perspektiven sehen Sie?

Beelitz: Das Residenz-Theater ist für mich eine Herausforderung, die ich mit 47 Jahren noch einmal brauche. Nordrhein-Westfalen ist ein Schmelztiegelland, das durch seine weit hinausgreifenden internationalen Beziehungen ein offenes liberales Klima ausgebildet hat. Bayern und München haben eine ganz andere Mentalität, eine viel stärkere Seßhaftigkeit, eine bodenständigere Anschauung, ein stärkeres Heimatgefühl. So gibt es zum Beispiel zwar keine nord- oder westdeutsche Literatur, wohl aber eine ausgeprägte süddeutsche. Ich glaube, dem kann und soll man Rechnung tragen. Darauf wird auch unser Spielplan reagieren, also zum Beispiel mit Autoren wie Ludwig Thoma, Ödön von Horvath, Arthur Schnitzler, Marie-Luise Fleisser oder, um einen Gegenwartsautor zu nennen, mit Franz Xaver Kroetz, dem ich mich ja schon in Düsseldorf intensiv gewidmet habe.

WELT: Dem Münchner Residenz-Theater hat man lange Zeit vorgeworfen, reines Akklamationstheater zu spielen. In der Übergangszeit mit Frank Baumbauer hat es dann politische Probleme gegeben. Wie werden Sie mit dieser Bühne umgehen?

Beelitz: Ich denke, daß das Staatsschauspiel kein Gefälligkeitstheater sein darf, auf der anderen Seite aber natürlich auch so etwas wie ein Traditionsbewußtsein berücksichtigen muß. In Düsseldorf war mein Spielplan verstärkt zeitgenössisch, weil wir ja in erster Linie Zeitgenossen sind. Aber unsere Nabelschnur ist die zur Geschichte, zu unserer Tradition, an der wir uns immer wieder orientieren. Das Zeitgenössische ist eine Folge von Geschichte. Und aus diesem Zusammenhang heraus Theater zu machen, erscheint mir in München nicht weniger sinnvoll als in Düsseldorf.

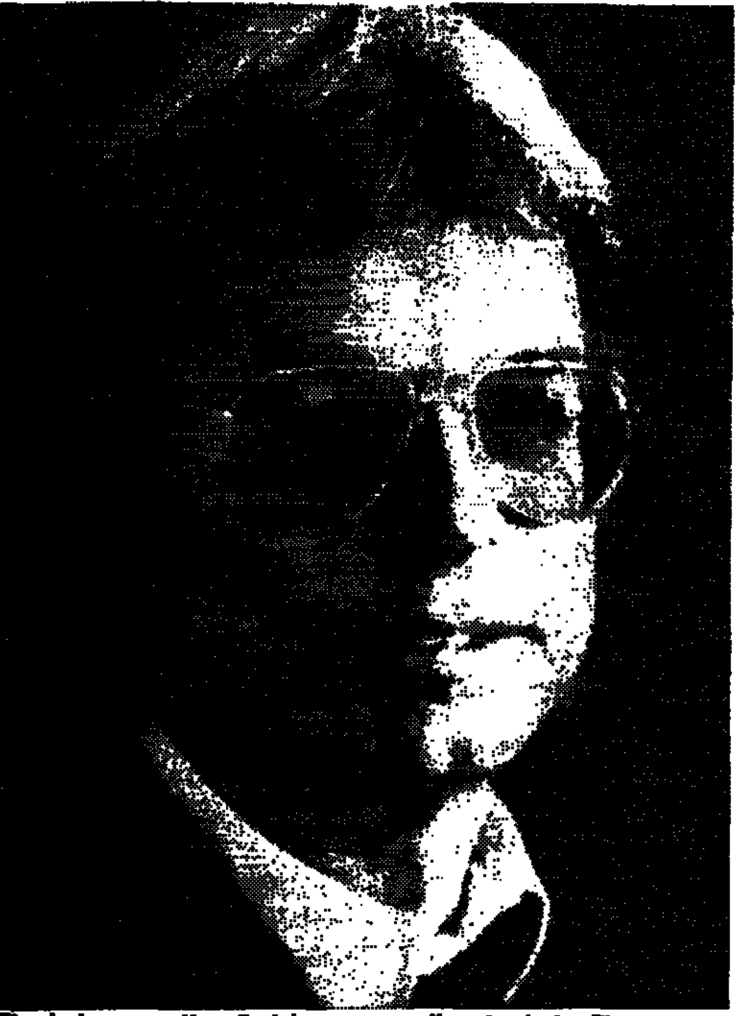
WELT: Das Münchner Residenz-Theater wird zwei Jahre lang umgebaut. Ist das nicht eine besondere Belastung für Ihre Arbeit?

Beelitz: Mein verstorbener Kollege Boy Gobert hat gesagt, eine solche provisorische Spielstätte interessiere ihn nicht. Für mich gilt das Gegenteil. Es liegt eine Herausforderung darin, Theater im Empty-Space – um einen Begriff von Peter Brook zu gebrauchen – zu machen. Das Prinzregenten-Theater, wohin wir ausweichen werden, bietet nur eine nackte Vorbühne, wie zu Shakespeares Zeiten, ohne Züge, ohne Hinterbühne, ohne Seitenzugänge. In einem solchen Theater hat der bürgerliche Realismus keine Chance, da müssen wir die großen Stoffe in stilisierten Formen finden. Das Provisorium ist also auch eine inhaltliche Voraussetzung.

WELT: Gerade für Sie als Manager-Intendant ist es in einer solchen Situation wichtig, welches Regieteam für diese Aufgabe bereitsteht.

Beelitz: Neben den Regisseuren, mit denen ich bisher zusammengearbeitet habe, Herbert König, Michael Gruber, Volker Hesse, Thomas Schulte-Michels, werden vor allem der Dresdner Regisseur Wolfgang Engel (der ein halbes Jahr zu uns kommt), der bisherige Burgtheater-Intendant Achim Benning und der frühere Hamburger Theaterchef Niels-Peter Rudolph bei uns inszenieren.

WELT: Unter Ihrem Vorgänger Frank Baumbauer hat es eine Reihe politischer Probleme gegeben. Ist das eine Belastung für Sie? Und wie verstehen Sie das Verhältnis von Theater und Politik?



Für ein besseres Verständnis unserer selbst durch das Theater: Der neue Intendant des Münchner Staatsschauspiels Günther Beelitz FOTO: DPA

Beelitz: Zunächst einmal erhoffe ich mir in München das gleiche kulturpolitisch liberale Klima wie in Düsseldorf. Und ich habe auch keinerlei Anlaß, daran zu zweifeln. Ich bin nicht politisch abstinent, aber die direkte politische Aktion ist im Theater am falschen Platz. Viele der sieben Kroetz-Uraufführungen, die ich bisher verantwortet habe, sind wegen ihrer Inhalte starke politische Herausforderungen gewesen. Ich habe mich aber nie dazu bemüßigt gefühlt, Noten für politisches Verhalten meinerseits dazuzugeben. Ich fühle mich verpflichtet, unserem Zeitbewußtsein durch ein Stück Literatur Ausdruck zu verleihen, aber nicht durch Improvisation oder durch politisches Taktieren. Grundprobleme wie den Antisemitismus oder unser Verhältnis zu den Ausländern soll das Theater immer wieder in Erinnerung rufen. Aber ich versuche nicht, damit Agitation zu betreiben. Theater ist der Ort für sinnliche Überzeugung.

WELT: *Ist nicht im Theater generell der Versuch zu beklagen, die Grenzen zur Wirklichkeit allzu gewaltsam zu übersteigen?*

Beelitz: Ich käme in Verlegenheit, wenn ich definieren müßte, wo die Wirklichkeit beginnt und wo die Kunst endet. Wenn wir uns aus dem Theater Geschichten über uns erzählen – ganz gleich, ob das alte Geschichten sind oder neue –, dann erfahren wir mehr über uns. Das einzige, was Theater erreichen kann, ist eine sinnliche Selbsterfahrung, mit der wir ein besseres Verständnis unserer selbst erreichen.

WELT: Heißt das, daß Theater einen aktuellen Bezug herstellen muß?

Beelitz: In New York, wo ich mich sehr häufig aufhalte, empfinde ich es immer als trostlos, nur einmal im Jahr in einer 17-Millionen-Stadt einen Shakespeare sehen zu dürfen. Theater ist dort Erfahrbarkeitstheater aus dem rein aktuellen Impuls. Das lehne ich ganz entschieden ab. Theater darf nicht bloß dem aktuellen Augenblick leben. Es gibt viele Stücke, die ich nicht aufführe, weil sie nur aktuell und deswegen meistens auch schlecht sind. Das heißt nicht, daß man ins beschauliche Erbauungstheater mit dem Schnulzen-Happy-End flüchtet. Einer der Ursprünge des Theaters ist die Beschreibung der Apokalypse. Und in dieser Weise verstehe ich auch die Einbindung von Klassikern in den Spielplan: nicht als Pflichtaufgabe oder Schulunterricht, sondern als Hinführung zu Urfragen, die sich ständig wiederholen.

WELT: Vermissen Sie nicht am heutigen Theater ein Mindestmaß an Anstrengung, der dargestellten Probleme Herr zu werden?

Beelitz: Theater ist auch ein Prozeß der Suche nach Werten. Unsere Zeit leidet natürlich darunter, daß Werte fast systematisch zerschlagen wurden. Und vieles, was oberflächlich so aussieht, als fehle hier die Bemühung, ist ein Ergebnis dieser Vernichtung. Andererseits aber verlangt man vom Theater immer wieder etwas Unmögliches: die Verordnung von Werten. Doch Werte müssen wachsen. Und ich denke schon, daß das Theater an diesem Wachstum teilhat. Ich sehe eine der größten Schwierigkeiten des zeitgenössischen Theaters darin, daß es Phänomene wie die Apokalypse im heutigen Sinn gar nicht mehr vermitteln kann. Historisch gibt es keinen Vergleich zu unserer Situation, in der man mit einem Knopfdruck eine totale Massenvernichtung herbeiführen kann. Das mag die gelegentliche Verzweiflung erklären, mit der unsere Regisseure die Wirksamkeit von Theater zu erweitern suchen. Aber Theater kann sehr wohl unser Verhältnis zu solchen Phänomenen darstellen. Und hier hat es eine wesentliche Aufgabe.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Die großen Straßen der Welt (V): Shopping und Vergnügen in Tokios „Ginza"

Am Silbersitz residiert der Perlenkönig

Ginza – der Name ruft noch bei manchen Mitteleuropäern exotische Visionen hervor. Auf den alten Holzdrucken war die nahe Nihonbashi (Japan-Brücke) der Mittelpunkt des Landes und der Anfang der Bildserien der 53 Stationen von Tokaido. Von dieser farbigen Romantik ist nichts mehr geblieben. Die heutige graue Steinbrücke liegt unauffällig unter einer Stadtautobahn, über die ein hektischer Verkehr donnert. Die Ginza, wörtlich „Silbersitz" – im 17. Jahrhundert war hier die Münze –, ist heute eine Mischung aus West und Ost mit nur noch wenig Osten. Die japanische Ästhetik ist vor der westlichen Sachlichkeit zurückgewichen.

Beton, Granit und Glas prägen die Architektur, die Monumente des Handels und des Konsums geschaffen hat. Zwischen den Fronten der Hochhäuser ziehen sich von oben nach unten blau, grün oder rot gleißende, längliche Reklameschilder mit dekorativen chinesischen Schriftzeichen. Auf der Mitte dieser wichtigen Verkehrsader der Innenstadt quält sich vierspurig der qualmende und lärmende Autostrom. Tagsüber drängen sich auf den breiten Bürgersteigen Büroangestellte, Kaufhauskunden, Verkäuferinnen und Touristen. Fast alle sind gut gekleidet, die Männer tragen meist teuere Krawatten.

Die Ginza ist das älteste und noch berühmteste Einkaufszentrum Tokios. In einigen Bezirken der Stadt wie Shinjuku oder Shibuya haben sich allerdings neue Schwerpunkte der Mode und des Konsums gebildet, in die ein Teil der Kundschaft – vor allem der jüngeren – abgewandert ist. Was Eleganz, Qualität und internationalen Flair betrifft, kann sich die Ginza aber noch mit jeder Prachtstraße des Westens messen. In den Schaufenstern ist zu sehen, was weltweit en vogue, gut und teuer ist. Die Japaner haben das Wort „ginbura" geprägt, was so viel wie „auf der Ginza flanieren" heißt. An Wochentagen ist das Gedränge aber zu hektisch, um von einem Flanier-Boulevard sprechen zu können. Eher trifft es noch auf Sonn- und Feiertage zu, wenn sich die Ginza in eine Fußgängerzone verwandelt. Alle Geschäfte sind dann geöffnet, sie schließen statt dessen montags oder donnerstags.

Die berühmtesten, schicksten und teuersten Geschäfte Japans drängen sich am 4. Chome (Häuserblock) zusammen, dem Mittel- und Brennpunkt der Ginza. Jedem Einwohner sind Namen wie die Juwelierhandlung Wako oder Mikimoto, der Verkaufspalast des Perlenkönigs, geläufig. Hier ist auch nach dem Bezirk Shinjuku die teuerste Meile Japans, wo ein Quadratmeter Boden an die 70 000 Mark kostet. Glanzlichter des Geschäftsbetriebs sind die sieben großen Warenhäuser an der Ginza. Sie gelten auch als Kulturträger und bieten in ihrer Vielfalt bedeutend mehr als vergleichbare Unternehmen in Europa oder Amerika.

Zum Angebot zählen Theater, Sonderschauen und Ausstellungen von frühen chinesischen Rollbildern bis zu moderner westlicher Kunst. Neben dem herkömmlichen Sortiment gibt es Abteilungen für Antiquitäten, alte Keramik, Bambus- oder Lackspezialitäten. Auch der Kinderspielplatz auf dem Dach fehlt nicht. An den Rolltreppen verneigen sich blau uniformierte Mädchen bis zur Waagerechten vor jedem der nach oben entschwebenden Kunden und dankt ihm, daß er gekommen ist: „Yoku irrashaimashite". Erst nach vier Stunden kommt die Ablösung.

Einige Warenhäuser haben eigene U-Bahn-Stationen, aus deren Schächten die Kunden nach oben quellen. Die älteste Untergrundbahn Tokios, in Vorkriegszeiten erbaut, führt, aus dem Stadtteil Shibuya kommend, in ganzer Länge unterhalb der Ginza entlang. Für die Einwohner Tokios ist die Ginza nicht allein die bekannte Prachtstraße, sondern der ganze umliegende Bezirk mit seinem Gewirr von Gassen und Sträßchen. Hier, auf der Rückseite des großen Boulevards, hat sich noch mehr von der altjapanischen Atmosphäre erhalten.

Zahlreiche kleine Kramläden, oft noch in Holzhäusern untergebracht, reihen sich lückenlos an preiswerte Restaurants mit einheimischen Gerichten. Hier liegt auch die „Kunstmeile" Tokios mit Galerien, Kunsthandlungen und Hunderten von Ausstellungsräumen, in denen die Künstler ihre Gemälde und Skulpturen vorstellen. Die Preise des japanischen Bildermarkts bilden sich hier.

Am Abend erwachen mit den glühenden Fassaden der Neonreklamen die Tausende von Nachtklubs, Kabaretts, Bars, Discos und Trinkstuben der Ginza zum Leben. Für zwanzigtausend hochbezahlte Hostessen, nach der neuesten Pariser Mode gekleidet oder im traditionellen Kimono, beginnt das Tageswerk. Viele Klubs haben den Zwang zur Hostessengesellschaft, dem man sich nur an der Bar entziehen kann.

Das Vergnügungsviertel Ginza ist wegen seiner stolzen Preise eher Tummelplatz von Firmenbossen und Spesenrittern. Das „Paris Ostasiens" gehört zu den teuersten Vergnügungspflastern der Welt und ist teilweise auch wegen seiner skrupellosen Touristenfallen übel beleumdet. Daneben gibt es aber auch preiswerte Trinkstuben und Künstlerlokale – für jene, die sie zu finden wissen.

FRED de LA TROBE



Kaum noch japanische Ästhetik: Am Tage drängeln in der „Ginza" die Passanten, nachts führen 20 000 Hostessen durch Kabaretts und Bars FOTO: STECHE

Eine Stadt, die nur im Sommer lebendig wird: Puccini-Festival in Torre del Lago

Bibel-Worte bändigen den Banditen

Unter sternklarem Himmel eröffnete Torre del Lago, einstige Sommerresidenz von Giacomo Puccini, der hier am idyllischen See von Massaciucoli seiner Jagdleidenschaft frönte und auch hier begraben liegt, das 32. Festival Pucciniani. Unweit von Pisa, Lucca und das durch seinen Karneval berühmte Viareggio gelegen, führt die kleine Ortschaft Torre del Lago das ganze Jahr über ein verschlafenes Dasein und wird nur zum Sommerfestival im August lebendig, wenn Reise-Autobusse die Fracht der Festspielbesucher ausladen. Auch die Mailänder, die traditionsgemäß in den schattigen Pinienwäldern der berühmten Versilia von Forte del Marmo oder Massa Carrara zu Füßen der schneeweißen Marmorberge ihre Villen haben und an den gepflegten Sandstränden baden, machen hier ruhigen Familienurlaub und bleiben unter sich. Die Versilia ist noch das Reich der Individualisten, der sommerlichen „salotti culturali" im Park der d'Annunzio-Villa und Massentourismus kennt man zum Glück hier noch nicht.

Die am See liegende Freilichtbühne faßt rund 3000 Plätze, und weltbekannte Tenöre wie Benjamino Gigli, Giuseppe di Stefano, Franco Corelli, Giacomo Aragal, Placido Domingo, Luciano Pavarotti und José Carreras haben hier gesungen. Aber trotzdem ist es dem Festival bisher nie gelungen, einen gewissen provinziellen Rahmen zu sprengen. Auf dem diesjährigen Programm stehen neben den beiden Puccini-Opern „Das Mädchen aus dem Goldenen Westen" und „Tosca" auch Brittens „The Turn of the Screw", drei Gastspiele des Broadway-Musicals „A Chorus Line", und eine Reihe von See-Konzerten runden das Programm ab.

Die seit einigen Jahren unter dem Vorsitz der Enkelin des Komponisten, Simonetta Puccini, ins Leben gerufene Studiengesellschaft für Torre del Lago hat den ehrgeizigen Plan gefaßt, ein Festspielhaus zu errichten. Das Projekt soll von internationalen Mäzenen getragen werden, und der avantgardistische Biennale-Architekt Paolo Portoghesi arbeitet bereits am Entwurf.

In der drückenden Sommerhitze nahmen sich die schneebedeckten Bühnenbilder fast wie eine Fata Morgana aus. Die Idee stammte von Regisseur Angelo Corti, dessen Bühnenbildner Uberto Bertacca das Goldgräberdorf in der kalifornischen Sierra vom ersten bis zum dritten Akt unter einem weißen Schneemantel begrub und auch die Gefühle der Protagonisten fast zu Eis erstarren ließ. In Puccinis herrlicher Partitur schwingen bereits „Turandot"-Klänge mit, und Minnie, die einzige Frau in dieser harten Welt, die sich auf Pferde, Pistolen und Pfeilspiel versteht, besitzt doch etwas Rührendes wie Manon, die alle verzaubert, aber sich nicht von ihnen degradieren läßt, sondern sie bleibt ihnen Freundin, Schwester, und wie eine Mutter ruft sie den Banditen das Bibel-Wort vom reuigen Sünder ins Gedächtnis.

Als Minnie gab die junge Amerikanerin Mary Jane Johnson, eine der ersten Pavarotti-Preisträgerinnen, ihr glorreiches Italien-Debüt. Sie besitzt eine energische und doch fragile Stimme und bringt für die schwierige Rolle fast unbegrenzte Möglichkeiten mit. Alain Fondary spielt und singt einen äußerst musikalischen, sehr markanten Sheriff Rance, während Casellato Lamberti mit der edlen Farbe seines Tenors und strahlender Höhe einen leidenschaftlichen Big Johnson darstellt. Auch alle Nebenrollen, unter ihnen Armando Ariostini als Sonora und Angelo Marchiandi als Nick, sangen profiliert. Das Gastorchester von der Budapester Oper spielte unter Gianluigi Gelmetti sauber und präzis mit leuchtender Klangfülle.

CHRISTINA MAI

Wilder Traum vom schnellen Geld: Alan Rudolphs Film „Trouble in Mind"

Brutzelndes Rührei für ewige Verlierer

Wenn sich die Großstadtwölfe ihre Wunden lecken wollen, fliehen sie in Wandas Café, ein warmes Nest im urbanen Alptraum namens Rain City, in dem Alan Rudolphs neuer Film „Trouble in mind" angesiedelt ist. Während draußen Soldaten durch das Ödland aus Beton patrouillieren und rivalisierende Gangstercliquen ihr blutiges Unwesen treiben, riecht es drinnen nach brutzelnden Rühreiern.

Die Zeit scheint stillzustehen in diesem Schlupfloch der Gescheiterten, bis sich ganz allmählich einige Schicksalsfäden verknoten. Zunächst kehrt der Ex-Polizist Hawk heim. Ein Gezeichneter, dessen Knie im Gefängnis zerschmettert wurde und der nun hofft, mit Wanda an zärtliche Zeiten anknüpfen zu können. Eine Illusion. Also schlürft der wortkarge Einzelkämpfer seinen starken Kaffee und mustert die Gäste. Darunter auch den Vagabunden Scoop, der mit krausen Ideen, seiner blonden Frau Georgia und deren Baby nach Rain City gekommen ist.

Scoop träumt den wilden Traum vom schnellen Geld, entfernt sich aber auf seinen nächtlichen Raubzügen immer weiter von Georgias Welt. Hawk wittert seine Chance. Aber als Scoop dann den falschen Leuten die Brillanten vom Hals reißt und unerbittlich gejagt wird, steht ihm sein verkrüppelter Konkurrent im Krieg der Gangster zur Seite.

Hatte er schon in „Choose me" ein Reservat für liebenswerte Außenseiter abgesteckt, so lockt Alan Rudolph diesmal also auch jene einsamen Helden aus der Dunkelheit, die im heutigen Hollywood-Kino kaum noch gefragt sind. Noch einmal darf sich das Neonlicht in Pfützen auf rissigem Asphalt spiegeln, während der Nieselregen und die rostige Stimme der Sängerin Marianne Faithfull von zerbrochenen Wünschen erzählen.

Die Story allerdings scheint vor dieser Übermacht der Atmosphäre fast kapitulieren zu wollen. So kreist die Geschichte lange um sich selbst und erhält erst spät ihren dramatischen Schub. Gerade diese Langsamkeit aber birgt ihre Reize, denn Rudolphs bizarre Abschweifungen führen zu verlorengeglaubten Schätzen. In den Nischen dieses kunstvoll stilisierten Handlungsgebäudes findet man neben Trümmern von Weltsternmythen auch jenen Weltschmerz, der einst in „Rick's Café" in Casablanca verströmt wurde.

Doch der Regisseur ist mehr als ein kundiger Führer durchs Filmmuseum. Selbst wenn seine Helden auf dem Papier Klischees ähneln sollten, die sorgsam ausgesuchten Schauspieler hauchen ihnen unverwechselbares Leben ein. Kris Kristofferson etwa braucht durchaus keine abgegriffenen Bogart-Manierismen, um seinen Hawk mit einer Aura von Tod und Tragik zu umgeben. Und für Keith Carradines kriminellen Edel-Punker Scoop gibt es ebensowenig Vorbilder wie für Geneviève Bujolds tapfer verzichtende Wanda oder die naiv-zerbrechliche Georgia der talentierten Lori Singer.

Mancher existentialistisch angehauchte Dialog mag zumindest in der deutschen Fassung allzu gedrechselt klingen. Wenn Rudolph jedoch schließlich einen seiner einsamen Wölfe sterbend in die Berge schickt, erinnert er in betörenden Bildern noch einmal daran, daß die pathetische Niederlage das einzige Vorrecht der ewigen Verlierer ist.

HARTMUT WILMES

JOURNAL

Mathematiker-Preis geht an Gerd Faltings

dpa, Berkeley

Als erster deutscher Mathematiker hat Professor Gerd Faltings die Fields-Medaille bekommen, die als höchste Auszeichnung in der mathematischen Wissenschaft gilt. 1983 erregte der 32jährige Wissenschaftler weltweites Aufsehen durch seinen Beweis der „Mordellschen Vermutung", an der Wissenschaftler mehr als 60 Jahre lang gerätselt hatten. In Wuppertal ist Faltings, der sich im Alter von 26 Jahren habilitierte, jedes Jahr für sechs Wochen als Gastprofessor tätig. Gleichzeitig mit Faltings erhielten der Brite Simon Donaldson und der Amerikaner Michael Freedman die Fields-Medaille.

Semper-Oper würdigt Carl Maria von Weber

AP, Berlin

Mit einem Festprogramm ehrt die „DDR" vom 15. bis 22. November Carl Maria von Weber aus Anlaß seines 200. Geburtstages. Geplant sind Opernaufführungen, musikalisch-literarische Veranstaltungen, Musikgespräche und Ausstellungen. Auftakt ist die Premiere der Oper „Euryanthe" zur Wiedereröffnung der Deutschen Staatsoper in Ost-Berlin am 15. November. Die Semper-Oper veranstaltet ein Festkonzert und eine „Weber-Akademie".

Foto-Reportagen über das einfache Leben

DW. Kleve

Agathangelos, der älteste Mönch einer griechischen Klosterburg, und der „Wimberger Sepp", der jeden Sommer mit seinem Vieh über die österreichischen Bergweiden zieht, sind zwei Motive aus Hans Madejs Bilderschau „Einfaches Leben". Im Original hängen sie in den Gewölben der „Fotogalerie in der Schwanenburg" zu Kleve. Ein 48seitiger Katalog faßt zwei Schwarz-weiß-Reportagen Madejs jetzt zusammen (Preis: 14,80 Mark).

Geschichte des Pu Yi wird in China verfilmt

AP, Peking

Die Dreharbeiten für den Film „Der letzte Kaiser" unter der Regie des Italieners Bernardo Bertolucci haben gestern in Peking begonnen. Dem Film liegt die Lebensgeschichte des letzten Kaisers von China, Pu Yi, zugrunde, der im Jahre 1967 in der chinesischen Hauptstadt gestorben ist. Der 80jährige Bruder des früheren Monarchen, Pu Jie, wurde als Berater für die Dreharbeiten verpflichtet. Pu Yi wurde 1908 im Alter von drei Jahren Kaiser, verlor den Thron aber schon drei Jahre danach beim Sturz der Mandschu-Dynastie.

Emailkunst für Ausstellung gesucht

DW. Coburg

Unikate aus Email – vom Schmuckstück über Gefäße und Skulpturen bis zu großflächigen Gestaltungen – sucht der Kunstverein Coburg für eine Ausstellung im Sommer 1987. Die Arbeiten müssen innerhalb der vergangenen fünf Jahre entstanden sein. Neben den Altmeistern sollen besonders junge Künstler sowie Studenten der Kunstakademien angesprochen werden. Auskunft erteilt der Kunstverein Coburg e.V., Postfach 87, 8630 Coburg.

Enrique Casals †

AFP, Perpignan

Der spanische Violinist Enrique Casals, der Bruder des Cellisten Pablo Casals, ist, wie erst jetzt bekannt wurde, am Freitag in Barcelona im Alter von 92 Jahren gestorben und am Samstag dort in engstem Kreis beigesetzt worden. Enrique Casals leitete unter anderem das Staatsorchester von Portugal, das Orchester der Lamoureux-Konzerte in Paris und das Orchester von Barcelona. Mehrmals übernahm er auch die Orchesterleitung bei den Musikfestspielen von Prades.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Einer „Aneignung von unten", einer „den Unterdrückten nutzbaren Interpretation", wie sie Peter Weiss in seiner „Ästhetik des Widerstandes" versuchte, will die Beschreibung des Pergamonaltars von Hans-Joachim Schalles dienen. Denn so wie die Attaliden ihren Sieg über die Barbaren im riesigen Altarfries vom Sieg der olympischen Götter über die Giganten verherrlichten, standen angeblich hinter den deutschen Ausgrabungen in wilhelminischer Zeit weniger wissenschaftliche als imperialistische Interessen. Man wollte mit mehr und wichtigerer antiker Kunst als Briten und Franzosen prunken. Nicht zufällig habe sich darum die faschistische Architektur von dem Altar inspirieren lassen. „Kunststück" heißt die Reihe, die solche Deutungen liebt. Kunststück! mar

Hans-Joachim Schalles: „Der Pergamonaltar", Fischer, 108 S., 64 Abb., 14,80 Mark.

An jeder Straßenecke Tickets nach Schönefeld

Journalist tarnte sich in Istanbul als iranischer Flüchtling

AP, Frankfurt

Als iranischer Flüchtling getarnt, hat ein Mitarbeiter des Hessischen Rundfunks in Istanbul einen blühenden, offenen Handel mit Flugtickets, falschen Pässen und Visa entdeckt, der seiner Ansicht nach ohne Wissen der iranischen, türkischen und „DDR"-Behörden nicht funktionieren könnte. Der 40jährige Ali Sadrzadeh berichtete gestern in Frankfurt, er habe vor seinen Recherchen vorige Woche eher eine mafiaähnliche Schlepperorganisation erwartet. Im Istanbuler Stadtteil Askaray, in dem 20 000 Iraner lebten, würden die falschen Papiere jedoch regelrecht auf „offenem Markt" gehandelt.

Iraner, die offiziell mit der Buslinie Täbris-Istanbul oder illegal über die Berge in die Türkei kommen, können sich nach seiner Schilderung in dem wimmelnden Touristenviertel an jeder Straßenecke an „Reiseberatungsbüros" wenden und dort, je nach Finanzkraft, früher oder später die gewünschten Papiere erhalten.

Als „Beratungsbüros" fungierten Reiseunternehmen, aber auch Boutiquen und andere Geschäfte, die in persischer Sprache für die „DDR"-Fluglinie Interflug und „Reisen in alle Länder" Reklame machten, sagte der freie Journalist, der seit 1970 in der Bundesrepublik lebt. Ein falscher Paß, ein falsches Transitvisum und ein Flugticket nach Schönefeld kosteten 1500 bis 1700 Dollar. Um seinen vorgeblichen Bruder aus Iran zu holen und ins Ausland zu schleusen, seien umgerechnet 100 000 Mark verlangt worden.

Er habe den Eindruck, daß Interflug Sonderflüge aus Istanbul veranstalte, sagte Sadrzadeh. Am Samstag vergangener Woche seien drei vollbesetzte Maschinen in die „DDR" geflogen, tags davor ebenfalls mehrere. Die „DDR"-Vertreter wüßten offenbar über die Art der Papiere ihrer Passagiere Bescheid, da sie auf dem Flughafen von Interflug-Mitarbeitern selbst kontrolliert würden.

Von den rund 100 000 Iranern, die sich in der Türkei aufhielten, warten nach Schätzung des Journalisten 60 000 bis 70 000 auf die Möglichkeit zur Ausreise in ein Asylland. Es seien vorwiegend junge Leute, die aus der Armee desertiert seien, sich politisch betätigt hätten oder allgemein mit dem Leben in der Islamischen Republik unzufrieden seien. In Iran werde per Mundpropaganda für den Weg über Istanbul geworben.

Nach Sadrzadehs Schilderung bedienen sich die Schlepper gestohlener oder gekaufter Pässe der zahlreichen in der Türkei lebenden Iraner. Damit ließen sich in der „DDR"-Vertretung in Ankara Durchreisevisa holen, die dann offenbar wieder in den „Beratungsbüros" verfälscht und den neuen Papieren eines Ausreisewilligen angepaßt würden.

Den iranischen Behörden müßte seiner Ansicht nach auffallen, daß in Ankara überdurchschnittlich viele neue Personaldokumente ausgestellt würden. Auch den türkischen Stellen könne der Handel nicht verborgen geblieben sein: Eines der „Beratungsbüros" zum Beispiel liege direkt neben einem Polizeirevier, ein anderes werde von einer Iranerin und einem türkischen Polizisten betrieben.



Abkühlung

Wer in den vergangenen Tagen unter Temperaturen von 30 bis 37 Grad – dieser Wert wurde am Sonntag in Karlsruhe gemessen – kräftig ins Schwitzen kam, sich schlapp durch die Gegend schleppte oder stöhnend im endlosen Stau der Urlauberkolonnen steckte, kann aufatmen: Die große Hitze hat sich verabschiedet, auch wenn gestern nochmals vor allem im Osten der Bundesrepublik Deutschland die Quecksilbersäule über die 30-Grad-Marke kletterte. Begleitet von frischer Meeresluft zieht eine Gewitterfront von Frankreich her über Deutschland und sorgt für Abkühlung. Doch keine Sorge. Der Sommer bleibt. Die Meteorologen erwarten für den weiteren Verlauf freundliches Wetter, die Temperaturen sollen um 25 Grad liegen. Wahrscheinlich am Donnerstag, so die Voraussagen des Deutschen Wetterdienstes, werde sich besonders im Norden und Nordwesten wieder schlechtere Witterung bemerkbar machen, nach Süden hin bleibe es freundlich. Ein Meteorologe bezeichnete dieses Wetter als „durchaus passabel" und dem langjährigen Durchschnitt entsprechend. Die extreme Hitze, die in den vergangenen Tagen in unseren Breitengraden herrschte, sei ja „eher die Ausnahme". Französische Kollegen bestätigten dies: In Paris wurden am Sonntag mit 34,9 Grad die höchsten Temperaturen des Jahrhunderts gemessen. Diese Marke war zuletzt am 3. August 1899 erreicht worden. R.Z.

Waren Lampen Ursache für Kaufhausbrand?

dpa, Limburg

Überhitzte Schaufensterlampen waren vermutlich die Ursache für den Brand in einem Geschäftshaus in der Limburger Innenstadt, bei dem am Sonntag ein Schaden von 15 Millionen Mark entstanden war. Ein Sprecher der Kriminalpolizei sagte gestern, die Beleuchtungskörper hätten wahrscheinlich ausgestellte Kleidungsstücke in Brand gesetzt. Vermutungen auf vorsätzliche Brandstiftung haben sich nicht bestätigt. Das Feuer war am Sonntag morgen ausgebrochen und hatte sich blitzschnell bis in die oberen Etagen durchgefressen. Das Kaufhaus und mehrere Geschäfte brannten aus. Der Hausmeister, seine schwangere Frau und ihr dreijähriges Kind konnten sich an Bettlaken aus ihrer im oberen Geschoß gelegenen Wohnung auf das Dach eines Nebengebäudes abseilen und wurden dort von der Feuerwehr geborgen.

Hubschrauber abgestürzt

hd, München

Beim Absturz eines Hubschraubers der Bundeswehr ist gestern morgen bei Mittenwald ein Mechaniker ums Leben gekommen. Der Pilot und zwei weitere Mechaniker erlitten leichte Verletzungen. Nach bisherigen Ermittlungen hatte der Helikopter nahe der Karwendel-Bergstation in einer Flughöhe von zehn Metern eine Materialseilbahn gestreift.

Tod an selber Stelle

AFP, Longwy

An derselben Stelle wie vor zwei Jahren ihr Mann ist jetzt eine 27jährige Frau in der Nähe von Longwy (Lothringen) tödlich verunglückt. Nach Angaben der Gendarmerie verlor sie die Kontrolle über ihren Wagen und prallte gegen einen Baum. Ihr Mann hatte im Oktober 1984 nur einige Meter weiter ebenfalls bei einem Autounfall den Tod gefunden.

Schwimmer vermißt

dpa, Den Haag

Zwei Deutsche, die bei hohem Seegang vor der Küste der niederländischen Insel Texel badeten, werden seit Samstag abend vermißt. Sie sind vermutlich ertrunken. Ein plötzlich aufziehendes Gewitter mit heftigen Sturmböen hatte am späten Sonntag nachmittag viele Wassersportler in Schwierigkeiten gebracht.

Heroin beschlagnahmt

rtr, Wiesbaden

Beamte des Bundeskriminalamts (BKA) haben in Gießen einen Pakistani festgenommen und bei ihm vier Kilogramm Heroin beschlagnahmt. Der vorgesehene Käufer des Heroins, ein Brite pakistanischer Herkunft, wurde wenig später in der Gießener Bahnhofsgegend festgenommen.

Zelter erschlagen

dpa, Madrid

Ein 29 Jahre alter Stuttgarter ist im spanischen Alar del Rey beim wilden Zelten von Unbekannten erschlagen worden. Seine 25jährige Freundin, ebenfalls aus Stuttgart, wurde mit schweren Verletzungen gefunden und in ein Krankenhaus eingeliefert.

Steinpulver verboten

dpa, Wiesbaden

Der Verkauf des unter dem Namen „Superbiomin" vertriebenen Steinpulvers aus Österreich ist in der Bundesrepublik Deutschland verboten worden. Dies teilte gestern das hessische Sozialministerium mit. Nach bisherigen Erkenntnissen bestehe bei Einnahme des Mittels allerdings keine Gefahr für die Gesundheit.



LEUTE HEUTE

„Wahl der Könige"

Fürst **Rainier** hatte Sonntag abend seine Tochter selbst zur Klinik „Princesse Grace" gebracht, wo alles für die Niederkunft vorbereitet war. Der Ehemann erfuhr davon über Funk auf seinem Segelboot. 40 Minuten vor der Geburt war er an der Seite seiner Frau. Um 19.10 Uhr kam **Charlotte** zur Welt. Die Tochter von **Prinzessin Caroline** (29) und **Stefano Casiraghi** wog bei der Geburt 3100 Gramm und war 47 Zentimeter groß. „Mutter und Kind sind wohlauf", verkündete ein Sprecher des Fürstenhauses. Der Pariser Gynäkologe **Emile Hervet** und **Hubert Harden**, Leiter der gynäkologischen Abteilung im „Princesse Grace"-Krankenhaus standen Caroline bei der Geburt bei. Harden hatte schon Fürstin Gracia bei der Geburt ihrer drei Kinder geholfen. Fürst Rainier, **Prinz Albert** und **Prinzessin Stéphanie** warteten in einem Zimmer neben dem Kreissaal auf die Ankunft der kleinen Charlotte.

„Caroline ist die Wahl der Könige gelungen", jubelten die Monegassen auf den Straßen des Fürstentums. In Südfrankreich ist dies ein beliebter Ausdruck für Eltern, die erst einen Jungen und dann ein Mädchen bekommen. Bei ihrer Hochzeit mit Stefano Casiraghi am 29. Dezember 1983 hatte Caroline erklärt, sie wolle „mindestens zwei Jungen und ein Mädchen" haben. Den Namen Charlotte für ihre Tochter wählte sie in Erinnerung an ihre Großmutter, Prinzessin Charlotte von Monaco, Mutter des regierenden Fürsten. Wie ihr zwei Jahre älterer Bruder **Andrea** wird auch Charlotte keinen offiziellen Titel erhalten. Beide Kinder der Prinzessin haben die italienische Staatsbürgerschaft wie ihr Vater.

Tante Else ist eine Werbung für das Ruhrgebiet

Der Rummel war ein Leben lang ihr Alltag, und darum wurde sie gestern auch zwischen Kettenkarussells, Autoscootern und Schießbuden, mitten auf der Cranger Kirmes in Herne, zur „Frau Nummer eins" ihrer Region gekürt. „Bürgerin des Ruhrgebiets", diesen Ehrentitel des Vereins „Pro Ruhrgebiet" darf Else Schäfer aus Schwerte, 78 Jahre alt und ebenso viele Jahre mit der Schaustellerei verwachsen, jetzt tragen. Neun Männer und zehn Frauen haben vor ihr diese Auszeichnung bekommen – Maler, Schauspieler, Sänger, Direktoren, Stahlarbeiter, Gewerkschafter. Auch ein Sportler ist darunter, Weltmeister Willi Wülbeck.

„Pro Ruhrgebiet" widmet sich seit 1981 der Image-Werbung für die Region zwischen Duisburg und Dortmund und hat diesen Titel geschaffen, um die Vielschichtigkeit des Reviers zu demonstrieren, und um in der Region „die Identifikation mit der Heimat zu fördern".

Genau darum zählen nicht große Namen, sondern Taten. Und Verdienst der Else Schäfer ist eben ihr Engagement in der Jahrmarkt-Kultur. Schließlich hat der Rummel Tradition. Das große Volksfest in Crange geht in diesen Tagen zum 551. Mal über den Kirmesplatz.

Else Schäfer (78)

Bürgerin des Ruhrgebiets ist „Tante Else", wie sie in der Branche heißt, im wahrsten Sinn des Wortes. Als Schaustellerkind wurde sie „zufällig" in Dortmund geboren. Schwerte ist jetzt ihre Heimat, allerdings nur im Winter, denn zur Ruhe gesetzt hat sich die rüstige Titelträgerin noch längst nicht. Nach wie vor verkauft sie Billets, wenn auch nicht mehr für die gute alte Raupe, sondern für ein hochmodernes „Raumschiff": „Das hält mich rüstig, auch wenn es heute oft viel hektischer ist als früher."

MARTINA SCHLINGMANN

Rechenkünstler „Wim" Opfer eines Raubmordes

AP, Amsterdam

Willem („Wim") Klein, der holländische Wissenschaftler, dessen Rechenkünste ihm weltweiten Ruf als „menschlicher Computer" einbrachten, ist Opfer eines Raubmordes geworden. Der 72jährige wurde in seiner Amsterdamer Wohnung von seiner Haushälterin erstochen aufgefunden. Die Polizei gab die Verhaftung eines jungen Mannes bekannt, der der Tat verdächtigt wird.

Klein, bis zu seiner Pensionierung Mitarbeiter am Europäischen Kernforschungszentrum CERN, hatte sein arithmetisches Genie in Vorträgen in vielen Ländern unter Beweis gestellt und bis nach Japan Zuschauer begeistert. Sein Weltrekord, innerhalb acht Minuten die 19. Wurzel aus einer 133stelligen Zahl zu ziehen, fand Niederschlag im Guinness-Buch der Rekorde. Klein, während des Krieges als Nazi-Gegner verfolgt, war auch wegen der humorvollen Kommentare populär, mit denen er seine Vorträge begleitete. Anfangs war selbst der Computer manchmal noch langsamer als er. Doch schließlich mußte Klein einsehen, daß die Mikrochips auch einem Genie überlegen sind.

Hat Pinzner sechs weitere Morde begangen?

AP, Hamburg

Werner Pinzner, der am vergangenen Dienstag bei einer Vernehmung im Hamburger Polizeipräsidium seine Frau, den Staatsanwalt Wolfgang Bistry und sich selbst erschossen hat, soll sich in Briefen sechs weiterer Morde bezichtigt haben. Die Münchener Illustrierte „Bunte" kündigte an, sie werde in der nächsten Ausgabe Teile dieser Briefe als Faksimile veröffentlichen. Der als „Killer von St. Pauli" bekannte Pinzner hatte bereits im April fünf Auftragsmorde im Zuhältermilieu gestanden. Am Dienstag vergangener Woche hatte er bei einer Vernehmung mit einer Pistole „Schluß gemacht".

Als erste personelle Konsequenz aus der Bluttat entband Innensenator Rolf Lange am Wochenende den Leiter der Dienststelle „Organisierte Kriminalität", Wolf Plewka, von seinem Posten. Nachfolger Plewkas wird der bisher beim Staatsschutz tätige Kriminalrat Klaus Jacobi, dessen Posten wiederum Plewka übernimmt. Nach polizeiinternen Ermittlungen hatte Jutta Pinzner viermal ohne Leibesvisitation ihren Mann treffen können.

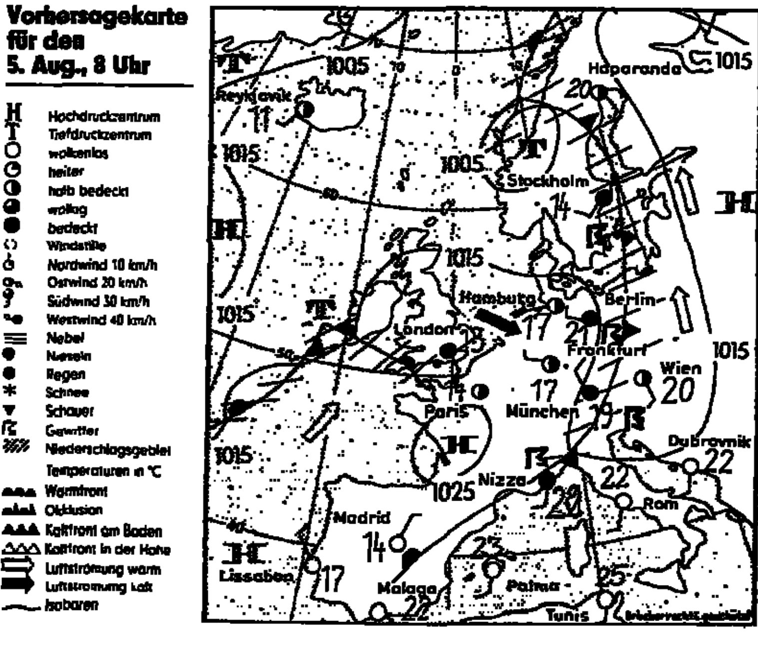
WETTER: Nicht mehr so heiß

Lage: Der Ausläufer eines Tiefs über Skandinavien beeinflußt anfangs noch die Osthälfte Deutschlands. Die auf der Rückseite einströmende frischere Meeresluft gelangt unter Hochdruckeinfluß.

Vorhersage für Dienstag: In der Osthälfte vormittags meist stark bewölkt und gewittrige Regenfälle. Später auch dort auflockernde Bewölkung und abklingende Niederschläge. Höchsttemperaturen zwischen 22 Grad im Südosten und 25 Grad im Westen. Schwacher bis mäßiger Wind um West. Im Osten anfangs noch einzelne Gewitterböen.

Weitere Aussichten: Sonnig und etwas wärmer.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 5.53 Uhr*, Untergang: 21.02 Uhr; **Mondaufgang:** 6.06 Uhr, Untergang: 21.50 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:		
Berlin	31	he
Bielefeld	25	bw
Braunlage	26	he
Bremen	26	bw
Dortmund	25	bw
Dresden	32	he
Düsseldorf	25	bw
Erfurt	30	he
Essen	22	bd
Feldberg/S.	18	bw
Flensburg	31	bw
Frankfurt/M.	28	bw
Freiburg	26	bw
Garmisch	28	he
Greifswald	31	wl
Hamburg	27	he
Hannover	27	he
Kahler Asten	23	bw
Kassel	27	bw
Kempten	26	he
Kiel	25	he
Koblenz	26	bw
Köln-Bonn	26	bw
Konstanz	27	he
Leipzig	32	wl
List/Sylt	13	bw
Lübeck	29	he
Mannheim	28	bw
München	27	he
Münster	24	bw
Norderney	18	bw
Nürnberg	28	he
Oberstdorf	27	he
Passau	30	he
Saarbrücken	22	bw
Stuttgart	23	bw
Trier	22	bw
Zugspitze	10	he

Ausland:		
Algier	32	bw
Amsterdam	18	bd
Athen	33	he
Barcelona	27	wl
Belgrad	31	he
Bordeaux	20	bw
Bozen	30	he
Brüssel	18	bw
Budapest	31	he
Bukarest	32	he
Casablanca	25	he
Dublin	14	bw
Dubrovnik	31	he
Edinburgh	13	bw
Faro	25	wl
Florenz	33	he
Genf	26	bw
Helsinki	24	he
Hongkong	32	he
Innsbruck	28	he
Istanbul	29	he
Kairo	32	wl
Klagenfurt	29	he
Konstanza	29	he
Kopenhagen	23	he
Korfu	33	wl
Las Palmas	23	bw
Leningrad	22	he
Lissabon	20	he
Locarno	29	he
London	16	he
Los Angeles	17	Ne
Luxemburg	20	bw
Madrid	23	wl
Mailand	31	he
Malaga	32	wl
Mallorca	29	he
Moskau	23	he
Neapel	33	he
New York	23	wl
Nizza	30	bw
Oslo	14	bd
Ostende	16	bw
Palermo	31	bw
Paris	20	bw
Peking	26	bw
Prag	30	he
Rhodos	28	he
Rom	31	he
Salzburg	30	wl
Singapur	30	bw
Split	33	he
Stockholm	25	wl
Straßburg	18	he
Tel Aviv	30	he
Tokio	27	Rs
Tunis	32	he
Valencia	29	he
Varna	30	he
Venedig	30	he
Warschau	28	he
Wien	30	he
Zürich	28	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Bücher, die Kindern die Angst vorm Arzt nehmen

Wie wichtig und zugleich schwierig es ist, Kinder mit dem weiten Feld Gesundheit und Krankheit vertraut zu machen, zeigt eine noch junge Literaturgattung: das medizinische Kinderbuch. Diesem Thema ist zur Zeit eine Ausstellung in der Düsseldorfer Hauptverwaltung der Commerzbank gewidmet. Anlaß ist der 30. Internationale Medizinhistoriker-Kongreß (31. August bis 5. September), der erstmals in der Bundesrepublik Deutschland stattfindet. Mit der Ausstellung der 200 Kinderbücher, zusammengetragen von Professor Axel Hinrich Murken (Aachen), möchte der Medizinhistoriker-Kongreß in breite Bevölkerungskreise hineinwirken.

Parallel zum Arztkoffer und zum Krankenbett in der Puppenstube, die sich unschlagbar in der Gunst jüngerer Kinder behaupten, hat das medizinische Kinderbuch vor allem in den 60er Jahren einen Aufschwung erlebt. Da wirkt der unverwüstliche Struwwelpeter, vom Arzt und Psychiater Heinrich Hoffmann für seinen dreijährigen Sohn zum Weihnachtsfest 1844 verfaßt, wegen seiner strengen Zeigefinger-Moral und drastischen Strafen (Paulinchen brannte lichterloh, Konrad büßte seinen Lutschdaumen ein) pädagogisch bedenklich, dennoch mag der magersüchtige Teenager in dem zum Strich abgehungerten Suppenkaspar seinen Vorgänger erkennen.

Entsprechend den Erziehungs-Idealen ihrer Zeit wollten die Klassiker der Kinderliteratur vor allem belehren. Der Arzt trat meist als schulmeisternde Person oder als strafende Schreckfigur auf. Unter den Nationalsozialisten verstiegen sich Autoren zu vorwurfsvollen Versen wie diesem „Im Kind, das sich vorm Doktor schreckt, ist sicherlich kein Held versteckt".



Vorläufer des medizinischen Kinderbuches ist Struwwelpeter. Heute wollen Autoren nicht abschrecken, sondern Ängste abbauen

In den vergangenen Jahrzehnten aber ist ein wachsendes Einfühlungsvermögen festzustellen. Heitere Betrachtungsweisen traten an die Stelle strenger erzieherischer Grundsätze. Heute wollen Bilderbücher über Gesundheit und Krankheit Angst abbauen und Vertrauen schaffen. Sie bereiten sachlich auf Arztbesuch und Krankenhaus-Aufenthalt vor, informieren über Sexualität und Geburt und setzen sich behutsam mit dem Sterben auseinander. Eine kritische Auswahl ist dennoch ratsam: Texte und Bilder, die allzusehr verniedlichen oder verharmlosen, rufen im bitteren Kranken-Alltag eines Kindes Enttäuschung hervor.

Ein Aufenthalt im Krankenhaus bedeutet für das Kind allzuoft, seinen schutzlosen Körper und seine verletzliche Psyche einer seelenlosen Apparatur auszuliefern. Daran kann auch ein Kinderbuch nichts ändern. Was das Kind braucht, ist Zuwendung. Es darf also nicht mit dem sachkundigen Medizin-Kinderbuch alleingelassen werden, Eltern oder Geschwister sollten die Bücher vielmehr schon vor dem Krankenhausaufenthalt mit ihm durchlesen. Dann erst können die Kinderbücher zum Thema „Kind, Krankheit, Krankenhaus" eine wirklich segensreiche Wirkung entfalten.

URSULA POSNY

ZU GUTER LETZT

Die Nachrichtenagentur AP ist ihrer Zeit voraus. Gestern meldete sie: „In Gießen nahmen Polizeibeamte bereits in der kommenden Woche einen pakistanischen Bürger fest, in dessen Besitz sich, verpackt in drei Plastiktüten, die rund vier Kilogramm Heroin befanden."